



## AUS DEM INHALT



**"Ich habe nicht das Gefühl der verpassten Chancen"**

Seite 3

## INTEGRATIONSRAATSWAHL

- 1. GLEICHE RECHTE FÜR ALLE!
- 2. ARBEIT FÜR NIEMAND!
- 3. ARBEIT FÜR ALLE!
- 4. BILDUNG FÜR ALLE!
- 5. WOHNRAUM FÜR ALLE!
- 6. GESUNDHEIT FÜR ALLE!
- 7. WAHLRECHT FÜR ALLE!
- 8. VIELFALT STATT EINFAHRT!
- 9. REFUGEEES WELCOME!
- 10. RASSISMUS IST KEINE MEINUNG, SONDERN EIN VERBRECHEN!

**HEIMATSTADT DORTMUND!**  
10 PUNKTE ZUR KOMMUNALWAHL 2020

**Integrationsratswahl 2020**

Seite 8



**Ein ausländischer Name macht das Leben schwerer**

Seite 15



**Genozid-Gedenkveranstaltung des MEDU e.V.**

Seite 16

## Kommunalwahl in schwierigen Zeiten

Am Sonntag, den 13. September 2020, ist **Kommunalwahl**: es ist die wichtige Wahl zum Rat der Stadt Dortmund und zum Oberbürgermeister. Denn: die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister wird ebenfalls direkt von den wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern gewählt. Die Wahl erfolgt für fünf Jahre, also bis 2025. Zugleich werden die Bezirksvertretungen, die Abgeordneten für den Regionalverband Ruhr („Ruhrparlament“) und zwei Drittel der Mitglieder des Integrationsrats gewählt.

### Wahlen stellen Weichen

5 Wahlen am selben Tag. Es ist also ein wichtiger Tag, an dem politisch für diese schwierigen Zeiten Weichen gestellt werden. Den Kommunen oder Gemeinden wird zwar für ihr Handeln durch die Bundes- und vor allem auch die Landespolitik ein ziemlich enger Rahmen gesetzt, aber zugleich sagt das Grundgesetz in Artikel 28: "Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen

der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln." Gemeinde oder Kommune ist da, wo die Menschen leben. Es geht also um ihre ganz konkreten Lebensumstände, im Stadtteil und beim Wohnen, auf dem Arbeitsmarkt, bei KiTAs und Schulen, bei Gesundheit, Kultur und Freizeit, generell: es geht um gesellschaftliche Teilhabe und ein gutes Leben. Auch und gerade dann, wenn es besonders schwierig wird, wie jetzt durch die Corona-Krise und ihre zu befürchtenden und absehbaren sozialen Folgen.

### Es ist Wahl: und niemand geht hin?

Höchste Aufmerksamkeit für die Kommunalwahl? Ende Mai kommt die Befragung eines Meinungsforschungsinstituts zu dem Ergebnis, das rund drei Viertel der Befragten nicht gewusst hätten, dass sie in diesem Jahr überhaupt einen neuen Oberbürgermeister und Stadträte wählen können. Als ein Grund wird die Corona-Krise angegeben, die zu starken Einschränkungen bei öffentlichen Auftritten geführt habe. Kann sein. Nun sind wir einige Wo-

chen weiter, die Wahlplakate hängen und in den lokalen Medien äußern sich die Kandidatinnen und die Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters. Der eine will Dortmund besser machen, der andere sieht sich als „Klopp“ unter den Kandidaten, Radwege sind zentral und Dortmund wird als „Silicon Valley“ geträumt...

### „business as usual“? –Nein: Corona-Krise!

Alles gut, aber das macht alles den Eindruck eines Wahlkampfes nach dem Motto „business as usual“, alles wie immer. Denselben Eindruck kann man haben, wenn man die Interviews sieht, die die *RuhrNachrichten* auf Video aufgezeichnet haben. Auf diese Weise wird die Kommunalwahl in ihrer Bedeutung „heruntergehängt“, kleingemacht... Aber: War da nicht was? Corona-Krise schon vorbei? Im Mai erklärte der Präsident des Deutschen Städtetags: "Die kommunalen Haushalte werden so hohe Einbußen erleiden, wie wir sie in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gesehen haben".

### Die soziale Lage der Menschen in den Blick nehmen

Welche Auswirkungen wird die Corona-Krise für das Leben der Menschen haben, vor allem auch für jene, die schon vorher in einer schwierigen sozialen Lage waren? Dies müsste das *Hauptthema dieser Kommunalwahl* sein. Schon vor Corona war die soziale Lage vieler Menschen in Dortmund angespannt, trotz auch deutlicher Verbesserungen. Das zeigt im Übrigen sehr differenziert der 2019 – also erst kürzlich – vorgelegte neue Sozialbericht der Stadt Dortmund selbst. Auf nur eines der wichtigen Ergebnisse wies seinerzeit Sozialdezernentin Zoerner bei der Präsentation des Berichts hin, nämlich, dass ein erheblicher Teil des Anstiegs der Beschäftigungsquote durch Teilzeitarbeitsplätze erfolge. Das erkläre, warum gleichzeitig die Zahl der auf Transferleistungen angewiesenen Menschen, die Unterstützung trotz Arbeit brauchen, stetig steige.

Fortsetzung auf Seite 2

## Kommunalwahl 2020: Eine Handvoll Stimmzettel

Bei der Kommunalwahl am 13. September 2020 gibt es für alle vier, für manche sogar fünf Stimmzettel. Was wird gewählt?

### Rat der Stadt Dortmund

Der Rat ist das höchste demokratische Gremium der städtischen Selbstverwaltung. Die Ratsmitglieder entscheiden über die Entwicklung der Stadt. Sie fällen die Entscheidungen, die die Verwaltung umsetzen muss. Im letzten Rat gab es 94 Mitglieder. Wahlberechtigt sind Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes und Unionsbürger, also solche, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union besitzen, und das 16. Lebensjahr vollendet haben.

### Oberbürgermeisterin/Oberbürgermeister

Die Oberbürgermeisterin/der Oberbür-

germeister hat mit Stimmrecht den Vorsitz im Rat der Stadt, vertritt die Stadt nach innen und außen und ist zugleich Leiter der Stadtverwaltung. Dies ist also ein mächtiges und einflussreiches Amt. Die Amtszeit beträgt fünf Jahre. Die Wahlberechtigung entspricht der für den Rat der Stadt.

### Bezirksvertretung

Die Stadt Dortmund ist in 12 Bezirke unterteilt, die jeweils eine gewählte Bezirksvertretung haben. Diese sind für zahlreiche lokale Belange unmittelbar zuständig und darüber hinaus an bezirksübergreifenden Entscheidungen des Rates der Stadt beteiligt.

Fortsetzung auf Seite 10

## Plädoyers für mehr Vielfalt und Teilhabe

Bürgerdialog der OB-Kandidat\*innen im Dietrich-Keuning-Haus

Wie reagiert die Dortmunder Politik auf die Herausforderungen von Migration, gesellschaftlicher Heterogenität, dem Wunsch nach neuen Teilhabeformen und das Erstarken von Rechtspopulismus? Dieser Frage widmeten sich die drei aussichtsreichsten Dortmunder Oberbürgermeisterkandidat\*innen Thomas Westphal (SPD), Daniela Schneckenburger (Bündnis 90/Grüne) und Andreas Hollstein (CDU) im Rahmen einer zweistündigen Podiumsdiskussion am 27. August im Dietrich-Keuning-Haus. Auch auf Themen wie Wohnungspolitik, Klimaschutz, Kriminalitätsbekämpfung, Kinderbetreuung und Digitalisierung wurde auf Wunsch der rund 90 Gäste eingegangen. Eingeladen hatten die Alevitische Gemeinde Dortmund, das Multikulturelle Forum, der Verein Kameru-

nischer Ingenieure und Informatiker sowie das Projekt „Nordfunken“. Moderiert wurde die Veranstaltung durch die freie Autorin und Redakteurin Najima El Moussaou. Gleich zu Beginn fasst der Co-Moderator Ismail Köylüoğlu von der Alevitischen Gemeinde Dortmund die zukünftigen Herausforderungen zusammen: „Aus den tiefgreifenden demografischen und migrationspolitischen Entwicklungen sind viele neue zivilgesellschaftliche Initiativen, Organisationen und Netzwerke hervorgegangen, welche die Stadtgesellschaft aktiv gestalten möchten.“ Die Forderung nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten stößt bei allen drei Kandidat\*innen auf Zustimmung.

Fortsetzung auf Seite 10

## EDITORIAL

# VMDO

Verband der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund e.V.

## In schwierigen Zeiten

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir leben in schwierigen Zeiten. Schon die letzten beiden Ausgaben des ECHO der Vielfalt standen im Schatten der Corona-Krise. Und sie ist noch lange nicht vorbei. Das, was in den letzten Ausgaben bereits Thema war, bleibt aktuell: Wir befürchten, dass die sozialen Folgen der Corona-Krise die Ungleichheit verstärken und Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte besonders stark treffen. Zugleich machen die Rechten aller Schattierungen – seien es Neonazis, Reichs- und Wutbürger oder Corona-Verleugner – mobil und provozieren, wie am Wochenende in Berlin, den Rechtsstaat – und auch uns.

In diesem krisenhaften Klima wird nun kommunal gewählt: der Rat, die Bezirksvertretungen,

der Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin. Von den Kandidat\*innen erwarten wir, dass sie nicht mit Standardformeln kommen, sondern mit konkreten Antworten auf unsere Sorgen und Befürchtungen. Darum geht es vor allem in dieser ECHO-Ausgabe.

Zugleich findet auch die Wahl zum Integrationsrat statt. In diesen schwierigen Zeiten brauchen wir einen starken Integrationsrat. Einen Integrationsrat, der der Verwaltung und der Politik auf die Finger guckt, nämlich darauf, was für die Verbesserung der Lebensverhältnisse und des Zusammenlebens in Dortmund tatsächlich getan wird.

Die Menschen mit Einwanderungsgeschichte sehen sich nicht als „Opfer“, sie sind stark. Migration braucht auch Risikobereitschaft, Fantasie und viel Kraft und Energie, diesen Schritt zu wagen und an einem neuen Ort ein neues Leben zu beginnen. So hieß es sinngemäß im Leitartikel der letzten ECHO-Ausgabe vom Juli. Und auch das bleibt richtig: „Ohne Lebensmut und Lebensfreude geht dies alles nicht.“ Auch dafür stehen wir.

In diesem Sinne  
Vorstand des VMDO

## Kommunalwahl in schwierigen Zeiten

Fortsetzung von Seite 1

Gibt es die Vision einer „solidarischen Stadt“?

Was ist mit prekärer Beschäftigung, was mit Armut, wie ist die Lage der Menschen mit Fluchtgeschichte? Wie wird es den Kindern und Jugendlichen ergehen, die monatelang nicht zur Schule gehen konnten? Auch bei Umfragen zu den größten sozialen Problemen, die die Menschen in Dortmund sehen, werden – sieht man mal vom Dauerbrenner „Baustellen“ ab – die Corona-Krise, Arbeitsmarkt und soziale Ungleichheit ziemlich oft genannt. In jeder Hinsicht ist durch die Corona-Krise ein Anstieg sozialer

Risiken zu erwarten. Was also soll vorbeugend getan werden, damit Menschen in dieser Stadt nicht sozial abstürzen? Welche Vision einer *solidarischen Stadt* gibt es? Hierzu gehört auch: Wie kann die Bürger\*innennähe verbessert werden? Antworten auf diese drängenden Fragen: das ist es, was von der Kandidatinnen und den Kandidaten erwartet werden muss. Die „Zehn Punkte“ des VMDO zur Kommunalwahl zeigen, worum es geht.

Einwanderungsstadt Dortmund: Teilhabe gehört auf die Tagesordnung

Schon im Mai 2020 hatte sich der Bundesverband Netzwerke von

Migrantenorganisationen, zu denen der VMDO gehört, klar positioniert: „Die Corona-Krise bedeutet: Hohe gesundheitliche und soziale Risiken. Unsere Befürchtung ist: Es besteht die Gefahr einer Verschärfung sozialer Benachteiligungen, aber auch eines sich verstärkenden Rassismus, in der Krise und als Folgen der Krise. Wenn dies geschieht, werden Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte davon erheblich betroffen sein. Wir fordern: Das darf nicht geschehen! Städte und Gemeinden – dort, wo die Menschen leben – sind der Ort, wo es konkret wird. Nahe bei den Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte, sind die Migrant\*innenorganisationen

kritische Stimme und unverzichtbarer Partner „vor Ort“.

Der Anteil der Menschen mit Flucht- und Einwanderungsgeschichte an der Dortmunder Bevölkerung beträgt mindestens 35 Prozent: eine wirkliche Einwanderungsstadt. Jede künftige Oberbürgermeisterin, jeder künftige Oberbürgermeister wird sich auch daran messen lassen müssen, wie nahe sie oder er bei diesen Menschen ist und wie sie oder er es mit der Zusammenarbeit „auf Augenhöhe“ hält.

Jetzt: Fragen stellen, prüfen und wählen. Und auch danach weiter Druck machen – mit Abstand und Anstand, versteht sich.

ECHO

## Zehn-Punkte-Papier des ECHO der Vielfalt zur Kommunalwahl 2020

# HEIMATSTADT DORTMUND!

## 10 PUNKTE ZUR KOMMUNALWAHL 2020

## Palästinensische Gemeinde bietet Arabisch für Anfänger an



Teilnehmer des Arabischkurses für Anfänger mit ihrer Lehrerin (1)

Foto: PG zu Dortmund e.V., Nemer Yahya

Die Palästinensische Gemeinde Dortmund e.V. bietet im Haus der Vielfalt einen neuen Arabisch-Sprachkurs für Anfänger an. In diesem Anfängerkurs für Migrantenkinder werden einmal wöchentlich 12 Kinder für die Dauer von 2 Stunden unterrichtet. Auf Initiative der palästinensischen Gemeinde zu Dortmund e.V. läuft parallel schon seit 2 Jahren ein

Arabischkurs für Fortgeschrittene, in dem 10 Migrantenkinder in Arabisch als Fremdsprache unterrichtet werden.

Beide Sprachkurse für Anfänger & Fortgeschrittene finden regelmäßig sonntags statt. Dafür werden die Räume B3 und B4 im Haus der Vielfalt (Beuthstr. 21) für die Zeit von 12:30 bis 14:00 Uhr genutzt. PGD e.V.

1. Dortmund war und ist eine Einwanderungsstadt. 35 Prozent der Menschen, die in Dortmund leben, haben selbst oder kommen aus Familien mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte. Es stimmt: die Dortmunder Politik erkennt dies seit Langem an und Vieles ist geschehen. Dennoch: Immer noch konzentriert sich **soziale Benachteiligung** im erheblichen Umfang bei dieser Bevölkerungsgruppe und es gibt nach wie vor erhebliche **Teilhabe Defizite**. Offenbar ist soziale Benachteiligung hartnäckiger und geht tiefer, als gedacht und gehofft wurde. Dies wird auch als strukturelle Diskriminierung bezeichnet.

**Wir sagen: Das ist in einer Stadt wie Dortmund nicht hinnehmbar.**

2. Und nun auch noch Corona. Schon vor der Corona-Krise gab es alarmierende Entwicklungen. Stichwort **Armut**, vor allem auch **Kinderarmut**: Bei Kindern unter 6 Jahren – der Bevölkerungsgruppe mit dem höchsten Migrationsanteil – ist die Armut am größten. Eine Stadt, in der mehr als ein Drittel aller Kinder in Armut aufwächst, verbaut sich die eigene Zukunft.

**Wir fordern: Die Bekämpfung der Kinderarmut muss höchste Priorität haben.**

3. Nach wie vor sind Kinder aus Familien mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte im **Bildungssystem und beim Übergang von der Schule in Berufsausbildung** benachteiligt, trotz auch großer Anstrengungen und vieler guter Modelle und Verfahren in Dortmund. Bildungsbenachteiligung ist hartnäckig.

**Wir sagen: Ein neuer Bildungsaufbruch** ist notwendig: alle, die etwas beitragen können – vor allem die Schulen, die Betriebe, die Kammern und Gewerkschaften, die Menschen im Quartier, die Migrant\*innenorganisationen – müssen als **Verantwortungsgemeinschaft** unter Koordinierung der Stadt diesen Bildungsaufbruch lostreten. **Gerade jetzt** und mit besonderer Aufmerksamkeit auf diejenigen Kinder und Jugend-

lichen, die durch die **Corona-Krise in ihrer Bildung zusätzlich Nachteile** haben.

4. Schon vor Corona hatte Dortmund einen **problematischen Arbeitsmarkt** mit einem hohen Anteil an befristeter Beschäftigung und prekären Arbeitsverhältnissen. Menschen mit Einwanderungs- und insbesondere Fluchtgeschichte arbeiten in erheblichem Umfang unter diesen Bedingungen. Die Corona-Krise gefährdet insbesondere eben diejenigen Beschäftigten, die leicht kündbar sind. Bisher steht die Wirtschaft im Blickpunkt von Öffentlichkeit und Politik. **Wir fordern: Erforderlich ist in Dortmund ein „Sofortprogramm Beschäftigungssicherung“.**

5. Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit.

**Wir fordern: Die Gesundheitseinrichtungen** in unserer Stadt müssen sich **noch mehr** als bisher der großen Bevölkerungsgruppe mit Einwanderungsgeschichte öffnen. Dies gilt besonders für **Menschen, die neu in Deutschland** angekommen sind oder die **ohne Papiere** sind, und dies gilt für **Seniorinnen und Senioren** mit Einwanderungsgeschichte.

**Wir fordern: Eine enge Zusammenarbeit mit Migrant\*innenorganisationen** – z.B. durch „Gesundheitslotsen“ oder entsprechende Dienste – ist für eine Verbesserung unverzichtbar. Die Corona-Krise hat noch einmal demonstriert, wie wichtig das **ehrenamtliche Engagement** aus dem Kreis der Migrant\*innenorganisationen ist. Dies muss noch mehr anerkannt und unterstützt werden.

6. Leben in der Stadt ist mehr als Wohnen und Arbeiten. Neben **bezahlbaren und diskriminierungsfrei zugänglichem Wohnraum** geht es um die **Lebensqualität in den Quartieren**. Die Ergebnisse der langjährigen Aktivitäten im Feld der „Sozialen Stadt“ müssen kritisch bilanziert werden.

**Wir sagen: Es muss eine klare Ausrichtung auf Zusammenleben**

in Vielfalt und von verschiedenen Generationen, Attraktivität des Quartiers, Öffnung der Schulen zum Quartier und zugängliche Begegnungsräume für Jugendliche geben. **Integrierte Handlungskonzepte gegen den sozialen Absturz von Quartieren** müssen zum Einsatz kommen. – Zu einem guten Leben in der Stadt gehört auch, dass die verschiedenen **Bürgerdienste** unkompliziert und rasch zugänglich sind und dass dort alle Menschen mit demselben **Respekt** und dem unbedingten Ziel zu helfen behandelt werden.

7. Der Dortmunder „Masterplan Integration“ wurde 2013 beschlossen. In den vergangenen sieben Jahren ist viel geschehen. Insbesondere nach dem „langen Sommer des Willkommens“ im Jahr 2015 sind viele Menschen mit Fluchtgeschichte nach Dortmund gekommen.

**Wir fordern: Es ist an der Zeit für eine kritische Bilanz zur Situation von Teilhabe der Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte in Dortmund**, für alle Lebensbereiche und in Bezug auf den erforderlichen niedrigrschwelligigen Zugang zu Ämtern und Dienstleistungen.

**Wir fordern: Auf der Basis dieser Teilhabe-Bilanzierung** und unter bürgerschaftlicher Beteiligung, insbesondere auch der Migrant\*innenorganisationen „auf Augenhöhe“, ist es erforderlich, zügig einen neuen **Masterplan „Teilhabe in der Einwanderungsstadt Dortmund“** auszuarbeiten.

8. Wir leben gegenwärtig unter den Bedingungen der **Corona-Krise**, deren Ende nicht abzusehen ist. Der Bundesverband Netzwerke von Migrantorganisationen (**BV NeMO**), bei dem der VMDO Gründungsmitglied ist, hat sich frühzeitig positioniert: „Die Corona-Krise bedeutet: Hohe gesundheitliche und soziale Risiken. Unsere Befürchtung ist: Es besteht die Gefahr einer **Verschärfung sozialer Benachteiligungen**, aber auch eines **sich verstärkenden Rassismus**, in der Krise und als Folgen

der Krise. Wenn dies geschieht, werden **Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte davon erheblich betroffen** sein.“ Es gibt immer mehr Anzeichen dafür, dass diese Befürchtungen zutreffend sind. Es muss alles getan werden, um negative soziale Folgen der Corona-Krise für die Menschen zu vermeiden.

**Wir fordern: Es ist erforderlich, umgehend einen Dortmunder Präventionsplan: Vermeidung negativer sozialer Folgen der Corona-Krise** aufzustellen.

9. In der akuten Corona-Krise gab und gibt es auch in Dortmund ein Krisenmanagement unter gesundheitlichen und ordnungspolitischen Aspekten. Aber ohne Beratung mit den Migrant\*innenorganisationen vor Ort, die nahe bei den Menschen sind. Teilhabe darf aber gerade in Krisenzeiten nicht ausgesetzt werden.

**Wir fordern: Es war und ist also ein Steuerungs- und Beratungsgremium zur Bekämpfung sozialer Risiken und verschärfter sozialer Ungleichheit** erforderlich, an dem Migrantorganisationen zu beteiligen sind.

10. **Rassismus** ist tief in unserer Gesellschaft verankert. Dortmund wehrt sich gegen Rassismus und völkischem Rechtsradikalismus.

**Wir fordern: die Wirksamkeit** muss verbessert werden. Notwendig sind .u.a. mehr sichere Begegnungsräume und ein verstärkter Opferschutz, eine unabhängige Antidiskriminierungsstelle, Ausbau von Antidiskriminierung als Teil der qualitativen Personalpolitik aller Dienststellen und Ämter, verstärkte öffentlichkeitswirksame Aufklärung. – Dortmund ist Mitglied im Zusammenschluss „Kommunen – Sichere Häfen“, der für ein offenes Willkommen gegenüber Geflüchteten steht, die über das Mittelmeer kommen oder auf griechischen Inseln interniert sind.

**Wir fordern: Dieser Absicht** müssen Taten folgen. Denn auch das ist praktische Antirassismus-Politik.

ECHO

## IMPRESSUM

Herausgeber: VMDO e.V.  
(Mitglied im Paritätischen)

DER PARITÄTISCHE  
GESAMTVERBAND

„ECHO“ wird unterstützt von:

Kommunales  
Integrationszentrum  
Dortmund

Beuthstraße 21, 44147 Dortmund  
Tel.: +49 231 / 28678241  
Fax: +49 231 / 28678166

eMail: info@echo-vielfalt.de  
http://www.echo-vielfalt.de  
Amtsgericht Dortmund VR 6233

Gesamtleitung: Dr. Ümit Koşan.  
Herausgegeben Vorstand des  
VMDO e.V..

Redaktion: Dr. Ümit Koşan,  
Prof. Dr. Angela Paul-Kohlhoff,

Vedat Akkaya, Lucas Gruyters

Layout, Design: J.A.

Anzeigenservice: Vedat Akkaya,  
Hansgeorg Schmidt  
anzeige@echo-vielfalt.de

Vertrieb: Eigenvertrieb

Auflage: 5.000

Druck: Lensing Druck, Dortmund

Alle Rechte vorbehalten. Die von uns gesetzten, gestalteten und veröffentlichten Texte, grafische Darstellungen und Fotos dürfen nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion reproduziert und nachgedruckt werden.

Für die Inhalte öffentlicher Texte von Dritten übernehmen wir keine Haftung.

# "Ich habe nicht das Gefühl der verpassten Chancen"

Ein Interview mit Oberbürgermeister Ullrich Sierau zum Ende seiner Amtszeit

**Dortmund als Einwanderungsstadt: Wie sehen Sie die Entwicklung in den letzten Jahren? Was waren und was sind die größten Herausforderungen in Ihrer Amtszeit?**

Dortmund ist ja eine Einwanderungsstadt, das liegt praktisch in der DNA dieser Stadt. Dortmund ist durch Zuwanderung entstanden, wenn man in der Geschichte der Stadt zurückblättert, sieht man, das Dortmund immer in einem Wegekreuz von Pilgern und Handelsrouten gelegen hat. Durch dieses Wegekreuz haben schon damals viele Leute den Weg nach Dortmund gefunden, Handwerk hat sich angesiedelt, Dortmund wurde sozusagen zum Marktplatz. Das hatte durchaus schon europäische Dimensionen, Handelsrouten gingen von Russland bis Sizilien, von Spanien bis nach Skandinavien und diese Routen liefen alle über Dortmund. Wir sind hier nicht durch Ackerbau groß geworden sondern durch diesen Austausch, wir waren von Anfang an eine internationale Stadt.

Durch die Industrialisierung hat das Ganze dann nochmal einen ordentlichen Schub bekommen, da war die Zuwanderung aus dem ehemaligen Schlesien, aber es kamen auch Zuwanderer aus Spanien, Italien, Portugal, Griechenland, auch aus Nordafrika, natürlich auch viele Menschen, die aus der Türkei zu uns gekommen sind. Das hat uns zu einer sehr vielfältigen Stadt gemacht, die Leute kamen ja nicht nur zum arbeiten, die brachten eine eigene Kultur mit und das hat die Stadt auch bereichert. Man hat sich ja nicht nur auf der Arbeit gesehen, das ging ja schnell auch ins Privatleben hinein, Freundschaften entstanden, in den Wohngebieten gab es einen Wandel.

Damals war es relativ einfach Arbeit zu finden und gutes Geld zu verdienen, mit dem Strukturwandel wurde das natürlich anders, plötzlich gab es Arbeitslosigkeit, das soziale Netz war nicht mehr so solide wie früher. Das hat natürlich die soziale Frage der Zuwanderung ganz anders gestellt. Wie bringt man die Leute in Arbeit, wie qualifiziert man sie? Als jetzt die Flüchtlinge kamen, war die Frage, wie versorgt man sie, wie bringt man sie in eine Wohnung, wie beschult man die Kinder, wie integriert man die Menschen in den Arbeitsmarkt?

Aber durch die Historie hat Dortmund die Einwanderung verinnerlicht, die Vielfalt ist ein Stück der städtischen Identität. Ich bin ja selbst in den 70er Jahren zugewandert, ich habe erlebt wie freundlich man hier aufgenommen wurde, das ist auch heute noch überwiegend so. Ich war überrascht wie offen und reibungslos hier miteinander umgegangen wurde und wird, viele Menschen, die hier zugewandert sind, bestätigen mir das auch. Klar, da gibt es auch Menschen, die ein anderes Gesellschaftsbild verinnerlicht haben, die rassistisch sind, die Fremde diskriminieren, aber das ist eine kleine Minderheit, das gehört nicht zur DNA dieser Stadt, zu ihrer Tradition.

Es war immer eine Herausforderung, ein Verständnis für das Miteinander zu entwickeln und den Menschen die zu uns kommen mit Respekt zu begegnen, zu versuchen ihnen ein Stück Heimat zu

geben. Das gilt auch für den privaten Bereich und für den kulturellen Bereich. Daraus ist ja auch das Haus der Vielfalt entstanden und ich denke, das hat uns ja auf dem Gebiet eine Infrastruktur gegeben die sich durchaus sehen lassen kann, die auch bundesweit seinesgleichen sucht. Das zeigt ja auch, es gibt hier einen Schulterschluss zwischen den Akteuren, der Politik, der Verwaltung und der Zivilgesellschaft. Das hat eine Nachhaltigkeit und die hat in der Beuthstraße sozusagen eine Heimat gefunden.

**Am Anfang ihrer Amtszeit haben Sie gesagt "Integration mache ich zur Chefsache", das haben Sie auch umgesetzt. Welche Entwicklung sehen Sie jetzt am Ende Ihrer Amtszeit, besonders in der migrantischen Struktur?**

Ich habe das zur Chefsache gemacht, weil ich eben der Überzeugung bin, dass Zuwanderung der Stadt gut tut. Das passiert aber nicht von allein, da muss man seinen Beitrag leisten. Deshalb haben wir früh mit dem "Aktionsplan soziale Stadt" begonnen, wir haben MIADOKI geschaffen, also eine Migrations- und Integrationsagentur für Dortmund, weil wir gesagt haben, da muss Verwaltungskraft für organisiert werden, mit dem Schwerpunkt im Bildungsbereich. Wir haben auch den "Masterplan Integration" entworfen, ich glaube, das hat auch gewirkt, es gibt heute ein breiteres Verständnis, es gibt diese gelebte Vielfalt in der Stadt, es gibt ein breites Bündnis gegen Diskriminierung und Rassismus, das von verschiedenen Gruppen der Stadtgesellschaft getragen wird. Ich denke, dass wir hier die Vielfalt und Toleranz auch leben. Als Beispiel nenne ich mal das Dietrich-Keuning-Haus, das 2015 eine Drehscheibe für die Flüchtlinge war, die über Ungarn und Österreich kamen. Da entstand praktisch über Nacht eine breite Helferstruktur, aus der Zivilbevölkerung heraus. Das war eine großartige Leistung und es war nur möglich, weil wir in der Stadtgesellschaft alle zusammen gestanden haben und weil ein solidarisches Verständnis für die Flüchtlinge da war. Teilweise war das auch aus der eigenen Flüchtlingsgeschichte heraus begründet, ich bin ja selbst auch ein Flüchtlingskind. Da haben mir viele damals gesagt, dass das auch deshalb gut funktioniert hat, weil der Oberbürgermeister dafür gesorgt hat, dass die Dinge zusammen passen, sich klar positioniert hat und die Unterstützung der Stadtpolitik da war. Frau Merkel hat damals gesagt "Wir schaffen das!" und wir haben das hier umgesetzt, ich hätte mir etwas mehr Unterstützung gewünscht, für die Integrationsmaßnahmen, auch mehr finanzielle Hilfe. Da wird uns jetzt



Dr. Ümit Kosa im Gespräch mit OB Ullrich Sierau

Foto: Hansgeorg Schmidt

doch einiges verwehrt, das finde ich unerfreulich, weil wir da für unsere Arbeit abgestraft werden. Das hat unsere Einstellung aber nicht verändert, wir haben weiter gemacht, weil wir es wichtig finden.

**Wird diese Integrationspolitik, die Sie etabliert haben, nach der Kommunalwahl mit einem neuen Oberbürgermeister/meisterin fortgesetzt?**

Ich denke, jeder sollte einen OB wählen, der gewährleistet, dass das fortgesetzt wird. Jetzt im Wahlkampf kann man die Kandidaten ja fragen, welchen Standpunkt sie vertreten. So wie ich das sehe, gibt es ja einen gewis-

**Wie sehen Sie die Entwicklung des VMDO und anderer Akteure in der Migrantenszene?**

Es ist professioneller geworden, gerade der VMDO hat sich sehr professionalisiert, hat viele Projekte auf den Weg gebracht und Verantwortung übernommen. Für uns war der VMDO auch ein guter, verlässlicher Partner, weil da Arbeit gemacht wurde, die wir aus der Verwaltung heraus nicht hätten leisten können. VMDO ist ein wichtiger Partner geworden, weil er aktiv und professionell im Bereich der Integration und für die Weiterentwicklung der Gesellschaft arbeitet und so eine wichtige Rolle spielt. Ich halte das für sehr wertvoll, diese Entwicklung

turwandel, für Transformation, nicht nur ökonomisch sondern auch kulturell. Wir sind zum Beispiel in einem Bündnis von Mittelmeerstädten dabei, da sind wir beigetreten weil das Bündnis das wollte, weil wir eine spannende Integrationspolitik machen und weil sehr viele Menschen aus dem Mittelmeerraum zu uns kommen. Wir sind also insofern ein bisschen eine mediterrane Stadt. Das ist

eine Wertschätzung für die Arbeit hier und es zeigt auch, dass Dortmund von außerhalb wahrgenommen wird, es gibt auch eine Erwartungshaltung an Dortmund. Und wer auch immer in Zukunft Oberbürgermeisterin oder Oberbürgermeister wird, ist gut beraten, dieses positive Image weiter zu pflegen. Dieses Miteinander in der Stadt, diese Politik, die das unterstützt, sollte weitergeführt werden. Bei den Instrumenten dafür muss man immer mal wieder nachsteuern, man muss schauen, ob das, was vor 10 Jahren richtig war auch immer noch richtig und zielführend ist. Da will ich mich auch gar nicht als Ratgeber einbringen, das müssen dann die entscheiden, die dann in der Verantwortung sind. Als Teil der Zivilgesellschaft werde ich viel-

Zeit braucht, das bekommt man in einer Dekade nicht hin, das geht über einen längeren Zeitraum, das ist ein generationsübergreifendes Projekt.

Ich habe schon die Vorstellung, dass dieser Entwurf, dieser Weg, den wir jetzt gehen und der auch zukunftsträchtig ist, nicht mehr diese Anfeindung erlebt, durch Nazis, durch Rechtspopulisten, die ein anderes Gesellschaftsbild haben. Gerade jetzt im Wahlkampf plakativieren sie Slogans, die ich hier gar nicht wiederholen will. Sie zeigen, dass sie eher spalten als zusammen stehen wollen. Ich glaube, dass es für die nächsten Jahre eine wichtige Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass die Spalter aus dieser Gesellschaft verschwinden, weil sie keinen Zukunftsentwurf für diese Stadt repräsentieren.

**Welches Projekt war Ihr Lieblingsprojekt in den 11 Jahren als Oberbürgermeister?**

Das war und ist "nordwärts". Weil in dem Projekt sehr viel zusammenkommt, es ist ein Projekt gegen die Spaltung in Dortmund, es ist eine Einladung an alle sich einzubringen. Das hat sehr gut geklappt, es ist ein Projekt, das sehr stark auf Beteiligung und Partizipation ausgerichtet ist, es gibt Beiträge aus den unterschiedlichsten Bereichen, aus der Wirtschaft, aus der Zivilgesellschaft, aus dem Umweltbereich, aus dem Bereich der Bildung - es ist ein umfassendes Projekt, eines das Nachhaltigkeit im besten Sinne repräsentiert, noch mehr als das Phoenix-Projekt im Süden. "nordwärts" wird strukturell im positiven Sinne tiefere Spuren hinterlassen.

Man muss sehen, Phoenix hat auf der Ostfläche rund um den See tausende neue Einwohner, auf der Westfläche werden ca. 15.000 Arbeitsplätze entstehen, da wird ein World-Innovation-Center entstehen. Das sind alles Dinge, die man sich vor 20 Jahren noch gar nicht vorstellen konnte. Davon ist schon einiges realisiert und einiges wird noch kommen. Wenn ich dann sage, "nordwärts" ist noch besser als das, dann hat das damit zu tun, dass dort noch mehr Arbeitsplätze entstehen werden und mehr Lebensqualität entwickelt wird. Im Süden wurden die Flächen früher frei, im Norden wurden die Zechen später geschlossen, deshalb wurde der Süden früher gefördert, dadurch ist der Norden etwas in's Hintertreffen geraten. Das wird mit "nordwärts" korrigiert, deshalb ist das so ein wichtiges Projekt. Ich bin froh, dass da so viele mitmachen, übrigens auch kulturübergreifend.

**In welcher Funktion werden wir Sie in Zukunft sehen?**

Ich werde am 1. November morgens aufwachen, es wird ein Sonntag sein, die Sonne wird aus einem blauen Himmel scheinen und dann werde ich mit meiner Familie spazieren gehen und wir werden das dann gemeinsam beraten. Ich habe keine festen Pläne, man könnte sagen, ich steige erstmal in das Abklingbecken und werde mich entspannen. Und dann wird man sehen was noch so kommt. Ich bin aber zuversichtlich, dass ich noch eine spannende Phase in meinem Leben haben werde.

Das Interview wurde von Ümit Kosa durchgeführt



(v.l.) Dr. Ümit Kosa, OB Ullrich Sierau, Vedat Akkaya

Foto: Hansgeorg Schmidt

sen Konsenz in den jeweiligen Äußerungen, da muss man schon in's Kleingedruckte schauen um die Unterschiede auszumachen. Wichtig ist aber nicht was jemand sagt, sondern was er oder sie macht. Ich glaube, es gibt da schon so eine Grundstimmung in Dortmund, dass das jemand sein sollte, der erfahren ist, der Dortmund kennt.

Ich kann nur sagen, nach der Wahl ist vor der Wahl. Man muss natürlich auch den Kontakt suchen zu meiner Nachfolge und sagen: Wir sind der VMDO und wir wollen unseren Beitrag leisten, aber wir haben auch eine Erwartung. Das würde ich direkt nach der Wahl tun, sagen, hier sind wir und wir möchten mit Ihnen reden.

hätte man vor 10 Jahren wohl nicht so erwartet, deshalb ist es sehr erfreulich, dass sich das so entwickelt hat.

**Wenn Sie sich nach der Wahl zurücklehnen und die Entwicklung während Ihrer Amtszeit Revue passieren lassen, wie würden Sie die Entwicklung beschreiben?**

Nun, alles hat seine Zeit, das waren jetzt über 11 Jahre als OB, wenn man meine Zeit als Planungsdezernent und Stadtdirektor noch dazu nimmt waren es über 21 Jahre. In der Zeit ist ziemlich viel entstanden, eine neue Planungskultur, viele neue Projekte, Dortmund ist eine moderne, nachhaltige, diverse und vielfältige Stadt, sie gilt als gelungenes Beispiel für den Struk-

leicht mal etwas sagen, wenn ich gefragt werde und wenn mir irgendwas wirklich schwer auf den Geist geht, werde ich das so machen wie Barack Obama, der jetzt beim Parteitag der Demokraten klar und deutlich gesagt hat, was er von seinem Nachfolger hält. Aber ich glaube, so schlimm wird es nicht werden.

**Gibt es noch etwas, was Sie gern noch verwirklicht hätten?**

Ich habe nicht das Gefühl der verpassten Chancen, es gibt eigentlich kein Projekt, von dem ich sagen würde, das hätte ich unbedingt noch machen müssen, nein, das Gefühl habe ich nicht. Das hat aber auch damit zu tun, dass ich glaube, dass so eine neue Struktur, so ein neues gesellschaftliches Miteinander, eine Sache ist, die

## MIGRANT\*INNEN FÜR DEN DORTMUNDER STADTRAT:

## SAZIYE ALTUNDAL-KÖSE (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Saziye Altundal-Köse  
Foto: Bündnis 90/Die Grünen

Am 13. September sind Kommunalwahlen. Bitte wählen gehen und Dortmunds Stadtpolitik gestalten. Wir die Dortmunder Grünen möchten mit Ihnen/Euch gemeinsam eine lebenswerte Stadt gestalten.

Ich bin als Kind eines Gastarbeiters vor über 45 Jahren nach Dortmund zugewandert und lebe seitdem in dieser Stadt. Sehr früh habe ich die Sorgen und Nöte um mich herum wahrgenommen. Das führte dazu, dass ich politisch aktiv wurde und mich später bei den Grünen enga-

gierte.

Unsere Stadt verändert sich, wie viele andere Städte Deutschlands im letzten Jahrzehnt in einem rasanten Tempo. Unser Alltag wird begleitet durch gesellschaftliche und digitale Transformation, Klima- und wirtschaftlichen Wandel und politischen Veränderungen. Das alles wirkt hier in Dortmund auf unser Leben. Im Fokus meiner politischen Arbeit steht Migration, Integration, soziale Gerechtigkeit, auch in der Bildung. Grüne Politik heißt Armut in allen Altersgruppen zu bekämpfen, bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen, gute Bildung in Kitas und Schulen zu gewährleisten und Rechtsextremismus zu bekämpfen, in Vielfalt zu leben und den Zusammenhalt zu stärken. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir Begegnungsorte/räume für den sozialen und kulturellen Austausch unter den Generationen schaffen und mehr Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche im außerschulischen Bereich anbieten. Wir müssen die Chance nutzen, voneinander zu lernen, uns wechselseitig anzuerkennen und Akzeptanz zu stärken. Grün heißt auch nachhaltige Arbeitsplätze schaffen, mehr Natur in der Stadt, mehr Platz für Rad-

fahrer – und Fußgänger\*innen und freie Fahrt mit Bus und Bahn. Deswegen setzen wir uns für ein ökologisch und wirtschaftlich nachhaltiges, vielfältiges und demokratisches Dortmund ein. Wir können beispielsweise gemeinsam das Wohnumfeld als einen gemeinsamen Lebensort erleben und uns dafür verantwortlich fühlen. Es muss den Anwohner\*innen ermöglicht werden über Bürgerbeteiligung ihren Lebensraum mitzugestalten.

Ziel meiner politischen Arbeit ist es, eine gemeinsame und gleichberechtigte Zukunft unabhängig der Herkunft zu gestalten. Für mich stellt sich in meiner politischen Arbeit die Frage, wie wir unsere gemeinsame Zukunft gestalten wollen. Meine Schullaufbahn habe ich mit dem Abitur abgeschlossen und mein Studium als Diplom-Sozialwissenschaftlerin absolviert. Meinem Motto zu helfen und zu unterstützen bin ich treu geblieben. Seit über 20 Jahre arbeite ich im Bereich Migration und Integration. Im Jahr 2009 wurde ich Mitglied des Rates und setze mich im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit und im Schulausschuss für die Interessen aller Menschen ein.

Bürgerdiensten einbringen.

## Was mir wichtig ist:

Als alleinerziehende Mutter und Kind eines Afrikaners ist die Chancengleichheit mein Herzensthema. Jedes Kind soll unabhängig von Herkunft, Religion oder familiären Bedingungen seinen Weg gehen und das Beste aus sich herausholen können. So weit sind wir in unserem Land leider noch nicht! Aus meiner Sicht sollte jeder Mensch aktiv versuchen sein Bestmögliches zu geben und die Gesellschaft hat die Pflicht die Möglichkeiten dazu zu schaffen, durch gute Bildung, Sozialarbeit und effektivere Unterstützung auf dem Arbeitsmarkt. Armut darf sich nicht vererben. Kinder sind die Zukunft. Konkrete Maßnahmen sind für mich der Ausbau der Talentschulen, der Erhalt der Förderschulen, Stärkung der Schulsozialarbeit, Integrationslotsen für Eltern und kostenloses Frühstück an den Grundschulen.

## Warum ich mich politisch engagiere:

Ich habe mich lange über Politik geärgert. Meine Devise lautet: „Nicht meckern, sondern anpacken!“, daher habe ich mich letztes Jahr entschieden einer Partei bei-

zutreten und mich ehrenamtlich einzubringen. Nach der Sichtung vieler Parteiprogramme habe ich mich für die FDP entschieden. Für die Idee eines freien und eigenverantwortlichen Lebens mit gleichen Chancen für alle Menschen, unabhängig von Religion, Herkunft oder sexueller Orientierung setze ich mich gern ein. Auch, dass der Staat sich nur so viel wie nötig in das Leben der Menschen einmisch, ist mir wichtig. Das alles zusammen bildet für mich eine tolle Basis für ein erfolgreiches Leben in der Gemeinschaft. Ich lebe gern in Deutschland, denn unsere soziale Marktwirtschaft und unser Sozialsystem sorgen dafür, dass diejenigen nicht im Stich gelassen werden, die es aus eigener Kraft nicht schaffen. Man kann hier mutig sein, ohne extrem hart zu stürzen. Diese Lust an Eigeninitiative und Mut, wie im Leitbild der Liberalen verankert, möchte ich weitertragen. Ich weiß, wie es ist mit Vorurteilen konfrontiert zu werden. Manchmal im Leben musste ich mich stärker beweisen als meine „weißen“ Mitschüler oder Mitstudenten. Das fühlte sich nicht immer fair an! Doch ich habe mich nicht unterkriegen lassen, mich an die Regeln gehalten und habe versucht immer an mich zu glauben.

nalwahl im September kandidiere ich für den Stadtrat. Mein Wahlkreis umfasst Teile des Wallrings sowie das Kaiser- und Gerichtsviertel in der Innenstadt-Ost. Aufgewachsen bin ich in Lütgendortmund. Nach meinem Studium der Biologie habe ich mich als freie Pressesprecherin selbstständig gemacht. Auf Großveranstaltungen merkte ich sehr schnell, dass unnötig viel Müll produziert wird. Deshalb habe ich ein Start-Up gegründet, mit dem ich nachhaltige Konzepte für Veranstaltungen entwickle. Wenn ich nicht gerade gegen Nazis demonstriere, bin ich im Westfalenpark oder nutze gerne das vielfältige Kulturangebot unserer Stadt. Als das Älteste von

vier Kindern war ich schon immer verantwortungsvoll und setzte mich frühzeitig für Themen wie Gleichberechtigung und Gerechtigkeit ein. Politisch aktiv zu werden hat sich durch mein Engagement ergeben. Ich habe erkannt, dass ich ein gutes Sprachrohr für viele Menschen bin, die ungerecht behandelt wurden und durch mich eine starke Stimme erhalten konnten. Ich will ich die Stadt besonders in den Themen wie Nachhaltigkeit, Gleichstellung der Frauen und Bekämpfung von Rassismus nach vorne bringen. Weil Dortmund meine Heimat ist und die Menschen dieser Stadt das Leben hier besonders lebenswert machen.

Ceren Kaya

## 5 Fragen an Bezirksbürgermeister Ralf Stoltze



Ralf Stoltze

Foto: privat

**1. Wie beurteilen sie die Corona Auswirkungen auf Stadtteile in Bereich Innenstadt West und welche konkreten Maßnahmen sind zur Hilfe und Unterstützung geplant?**  
Aus Solidarität mit den Schwachen und Kranken in unserer Gesellschaft sind die Regeln für Abstand, Hygiene und Maskengebot weiter notwendig. Wie in allen Stadtbezirken Dortmunds schränkt Corona die Möglichkeiten zur persönlichen Begegnung und Kontaktaufnahme ein. Für einige Zeit wird es weiter erforderlich sein, auf digitale Medien und direkte Anrufe auszuweichen, wenn Behörden erreicht werden müssen. Eine Kontaktaufnahme per E-Mail sollte bevorzugt werden.

Unsere Bezirksvertretung bietet umfangreiche Maßnahmen zur Unterstützung von Gruppen und Vereinen bei der Bewältigung der Maßnahmen wegen Corona an. Viele Maßnahmen wurden bereits gefördert. Masken wurden verteilt und Kosten erstattet. Anfragen gerne an [okrauss@stadttdo.de](mailto:okrauss@stadttdo.de)

**2. Welche Chancen und Gefahren sehen sie bezüglich des Projektes Smart-Rhino?**

Das Projekt Smart-Rhino auf dem Gelände des ehemaligen HSP-Werkes bietet weit über das Uni- und Viertel hinaus Chancen für die Umsetzung nachhaltiger und zukunftsweisender Projekte. Uns ist am Wichtigsten, dass die vorhandene und neue Bevölkerung und die Nutzer wie geplant schon jetzt in den Prozess der Entwicklung eingebunden werden. Auch wenn die Umsetzung noch viele Jahre dauert. Es wird ein neuer Stadtteil mit viel Entwicklungspotential entstehen, der alle Chancen für Bildung

(FH), Wohnen, Arbeiten, Freizeit und alternativen Verkehr und Technik vereinen kann. Das Wichtigste sind mir bezahlbare Wohnungen in einem lebenswerten Stadtteil.

**3. Wie sehen ihre Vorschläge zu neuen Verkehrsplänen/Konzepten aus?**

Generell geben wir dem ÖPNV, also Bahnen und Bussen den Vorrang vor dem Auto. Fußgänger und Radfahrer sind für mich die bestimmenden Verkehrsteilnehmer, die sicher und komfortabel vorankommen müssen. Lebens- und Aufenthaltsqualität ist wichtiger für alle als eine autogerechte Stadt. Klimaschutz bei Verkehr und Energieversorgung ist entscheidend für unsere Zukunft.

**4. Welche Pläne und Maßnahmen gibt es rund um den Wilhelmsplatz in Dorstfeld, um diesen eine Aufwertung erfahren zu lassen – und wann werden diese umgesetzt?**

Die aktuelle städtische Planung für den Wilhelmsplatz sieht eine Ausweitung des Spielplatzes vor. Diese wird ab 2021 umgesetzt. Gleichzeitig mietet die Stadt Dortmund

unter Regie der Quartiersdemokraten kurzfristig einen belebenden Stadteilladen für die Bedürfnisse der Bewohner an. Ich setze mich für die Stärkung der Einkaufs- und Marktgeschäfte ein. Der geplante Vollversorger trägt dazu bei. Alltägliche Ereignisse wie das erfolgreiche Demokratiefest und andere Attraktionen sollen zum besseren Lebensgefühl und einem sicheren Umfeld beitragen. Corona hat dies in diesem Jahr leider unmöglich gemacht.

**5. Wie beurteilen sie die Situation der aktiven Naziszene in Dortmund (und speziell in Dorstfeld)?**

Die Partei Die Rechte hat ihren Sitz in Dorstfeld. Im Alltagsleben spielt sie zwar keine Rolle. Über Dorstfeld hinaus versucht sie aber ihre Hetze zu verbreiten. Dem setzen wir eine ganz deutliche Ablehnung von demokratiefeindlichen rechtsextremen Positionen entgegen. Am Runden Tisch Dorstfeld versammle und koordiniere ich regelmäßig alle Bevölkerungsgruppen im Kampf und Respekt, Toleranz und Vielfalt in Dorstfeld. Eine enge Zusammenarbeit der Quartiersdemokraten mit Kitas, Schulen und Vereinen bietet den Bürgern eine offene Anlaufstelle gegen Rechts: [kontakt@quartiersdemokraten.de](mailto:kontakt@quartiersdemokraten.de)

Das Bürgerhaus Dorstfeld bietet als Kinder- und Jugendzentrum und als Veranstaltungsort mit demokratischem Anspruch ab 2021 einen neuen Mittelpunkt der Kultur- und Vereinsarbeit: [buergerhaus.dorstfeld.org](http://buergerhaus.dorstfeld.org)

Ich begrüße alle Gruppen, die ihre Solidarität mit Dorstfeld und Dortmund im Kampf für Demokratie zeigen.

ECHO

## NADINE SPIEKERMANN (FDP)

Saziye Altundal-Köse  
Foto: FDP

## Über mich:

Mein Name ist Nadine Spiekermann, ich bin 41 Jahre alt und habe zwei Söhne. Mein Papa kommt aus Ghana, meine Mama ist Deutsche. Seit meinem Studium lebe ich im Stadtbezirk Hombruch.

Ich bin Diplom-Mathematikerin und arbeite seit 2016 als Abteilungsleiterin im IT-Bereich. Meine Themen sind die Digitalisierung der Verwaltung, die Personalentwicklung und Kommunikation. Meine Erfahrungen möchte ich im Stadtrat bei der Weiterentwicklung der Verwaltung und unseren

## CEREN KAYA (SPD)

Ceren Kaya  
Foto: privat

Ich bin Ceren Kaya, 29 Jahre alt und wohne in Dortmund auf der Kaiserstraße. Bei der Kommu-

## Nordstadtgrüne wollen ein Jugendparlament für den Stadtbezirk

Kinder und Jugendliche müssen mitreden und mitentscheiden können, gerade in der Nordstadt. Deshalb möchten die Grünen für den kinderreichsten Dortmunder Stadtteil die Einrichtung eines Jugendparlaments initiieren. In anderen Städten wie Lingen/Ems, Recklinghausen und Dinslaken gibt es schon längst erfolgreiche Jugendparlamente.

Das Parlament soll 3 bis 4 mal im Jahr tagen, in der Zwischenzeit erarbeiten die Jugendlichen ihre Forderungen in Projekten, die sie innerhalb von Schule oder Freizeiteinrichtung durchführen. Die Beschlüsse des Jugendparlaments sind verbindliche Aufträge für Verwaltung und Bezirksvertretung, die darauf aufbauend konkrete Lösungen vorschlagen.

Hannah Sassen, grüne Rats-Kandidatin für die Nordstadt: "Beteiligung steht bei uns GRÜNEN ganz vorne. Kinder und Jugendliche erleben die Nordstadt aus einer anderen Perspektive und haben viele Ideen, wie ihr Quartier aussehen soll, damit auch sie sich wohl fühlen. Zielsetzungen sind für uns eine jugendfreundliche Planungspraxis, aber auch regelmäßige gemeinsame Aktionen, bei denen neben der Arbeit der Spaß nicht fehlen darf." Damit die Aufträge an die Politik nicht im Papierkorb landen, soll das Jugendparlament zwei



Hannah Sassen. Foto: Die Grünen

Vertreter\*innen für die Bezirksvertretung bestimmen. Sie sollen das gleiche Rederecht haben wie die Vertreter der Senioren und des Integrationsrats, die bereits in der Bezirksvertretung fest verankert sind.

Hannah Sassen: "Die Nordstadt hat bereits gute Voraussetzungen für ein Jugendparlament. Wir haben das Kommunalwahlrecht für 16 und 17-Jährige. Im Stadtbezirk arbeiten Jugendprojekte wie „Jugendforum“ und „Verfassungskids“ durchaus erfolgreich.

Sie sollen sich am Aufbau des Jugendparlaments aktiv beteiligen. Zudem hat die Bezirksvertretung auf grüne Initiative einen regelmäßigen Haushaltsposten für Jugend- und Bildungsprojekte eingeführt, der auch für die Projekte des Jugendparlaments angezapft werden kann."

Zu einem Parlament gehören auch Wahlen. In einem ersten Schritt können die jungen Abgeordneten durch lokale Wahlen in den Schulen und Jugendzentren bestimmt werden.

"Danach soll es alle zwei Jahre einen gemeinsamen Wahltermin in allen Schulen und Jugend-Einrichtungen geben, für den man auch in der Öffentlichkeit werben kann. Das steigert die Motivation, mitzumachen.", so Hannah Sassen. Eine Regel soll in den Sitzungen des Parlaments auf jeden Fall gelten: Die Erwachsenen dürfen nur reden, wenn sie gefragt werden, ansonsten halten sie ihren Mund.

ECHO

Aladin El-Mafaalani

# Alltagskulturen in der Migrationsgesellschaft

(Auszug aus: Das Integrationsparadox)

Möchte man konservierte deutsche Kultur erleben, dann muss man dorthin, wo die Deutschen Migranten sind oder waren. In der deutschen Diaspora in Namibia, Argentinien, Australien, USA oder Kanada kann man eine Alltagskultur beobachten, die den Charakter eines Freilichtmuseums hat. Grundsätzlich wäre eine intensivere Beschäftigung mit der deutschen Auswanderungsgeschichte wünschenswert. Nicht viele wissen, dass Deutsch in vielen Regionen Namibias eine wichtige Verkehrssprache ist. Es gibt deutschsprachige Zeitungen, Radio- und Fernsehsender. Oder dass Menschen mit deutschen Wurzeln die größte nationale Herkunftsgruppe in den USA bilden – noch vor England oder Irland. Oder dass die deutsche Sprache auch heute noch in vielen Regionen Nordamerikas gesprochen wird, wie etwa das Pennsylvania Dutch. Das merken Touristen, die die US-amerikanische Ost- oder Westküste besuchen, nur deshalb kaum, weil die meisten Deutschstämmigen in den republikanisch dominierten Bundesstaaten im Inneren des Landes leben. US-Präsident Eisenhower hatte deutsche Vorfahren (ursprünglich Eisenhauer), der Flugzeughersteller »Boeing« wurde vom deutschen Wilhelm Böing gegründet, aus Rheinland-Pfalz stammen die Unternehmer John Rockefeller (bekannt durch das Rockefeller Center) und Henry John Heinz (Ketchup), der im Übrigen mit Friedrich Trump verwandt ist, der wiederum der Großvater von Donald Trump ist. Auch die Lehmann-Brüder (Lehman Brothers) sowie Marcus Goldmann und Samuel Sachs (Goldman Sachs) sind deutscher Herkunft. Man könnte nun auch noch den Erfinder der Jeans, Levi Strauss, und Elvis Presley (ursprünglich Pressler) nennen. Der Hotdog und wahrscheinlich auch der Hamburger sind Erfindungen von Deutsch-Amerikanern. Politisch wurden die USA besonders von Briten geprägt, aber kulturell mit am stärksten von den Deutschen.

Auch in Kanada hat mehr als jeder Zehnte deutsche Wurzeln und auch hier leben die meisten in den sogenannten Prärieprovinzen in der Landesmitte. Der wohl derzeit bekannteste Kanadier, Justin Bieber, hat einen deutschen Großvater. Die Liste ließe sich seitenweise fortsetzen und auf Australien und



Aladin El-Mafaalani

Südamerika ausweiten. Alle Migranten tendieren dazu, konservativ zu sein, weil sie ihre Kultur konservieren wollen. Warum das so ist, wird später zu klären sein. Aber die Tatsache, dass Auswanderer ihre Kultur in einer Konserve mitnehmen, deutet deutlich darauf hin, dass gerade sie großes Verständnis für die Pflege von Sprache, Tradition, Religion und Werte haben. Migranten sind es nicht, die den Wandel aktiv vorantreiben, sie haben eher die Funktion von alltagskulturellen Secondhandläden, aus denen sich alle Menschen, auch Einheimische, bedienen. Ganz im Gegenteil: Neuzugewanderte wünschten sich in ihrem neuen Land klarere Orientierungen. Immer wieder werden mir von Migranten dieselben Fragen gestellt: Wie lernt man Menschen kennen? Wie verhält man sich, wenn man zum Essen oder zu einer Feier eingeladen wird? Wie spricht man als Mann eine Frau oder seltener als Frau einen Mann an? Wie funktioniert Flirten? Wie zeigt man Respekt gegenüber Älteren, Arbeitgebern oder Amtsträgern? Die Antworten auf diese Fragen bleiben unbefriedigend: In einer offenen Gesellschaft ist auch all das relativ offen. Man kann regionale und milieuspezifische Besonderheiten berücksichtigen. Aber noch entscheidender ist es, sich flexibel der Situation anzupassen. Die Gepflogenheiten sind diversifiziert und individualisiert. Man muss sich auf ein Wechselspiel einlassen, das Kontext und Personen einbezieht. Diese Form des Alltags ist zum Teil befreit von Zwängen und zugleich von Orientierung. Sie ermöglicht und erzwingt zu-

gleich, dem Handeln eine eigene Note zu geben. Hierfür muss man Intuitionen entwickeln, für die es Zeit braucht – mehr Zeit als beim Erlernen von traditionellen Regeln. Häufig orientieren sich Migranten aufgrund der fehlenden Regeln dann entweder an den eigenen Bräuchen, oder sie orientieren sich an der deutschen Tradition. Während Ersteres wenigstens authentisch bleibt, wirkt Zweites wie aus der Zeit gefallen, regelrecht »verrückt«. Beides kann dazu führen, dass die andere Person lacht oder skeptisch guckt. Heißt das jetzt, dass man ausgelacht wird, oder ist das ein wohlwollendes Lächeln? Ist der skeptische Blick Ausdruck von Irritation im Sinne von Fragezeichen im Kopf oder von Verschlussenheit oder von Angst? Was habe ich falsch gemacht?

Entsprechend frustriert sind Neuzugewanderte, wenn sie hören, sie sollen sich anpassen, aber ihnen niemand sagen kann, woran und wie sie sich anpassen sollen. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass es kaum eine schwerer zu erklärende Kultur und Gesellschaft gibt als die deutsche. Das hat neben dem beschleunigten sozialen Wandel, dem alle offenen Gesellschaften unterliegen, auch mit der spezifischen deutschen Geschichte zu tun, sowohl der älteren Geschichte, in der sich aus den Kleinstaaten eine Nation entwickelte, als auch der jüngeren Geschichte des Dritten Reichs, der Teilung von West- und Ostdeutschland sowie der Wiedervereinigung. Das Wissen über Deutschland, das in den Integrationskursen vermittelt wird, ist hierfür zwar ein erster Anfang, kann aber bestenfalls eine rudimentäre Basis sein, die noch kaum alltagstauglich ist. Zu den Erklärungs- und Handlungsproblemen gesellen sich Diskriminierungserfahrungen und handfester Rassismus, die ich später ausführlich thematisieren werde. Die lebensweltliche Integration von Migranten benötigt Zeit und verläuft unspektakulär wie von selbst, wenn sich Menschen in Freizeit und Nachbarschaft begegnen, in Vereinen gemeinsame Ziele verfolgen und sich über die Unterschiedlichkeiten austauschen.

Ohne Begegnungen und Austausch laufen auch die hartnäckigsten moralischen Appelle zur Integration notgedrungen ins Leere.

In Deutschland sind gerade zu Beginn Begegnungen von Migranten und Einheimischen eher irritierend als erhellend, da immer wieder Missverständnisse entstehen. Das ist in den multikulturellen Teilen der USA anders, denn hier hat sich eine Alltagskultur entwickelt, die genau dieses Missverstehen auf beiden Seiten vermeidet. Wir interpretieren das häufig als Oberflächlichkeit, dabei müssten wir es als nutzerfreundliche Oberfläche sehen. Ein Beispiel: Ich sitze an der Ostküste der USA in einem Restaurant und die Kellnerin kommt an meinen Tisch und beginnt zu reden: »Hallo, mein Name ist Kathy, ich bediene Sie heute. Wenn Sie irgendwelche Fragen haben, eine Empfehlung oder etwas anderes brauchen, dann geben Sie mir bitte ein Zeichen (sie hebt zwei Finger in die Luft). Unser Konzept funktioniert so: ...« Kathy spricht die Worte sehr deutlich aus und lächelt dabei permanent. Wenn man sie nicht unterbricht, dann erklärt sie ausführlich, was den Beruf der Kellnerin ausmacht, was ein Restaurant ist, wie die Regeln des Hauses lauten und eben das gesamte Konzept. Sie tut geradezu so, als wäre der Gast von einem anderen Planeten. Man kann lächelnd mit »Danke, Kathy, ich weiß schon, was ich bestellen möchte« unterbrechen und muss sich dann nicht die lange Geschichte anhören. So oder so ähnlich wiederholt sich das in ganz vielen Dienstleistungseinrichtungen. Weil mich das so fasziniert, unterbreche ich nie. Aber was liegt dem zugrunde? Mit einem Lächeln, einem extrem freundlichen Tonfall, einer langsamen und deutlichen Sprache, der vollständigen und voraussetzungslosen Widmung an einen Gast wurde hier eine Form der Kommunikation gefunden, die immer funktioniert. Nur weil jemand schwarz oder weiß ist, aussieht, wie man sich einen Chinesen, einen Engländer oder einen Araber vorstellt, lässt sich nicht daraus schließen, ob es sich um einen US-Amerikaner handelt oder einen Migranten oder einen Touristen. Deshalb hat sich eine Kommuni-



kationsform etabliert, die allen gerecht wird. Kathy erläuterte mir, dass die höchste Wahrscheinlichkeit, eine Gruppe von einheimischen US-Amerikanern vor sich zu haben, dann gegeben ist, wenn es sich um eine diverse Gruppe handelt, also wenn etwa Schwarze, Weiße und Asiaten gemeinsam am Tisch sitzen.

Voraussetzung ist lediglich, dass man etwas Englisch spricht, aber Kathy habe ich auch dabei beobachtet, wie sie einer Familie aufgrund von Sprachbarrieren mit Händen und Füßen – und immer mit einem Lächeln – die Speisekarte erklärte. Es handelt sich nicht lediglich um Gewinnstreben. Denn der gesamte nordamerikanische Alltag folgt diesem Prinzip. Man kommt mit Menschen auf einer benutzerfreundlichen Oberfläche einfach schnell ins Gespräch. So ist es auch bei der Polizei, in der Verwaltung oder in der Universität. Bei meinem ersten Besuch in Kanada hatte ich bereits am ersten Tag eine Begegnung, die mich außerordentlich irritierte. Eine Polizistin fragte mich in Downtown Toronto anlasslos, ob sie mir helfen könne. Ich hatte lediglich etwas neidisch die Universitätsgebäude angeschaut. Wir kamen ins Gespräch. Sie lachte, war humorvoll, fasste sogar meinen Arm an. Klare Anzeichen für Flirten, dachte ich. Am selben Tag hatte ich eine ganz ähnliche Situation mit einem Hausmeister der Uni. Freundliche und humorvolle Gespräche, auch mit Berührungen, sind schlichtweg normal. Alle sind »nice«, alle lächeln.

Noch bevor ich jemanden fragen konnte, wie denn dann Flirten aussehen soll, konnte ich es beobachten: Mal kam in einem netten Small Talk sehr schnell die Frage, ob man nicht zusammen einen Kaffee trinken könne, was in dem Fall gewissermaßen der Hinweis war, dass es jetzt ins Flirten übergeht.

Ein anderes Mal wurde sehr direkt und offensiv die Telefonnummer überreicht, mit der Bemerkung: »Du solltest mich zum Abendessen einladen.« Dabei bedeuten beide Einladungen noch nichts weiter, als dass ergebnisoffen geschaut werden kann, was daraus wird. Man braucht Zeit, um sich an diesen Stil zu gewöhnen. Deutsche und österreichische Studierende in Toronto sprachen von einem halben Jahr Eingewöhnungszeit.

Während die Alltagskommunikation also ein hohes Maß an Zuwendung und Freundlichkeit beinhaltet, muss deutlicher ausgesprochen werden, wenn es um eine andere Ebene geht. Man kann das als oberflächlich bezeichnen, aber es ist genau genommen eine hoch funktionale Form der Alltagskultur in einer Metropole, in der fast alle irgendeinen Migrationshintergrund nach unserem Verständnis haben. Das ist Superdiversity par excellence.

Dass die ersten Begegnungen in Nordamerika sehr angenehm auf der freundlichen Oberfläche stattfinden, macht es nicht leichter, eine freundschaftliche Tiefe zu entwickeln. Besonders dann, wenn man die Freundlichkeit missversteht. Das Dauerhafte ist in Nordamerika nicht leichter als in Deutschland. Es ist nun eine Geschmacksfrage, ob man lieber ein immerwährendes nutzerfreundliches Lächeln oder eher einen ehrlichen, die Haltung widerspiegelnden Gesichtsausdruck mag. Bei so vielen flüchtigen Begegnungen mit Menschen hat es für mich durchaus Sinn, wenn diese so angenehm wie möglich sind. Manchmal, wenn man gerne wüsste, woran man ist, stört hingegen die Freundlichkeit.

Aus: El-Mafaalani, Aladin (2018): Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. Köln: Kiepenheuer und Witsch. (Auszug: 61-68)

## Somalische Vereine gründen Dachverband



Ali Abdurahman



Gründungsrunde in der Leuthardstrasse

Fotos: Dortmund der Somalisch-Deutschen Verein

In den ersten Tagen im August trafen sich 17 somalische Vereine aus dem ganzen Bundesgebiet um einen bundesweiten Dachverband zu gründen. Die Gründungssitzung fand in

den Räumen des VMDO in der Leuthardstr. 1-7 statt. Initiiert wurde die Gründung des Dachverbandes vom Dortmunder

Somalisch-Deutschen Verein unter der Leitung des Vorstandsvorsitzenden Ali Abdurahman.

ECHO

### Finde deinen Weg, nutze deine Kreativität!

Wer bin ich?  
Wer war ich?  
Wer möchte ich sein?  
Wer darf ich sein?



Produziere mit uns einen Film und gib so deinen beruflichen Träumen eine Bühne

Eine Workshopreihe des Bildungswerk Vielfalt  
Termine  
25.09. - 27.09.2020  
02.10. - 04.10.2020

Haus der Vielfalt  
Beuthstr. 21  
44147 Dortmund  
Anmeldung + weitere Infos unter:  
bildungswerk-vielfalt@vmdo.de  
0231 286 781 65



Schreibt uns auch über die sozialen Medien an.  
Insta bildungswerk\_vielfalt  
Facebook Bildungswerk Vielfalt  
Wir freuen uns auf Euch.

## FRAGEN AN KANDIDAT\*INNEN FÜR DAS OBERBÜRGERMEISTERAMT

## Wir haben den Kandidat\*innen für das Dortmunder Oberbürgermeisteramt 3 Fragen gestellt, bis zum Redaktionsschluss bekamen wir von 6 Kandidat\*innen Antworten.

**Wie beurteilen sie die Situation der Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte in Dortmund und deren politische Teilhabe?****Thomas Westphal (SPD):**

Sehr unterschiedlich, so unterschiedlich wie Menschen eben auch sind. Wir haben historisch sehr viele verschiedene Einwanderungen in Dortmund, wie im ganzen Ruhrgebiet, gehabt - aus sehr verschiedenen Regionen und Ländern. Migranten sind kein monolithischer Block, dazu sind auch die individuellen Geschichten zu unterschiedlich. Aber die Themen, die uns alle in Dortmund bewegen, sind am Ende dieselben. Alle wollen Teil unserer Stadt sein, alle wollen ein gutes Leben. Und dann stellt sich die Frage nach Teilhabe auch ganz konkret und praktisch im Alltag. Diesen Alltag erleben wir in unserer Straße, unserem Quartier, dort, wo wir alle Nachbarn sind. Ich sehe, dass sich in Dortmund gerade eine neue Idee für das Zusammenwachsen als Großstadt der guten Nachbarn entwickelt, die jenseits von einfachen Überschriften funktioniert. Genau das will ich fördern.

Der Ausgangspunkt dafür ist eine Bilanz des Masterplans Integration. Dieser wurde zuletzt 2013 mit einer Ratsvorlage fortgeschrieben und auf dieser Grundlage arbeiten bis heute die Stadtverwaltung, der Integrationsrat und auch die zivilen Akteure aus der Migrantenszene. Es ist also durchaus an der Zeit, das wir uns gemeinsam anschauen, was gut und was nicht gut geklappt hat, um dann einen Prozess zur Fortschreibung zu starten. Die Schwerpunkte des Masterplans finde ich noch heute richtig: Bildung (Sicherung der Zukunftschancen, Übergangsquoten verbessern etc.), Arbeit und Unternehmen, Soziale Balance in den Stadtbezirken (Thema Armut etc.) weltoffene / internationale Stadt (Unternehmen, Hochschulen etc.). Im Sinne der verstärkten Orientierung auf die Quartiere möchte ich zukünftig die Punkte frühkindliche Bildung und Schule, Armutsbekämpfung, Wohnen, lokale und ethnische Ökonomie stärker im Quartier bündeln und eine dementsprechende Überarbeitung mit ihnen erreichen.

Das wird aber nicht nur Sonnen-

schein, sondern auch manchmal ganz schön schmerzhaft, weil der berechnete Anspruch oft schneller gewachsen ist als die Realität, die sich naturgemäß immer langsamer hinterher bewegt. Und auf der anderen Seite haben wir durchaus einige wenige Menschen, auch in unserer Stadt, denen schon diese Realität offensichtlich nicht passt oder auch manche, die das als Konkurrenz für sich sehen. Gerade dieser Gruppe müssen wir gemeinsam diese Angst durch gute Politik nehmen. Aber es entwickelt sich eben auch in eine gute Richtung, wenn man die Lage heute mit der von 60, 30 oder 10 Jahren vergleicht. Daraus kann man auch eines lernen: Daran arbeiten, Tag für Tag ein Stück besser machen.

**Dr. Andreas Hollstein (CDU)**

Integration ist ein nie abgeschlossener Prozess. Wir dürfen uns nie ausruhen oder nachlassen, wenn es darum geht, dass alle Menschen in unserer Stadt eine Stimme haben. Integration ist für mich die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen unterschiedlicher Herkunft am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Neben dem Erlernen der Sprache sind für mich vor allem die Begegnungen von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte von großer Bedeutung. Wer sich zusammen unterhält und sich gemeinsam engagiert baut Vorurteile ab und lernt sich besser kennen und schätzen. Deshalb müssen wir Räume und Gelegenheiten für Begegnungen schaffen. Dies betrifft besonders den Nachwuchs. Kinder und Jugendliche müssen möglichst früh erreicht werden und in Kita und Schule gezielte Förderung erfahren. Bildung schafft Chancen auf eine Ausbildungsstelle und einen Arbeitsplatz. Was mich umtreibt, ist die Tatsache, dass nur 37,2% der in Dortmund wohnenden Menschen mit Migrationsgeschichte im Alter zwischen 18 und 65 Jahren sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Denn vor allem Arbeit ist ein entscheidender Motor für Integration und das Zusammenwachsen einer Gesellschaft. Mit dem Integrationsrat haben wir in Dortmund ein Gremium, das Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wirkliche politische Teilhabe eröffnet. Der Integrationsrat bietet die Mög-

lichkeit an der Gestaltung unserer Stadt mitzuwirken und Einfluss auf die örtlichen Lebensverhältnisse zu nehmen. Darüber hinaus sind alle Parteien aufzurufen mehr Menschen mit Migrationsgeschichte für eine Mitgliedschaft zu begeistern. Im politischen Raum wird die Vielfalt unserer Gesellschaft leider noch nicht genügend sichtbar.

**Daniela Schneckenburger (Bündnis 90/Die Grünen):**

Die Situation der Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte in Dortmund ist so unterschiedlich wie die Menschen und ihre Geschichte(n): als Arbeitsmigrant\*innen der ersten Generation, als ihre hier geborenen Kinder und Enkel bis hin zu Flüchtlingen sowie Zuwander\*innen aus Süd-Ost Europa. Ihre auch rechtlich unterschiedlichen Situationen führen zu sehr unterschiedlichen Möglichkeiten und Chancen - auch hinsichtlich der politischen Teilhabe. Wir brauchen sowohl eine Verbesserung der Lebenssituationen einiger migrantischen Gruppen wie zum Beispiel der EU-Zuwander\*innen sowie eine rechtliche Gleichstellung. Das ist die Grundlage für jedwede Art der Integration. Eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre ist die Stärkung einer Kultur der Vielfalt in Dortmund. Denn Vielfalt ist die Stärke einer lebendigen, offenen und demokratischen Stadt - die Vielfalt der Lebensformen, der Kulturen, der unterschiedlichen Herkunft. Ich setze mich deshalb dafür ein, dieser Vielfalt mit der Schaffung eines eigenen Amtes für Integration und Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft weiter gestärkt und fortgesetzt und der dort federführend bearbeitete „Masterplan Integration“ in Zusammenarbeit von Vertreter\*innen aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft weiterentwickelt werden. Um die Geschichte der Zuwanderung dauerhaft zu dokumentieren und den Beitrag der zugewanderten Menschen bei der Entwicklung der Stadt zu würdigen, werde ich mich als Oberbürgermeisterin dafür einsetzen, dass Dortmund ein eigenes Museum der Migration bekommt.

**Utz Kowalewski (Die Linke)**

Die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte ist in bestimmten Teilen gut gelungen. So sind viele Unternehmen und Geschäfte von Menschen mit Migrationsgeschichte gegründet worden. In vielen Bereichen des alltäglichen Lebens sind Menschen mit Migrationsgeschichte nicht wegzudenken. Auf der anderen Seite erhalten leider viele Menschen aufgrund ihres Migrationshintergrundes keine Wohnungen oder Jobs. Zudem müssen sie rassistische Erfahrungen machen. Dortmund bietet die Möglichkeit mithilfe des Integrationsrates politisch zu partizipieren. Wenn man sich die Listen und Bewerber\*innen ansieht, dann erkennt man die Vielfältigkeit in unserer Stadt. Und man erkennt auch, dass die Menschen sich politisch einbringen möchten. Auch im Rat sitzen Menschen mit Migrationshintergrund, sind aber im Vergleich zum Bevölkerungsanteil unterrepräsentiert. Dies muss sich ändern, aber da sind auch die politischen Parteien in der Verantwortung, entsprechende Chancen zu geben. Beispiel: DIE LINKE. Von den zehn Spitzenkandidat\*innen, mit denen DIE LINKE für den Rat kandidiert, haben zwei Migrationshintergrund. Das ist noch ausbaufähig, aber es sind immerhin 20 Prozent.

**Dave Varghese (DKP):**

Dortmunds (Groß-) Stadtentwicklung wurde erst durch Migration möglich und ist seitdem untrennbar mit ihr verbunden. Gleichzeitig sind nach Verkleinerung und Schließung von Stahlwerken, Kohleförderung und Brauereien die Bedingungen Fuß zu fassen komplizierter geworden. Zugewanderte sind häufiger als ohnehin schon von Arbeitslosigkeit, Niedriglöhnen und Armut betroffen. Diese vielfach benachteiligte Ausgangssituation wird dabei vom Kapital gezielt ausgenutzt, um Zugewanderte und die übrige Gesellschaft gegeneinander auszuspielen und daraus Profit zu schlagen. Vielen Menschen mit Migrationsgeschichte bleibt dadurch ein gutes und sicheres Wohnen, gute Lernbedingungen für ihre Kinder und eine weitgehende gesellschaftliche Teilhabe verwehrt. Durch rechte Hetze wird ferner Ausgrenzung

und Stigmatisierung bezweckt und die Teilhabe offen bekämpft. Die politische Teilhabe im Kapitalismus findet überwiegend im Parlamentarismus statt. Genau hier werden viele Menschen mit Migrationsgeschichte durch Verwehrung des Wahlrechts ausgeschlossen. Auf der anderen Seite gibt es ein engagiertes Eingreifen zur politischen Teilhabe durch die interkulturellen Vereine Dortmunds. Im Stadtrat, dort wo die parlamentarischen Entscheidungen getroffen werden, sind jedoch Menschen mit Migrationsgeschichte unterrepräsentiert. Es ist in einer Stadt wie Dortmund erstaunlich, dass ich offensichtlich der einzige OB-Kandidat mit ausländischen Wurzeln bin!

**Judith Storb (Die Partei)**

So lange die Polizei vor einem Spaziergang durch die Emscherstraße warnt, aber die 120 gefährlichsten Straßen in der Nordstadt liegen, für die es keinen Polizeischutz gibt, kann von Integration in Dortmund keine Rede sein.

**Was muss ihrer Meinung nach unternommen werden, damit Menschen mit Migrationsgeschichte in der Stadtgesellschaft mehr Gehör und Repräsentation erfahren bzw. wie sieht ihre politische Unterstützung diesbezüglich aus?****Thomas Westphal (SPD):**

Mehr Repräsentation gehört eben zu der von mir beschriebenen Entwicklung. Da brauche ich nur auf die Kandidatinnen und Kandidaten meiner Partei zu schauen, das ist vielfältiger, jünger und weiblicher im Vergleich zu früheren Jahrzehnten geworden. Aber Politik ist ja weitaus mehr. Der Dialog der Stadt mit seinen Bürgerinnen und Bürgern bei vielen Prozessen ist wirklich gewollt, wir brauchen als Verwaltung diesen Austausch, es klappt aber oft nicht gut, weil sich viele gar nicht von unseren Formaten angesprochen fühlen. Jüngere Menschen, Migranten, Frauen sind da vollkommen unterrepräsentiert, wenn sie überhaupt teilnehmen. Und genau daran müssen wir ganz dringend arbei-

ten. Da müssen wir vieles Neues ausprobieren und bei diesem Ausprobieren lernen und entwickeln. Das optimale Konzept hat niemand in der Tasche, aber nicht mit dem Ausprobieren anzufangen, weil man das eben noch nie so gemacht hat, das ist noch schlimmer. Besser wird man eben nur dann, wenn man auch macht und nicht nur redet.

Auf jeden Fall sollte unabhängig davon der Integrationsrat weiter gestärkt werden, ich will einen engen Dialog als Oberbürgermeister führen und das muss auch der Rat. Weiterhin sollten Migrant\*innenorganisationen in ihrer Selbstorganisation und Interessenvertretung weiter gestärkt werden. Die Stadt unterstützt beispielsweise den VMDO und das Afrikahaus finanziell. Das ist ausbaufähig.

**Dr. Andreas Hollstein (CDU)**

Überall da wo sich Menschen in unserer Stadt zusammenkommen, entsteht Zusammenhalt und werden Grenzen überwunden. Mein Ziel ist es, dass mehr Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte sich in Vereinen, Initiativen, Bewegungen und gesellschaftlichen Gruppen engagieren. Das ehrenamtliche Engagement ist das Fundament eines friedlichen Miteinanders und einer weltoffenen und toleranten Stadtgesellschaft. Diese Gemeinschaft und diesen Zusammenhalt zu stärken liegt mir besonders am Herzen. Ich möchte die Vielfalt in unserer Stadt in all ihren Facetten noch sichtbarer machen. Der Integrationsrat ist eine wichtige Stimme für die politische Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte.

**Daniela Schneckenburger (Bündnis 90/Die Grünen):**

Ich möchte die politische, soziale und kulturelle Teilhabe von Menschen aus Einwandererfamilien fördern und das Engagement von und für Migrant\*innen sichtbar machen. Migrant\*innen-Selbstorganisationen (MSO) sind dabei ein wichtiger Baustein - bei der Integration von Neuzugewanderten, aber auch von Menschen mit Einwanderungsgeschichte, die schon lange hier leben. Sie unterstützen den interkulturellen Dia-



Thomas Westphal

Foto: wikipedia.org



Dr. Andreas Hollstein (CDU)

Foto: CDU



Daniela Schneckenburger

Foto: Bündnis 90/Die Grünen

## FRAGEN AN KANDIDAT\*INNEN FÜR DAS OBERBÜRGERMEISTERAMT



Utz Kowalewski

Foto: Die Linke

log, fördern den Zusammenhalt und nehmen eine Brückenfunktion zwischen zugewanderten Menschen und der Mehrheitsbevölkerung ein. Ich will die Arbeit der vorhandenen MSO weiter stärken und die Selbstorganisation und soziale Teilhabe neuer Zuwanderungsgruppen fördern. Das betrifft zum Beispiel auch Initiativen von geflüchteten Menschen oder von Zugewanderten aus Südosteuropa. Mit dem Haus der Vielfalt gibt es bereits ein Zentrum für Selbstorganisationen von Migrant\*innen. Ich setze mich dafür ein, bei steigendem Bedarf zusätzliche Räumlichkeiten zu schaffen.

Der Integrationsrat als kommunale Interessenvertretung von Migrant\*innen muss weiter gestärkt werden. Der Integrationsrat tritt für die kulturelle, soziale, rechtliche und politische Gleichstellung von Migrant\*innen ein und berät über viele Inhalte der Dortmunder Kommunalpolitik mit. Damit ist er eine wichtige Unterstützung für Entscheidungen der Ausschüsse und des Rates. Leider hat er nur eine beratende Funktion. Deshalb setze ich mich dafür ein, zusätzliche Kompetenzen und Rechte des Integrationsrates zu prüfen.

Wichtig ist endlich die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle. Migrantinnen und Migranten dürfen keine Bürger\*innen zweiter Klasse sein. Nach wie vor sind aber viele Eingewanderte, die nicht aus der EU kommen, von kommunaler Mitbestimmung ausgeschlossen. Viele von ihnen leben und arbeiten seit Jahrzehnten in Dortmund, können aber bei der Wahl eines/einer Oberbürgermeister\*in sowie über die Zusammensetzung des Rates und der Bezirksvertretungen nicht mitbestimmen. Für mich ist eine gleichberechtigte Mitbestimmung eine Grundvoraussetzung für eine gelingende Integration. Deshalb trete ich ein für das kommunale Wahlrecht aller in Dortmund lebenden nicht-deutschen Einwohner\*innen und werde mich dafür als Oberbürgermeisterin auf Landes- und Bundesebene stark machen.

**Utz Kowalewski (Die Linke)**

Die Strukturen müssen aufgebrochen und Menschen mit Migrationsgeschichte stärker eingebunden werden. DIE LINKE hat deshalb zum Beispiel den Antrag

mitangestoßen, die Bevölkerungsanteile bei der Neueinstellung von Auszubildenden bei der Stadt Dortmund zu berücksichtigen. Viele Menschen mit Migrationshintergrund sind in Migrant\*innenorganisationen organisiert, für welche Konzepte und Angebote geschaffen werden müssen, sich auch miteinzubringen. Ein Runder Tisch mit den entsprechenden Stakeholdern wäre denkbar, wo auch die kleineren Migrant\*innenorganisationen teilnehmen und Bedarfe formulieren können.

**Dave Varghese (DKP):**

Es ist sinnvoll, dass von der Stadt in Sachfragen künftig viel stärker als heute, und zwar regelmäßig, die Gewerkschaften, die interkulturellen Vereine und Sozialverbände angehört werden. So würde die Stimme der Betroffenen mehr Gehör finden und es würde diejenigen stärken, die sich im Rat für deren Belange einsetzen. Ein wichtiger Baustein zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe ist das Vorhandensein von sicherer und auskömmlich bezahlter Arbeit. Dies gilt es dringend zu forcieren und ist mir als Gewerkschafter und betrieblicher Interessenvertreter ein wichtiges Anliegen. So sollte es künftig für die Stadt Dortmund selbstverständlich sein, dass ihre Beschäftigte in Servicetöchtern Tariflohn erhalten, und dies auch bei der Auftragsvergabe an externe Betriebe vorausgesetzt wird.

Ein wesentliches Handwerkszeug zum politischen Eingreifen ist eine umfassende Bildung. Unser Schulsystem ist leider darauf ausgerichtet, Schülern aus reicheren Verhältnissen bessere Bildungschancen als Schülern aus ärmeren Verhältnissen zu bieten, dies gilt es zu verändern, wir fordern die Gesamtschule für Alle. Dies würde vielfach die Ausgangssituation und die gesellschaftliche Stellung von uns Menschen mit Migrationsgeschichte stärken.

**Judith Storb (Die Partei)**

Als Anwalt oder Zahnarzt lassen Sie sich am besten durch die FDP vertreten. Beamten empfehlen wir die CDU. Nazis gehen am Besten gar nicht wählen. Ewige Nörgler haben die Wahl zwischen SPD, links und Grün. Wer sich nicht in Schubladen einsortieren lassen möchte, wählt einfach Die PARTEI - sie ist sehr gut! Wer bei uns vertreten werden möchte, kann



Dave Varghese

Foto: privat

gerne eintreten - Mitgliedsanträge können zum Beispiel Online ausgefüllt werden. Alle anderen Bevölkerungsgruppen vertreten wir nicht.

**Die „Black Lives Matter“-Bewegung hat gezeigt, dass viele junge Menschen in Deutschland negative und rassistische Erfahrungen mit der Polizei und innerhalb der Gesellschaft machen – was glauben sie, wie diesem Umstand am besten zu begegnen ist?**

**Thomas Westphal (SPD):**

In der vorletzten Ausgabe der Bodo haben einige Dortmunder Migranten, die hier geboren wurden und aufgewachsen sind, ihre persönliche Erfahrung mit Diskriminierung geschildert, z.B. die Geschichte, wo die weiße Großmutter immer die braunen Hände geschrubbt und gesagt hat „die kriegen wir schon weiß“. Das zeigt: Es gibt eben nicht nur institutionellen Rassismus, sondern wir sollten alle unserer alltäglichen Verhalten überprüfen und auch einschreiten, wenn wir mit rassistischem Verhalten anderer konfrontiert sind. Es reicht nicht, nicht rassistisch zu sein, man muss antirassistisch sein.

Es hat sich aber an der Debatte auch leider wieder etwas gezeigt, was viele Menschen zu Recht zunehmend beklagen. Wir verwechseln oft ganz schnell allein das Führen einer Debatte mit tatsächlicher Politik. Diese Debatten verlaufen sich dann, es kommt das nächste Thema und es hat irgendwie niemals irgendeine echte Konsequenz. Und es gibt zu viele in der Politik, die das auch noch bedienen und ihre Haltung als Inhalt verkaufen - und das leider auf allen Seiten. So funktioniert aber Politik nicht und es führt dazu, dass Menschen sich von der Politik abwenden. Ich hätte mir deshalb gewünscht, dass man die Studie zu Racial Profiling zumindest in NRW gemacht hätte, um das Problem genauer zu erfassen und darauf aufbauend konsequent eine zielorientierte Strategie zu entwickeln. Jetzt sind wir in diesem Zustand, wo jeder in seiner Ringecke steht und viel Misstrauen da ist. Das ist ganz großer Mist, weil wir ja das Gegenteil als Gesellschaft brauchen: Kooperati-

on zum Lösen von Problemen. Als Stadt müssen wir das besser machen, eben gute Nachbarschaften organisieren. Da will ich die Netzwerke in den Quartieren neu und stark aufstellen. Dazu gehört dann auch der Austausch mit der Polizei vor Ort, um ganz konkret Probleme anzusprechen und es Stück für Stück zu verbessern - und ich weiß, dass sich im Kern beide Seiten genau das wünschen. Weiterhin sollten wir dafür eintreten, dass Organisationen diverser werden. Wenn wir als Stadt verstärkt Azubis mit Migrationshintergrund einstellen, ist das mit der Hoffnung verbunden, dass so Rassismus nicht im Inneren der Organisation entstehen kann, zumindest nicht unwiderrprochen. Gleiches gilt für den öffentlichen Dienst insgesamt, die Polizei, unsere Dortmunder Unternehmen, die international agieren und eine internationale Belegschaft haben.

**Dr. Andreas Hollstein (CDU)**

Wir sind alle gefordert, uns entschieden gegen Rassismus, Ignoranz und Vorurteilen zur Wehr zu setzen. Egal ob im Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis, in der Freizeit, beim Sport oder bei der Arbeit, wo jemand diskriminiert wird, müssen wir unsere Stimme lautstark erheben. Rassismus, Ignoranz und Vorurteile treten wir am besten entgegen, indem wir durch Begegnungen und Dialog etwaige Differenzen abbauen. Wer miteinander redet, gemeinsam Zeit verbringt und sich austauscht, entwickelt Verständnis füreinander. Darüber hinaus braucht es mehr Prävention und Aufklärung über religiösen und politischen Extremismus, um Hass und Ausgrenzung den Nährboden zu entziehen. Wir brauchen eine mündige, tolerante und weltoffene Stadtgesellschaft, die sich friedlich füreinander einsetzt und keinen Hass und keine Gewalt duldet.

**Daniela Schneckeburger (Bündnis 90/Die Grünen):**

Auch Deutschland hat ein Rassismusproblem. Das ist keine neue Erkenntnis, aber der Mord an George Floyd und die „Black Lives Matter“-Demonstrationen haben die Debatte über Rassismus zusätzlich angestoßen. Eines ist für mich klar: Politik kann jetzt nicht bei Solidaritätsbekundungen stehen bleiben. Denn Rassismus verschwindet nicht einfach so. Politik



Judith Storb (Die Partei)

Foto: privat

muss deshalb konkrete Maßnahmen auf den Weg bringen, um aktiv gegen Rassismus vorgehen zu können. Zusätzlich muss das Empowerment von Schwarzen Menschen und People of Colour unterstützt werden - in Deutschland, in NRW und auch in Dortmund.

Wir GRÜNE in NRW fordern deshalb ein eigenes Landesantidiskriminierungsgesetz für NRW, das die bisherigen juristischen Schutzlücken in Bezug auf die öffentlichen Behörden schließt. Ebenso wichtig ist die Einrichtung einer Landesantidiskriminierungsstelle, die als Interessenvertretung der vorhandenen Beratungsstellen und Betroffenen an der Weiterentwicklung der Antidiskriminierungspolitik in Nordrhein-Westfalen mitwirkt. Die bereits vorhandenen 13 Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit in NRW müssen ausgebaut werden. Ergänzt wird dies mit der Forderung nach einem Antirassismusbüro.

Der Polizei kommt eine besondere Verantwortung zu, da sie den Schutz aller Menschen sicherstellen muss. Der Aufgabenbereich der Extremismusbeauftragten in den Polizeibehörden muss erweitert werden. Innerhalb der Polizei muss mehr für das Bewusstsein und Wissen über Rassismus, Antisemitismus und andere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit getan werden. Eine zentrale Forderung der „Black Lives Matter“-Bewegung ist die Schaffung eines gesellschaftlichen Bewusstseins für die Kolonialgeschichte Deutschlands. Die Aufarbeitung der Verantwortung Deutschlands für die Ungerechtigkeiten, die in den damaligen Kolonien stattgefunden haben und bis heute fortwirken, ist bisher nicht weit vorangekommen und muss intensiviert werden. Im Bundestag fordern die GRÜNEN die Streichung des Begriffs „Rasse“ im Grundgesetz. Denn Rassen gibt es nicht, rassistische Ideologien schon.

**Utz Kowalewski (Die Linke)**

DIE LINKE setzt sich seit Jahren für ein unabhängiges Kontrollorgan ein, das die Polizei kontrolliert und entsprechende Anzeigen untersucht und verfolgt. Rassismus und Diskriminierung innerhalb der Polizei und anderen staatlichen Organen gefährden die Demokratie und den Ruf der jeweiligen Institution. Wir müssen uns ganz klar

gegen Faschismus und Rassismus stellen und die Gleichbehandlung einfordern. Instrumente wie „Racial Profiling“ oder das Schüren von Ressentiments durch Einsätze, die gezielt gegen eine Bevölkerungsgruppe gerichtet sind, müssen abgeschafft werden.

**Dave Varghese (DKP):**

Den Menschen mit Migrationsgeschichte oder dunkler Hautfarbe, der noch keine negativen Erfahrungen mit Alltagsrassismus gemacht hat, wird es leider wohl nicht geben. Rassismus ist ein Merkmal der auf Vereinzelung von Menschen ausgerichteten kapitalistischen Gesellschaft. Die „Black Lives Matter“-Bewegung hat anhand praktischer Erfahrungen offengelegt, dass die Verbreitung von Rassismus auch ihren Weg in die Polizei gefunden hat. Selbstverständlich kann in keine Richtung eine pauschalisierende Aussage über die 300.000 Polizistinnen und Polizisten gemacht werden. Es sollte vielmehr wie in der gesamten Gesellschaft hingesehen werden. Es ist an der Zeit Antirassismus im Unterricht an sämtlichen Schulen, so auch bei der Polizei bewusst zu verankern. Die gezielten Razzien in der Nordstadt machen die Situation nicht einfacher, sie schockieren viele Anwohner und sie stigmatisieren einen Stadtteil. Ein Racial Profiling greift dabei den gesellschaftlichen Rassismus auf.

Auf allen Ebenen sind Versuche, rechte Hetze salonfähig zu machen, zu bekämpfen. Viele Organisationen gehen hier schon mit gutem Beispiel voran. Es freut mich, dass eine Organisation wie das „Bündnis Dortmund gegen Rechts“ in diesem Jahr bereits sein 20-jähriges Bestehen feiert. In Dortmund ist es notwendig, alle Gruppen zusammenzuführen, die sich gegen Rassismus und Ausgrenzung einsetzen. Menschen mit Migrationsgeschichte haben hier ihren festen Platz. Das gemeinsame Streiten hier schmiedet Menschen zusammen und schafft ein Gegenmodell zu rechter Spaltung.

**Judith Storb (Die Partei)**

1. Bewaffnete Gangs verbieten
2. Lachyoga, Bieryoga, Kuscheletraining - Fortbildungen sind wichtig!
3. Taser-Einsatz nur nach durchgeführtem Selbstversuch!

# BÜNDNIS DER VIELFALT - VMDO-LISTE Nr. 7

# 2020

1. GLEICHE RECHTE FÜR ALLE!

2. ARMUT FÜR NIEMAND!

3. ARBEIT FÜR ALLE!

4. BILDUNG FÜR ALLE!

5. WOHNRAUM FÜR ALLE!

6. GESUNDHEIT FÜR ALLE!

7. WAHLRECHT FÜR ALLE!

8. VIELFALT STATT EINFALT!

9. REFUGEES WELCOME!

10. RASSISMUS IST KEINE MEINUNG,  
SONDERN EIN VERBRECHEN!



## HEIMATSTADT DORTMUND !

### 10 PUNKTE ZUR KOMMUNALWAHL 2020



**Mariama Saran Sow**  
Sozialpädagogin

1. HERKESE EŞIT HAKLAR!
2. YOKSULLUĞA HAYIR!
3. HERKES İÇİN İŞ!
4. HERKES İÇİN EĞİTİM!
5. HERKES İÇİN KONUT!
6. HERKES İÇİN SAĞLIK!
7. HERKES İÇİN SEÇME VE SEÇİLME HAKKI!
8. TEK TIP DEĞİL FARKLI KÜLTÜRLER BİR ARADA!
9. MÜLTECİLER HOŞ GELDİNİZ!
10. İRKÇİLİK BİR DÜŞÜNCE DEĞİL İNSANLIK SUÇUDUR!



**Diana Khalaf**  
Schülerin

1. ВСЕМ - РАВНЫЕ ПРАВА!
2. НИКТО НЕ ДОЛЖЕН ЖИТЬ В БЕДНОСТИ!
3. РАБОТА ДЛЯ ВСЕХ!
4. ОБРАЗОВАНИЕ ДЛЯ ВСЕХ!
5. ЖИЛЬЕ ДЛЯ ВСЕХ!
6. ЗДОРОВЬЕ ДЛЯ ВСЕХ!
7. ИЗБИРАТЕЛЬНОЕ ПРАВО ДЛЯ ВСЕХ!
8. РАЗНООБРАЗИЕ ВМЕСТО ЕДИНООБРАЗИЯ!
9. БЕЖЕНЦЫ - ДОБРО ПОЖАЛОВАТЬ!
10. РАСИЗМ - ЭТО НЕ МНЕНИЕ, А ПРЕСТУПЛЕНИЕ!

1. DREPTURI EGALE PENTRU TOȚI!
2. FĂRĂ SĂRĂCIE!
3. LOCURI DE MUNCĂ PENTRU TOȚI!
4. EDUCAȚIE PENTRU TOȚI!
5. LOCUINȚE PENTRU TOȚI!
6. SĂNĂTATE PENTRU TOȚI!
7. DREPT DE VOT PENTRU TOȚI!
8. DIVERSITATE!
9. BUN VENIT REFUGIAȚILOR!
10. RASISMUL NU ESTE O OPINIE CI O CRIMĂ!



**Kalainithy Shabesan**  
Dipl. Informatikerin

1. MAFÊN WEKHEV JI BO HER MIROVÎ!
2. FEQIRÎ JI BO NE TU MIROVÎ!
3. KAR JI BO HER MIROVÎ!
4. PERWERDE JI BO HER MIROVÎ!
5. CÎHÊ LÊ JIYANÊ JI BO HER MIROVÎ!
6. PARASTINA TENDURISTİYÊ JI BO HER MIROVÎ!
7. MAFÊ DENG DANÊ JI BO HER MIROVÎ!
8. CÛDAHÎ LI ŞÛNA SADEBÛNÊ!
9. PENABER BI XÊR HATIN!
10. NIJADÎ NE RAMAN E, LÊ TAWANEK E!



**Kaka Dit Moussa Doumbia**  
Student

#### Wir setzen uns ein für:

- die konsequente Bekämpfung von Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus.
- mehr Gewicht und Mitsprache der Migrant\*innen bei der Gestaltung der Dortmunder Zukunft.
- eine sozial gerechte Wohnungs-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik sowie eine Stadtplanung, die die Interessen der Migrant\*innen berücksichtigt.

#### Wir können dies, weil wir:

- mit Kandidat\*innen aus vielen Herkunftsländern selbst Vielfalt repräsentieren.
- in vielen Vereinen und Gruppen verankert sind und die Probleme vieler Migrant\*innen selbst kennen und erfahren.
- großen Wert auf Beteiligung und Mitsprache der Migrant\*innen legen und in Stadtteilen und Wohnvierteln bereits vielseitige Erfahrung darin gesammelt haben.

#### Wir sind:

- für gleiche Chancen und Lebensbedingungen für alle Bürger\*innen der Stadt.
- für Kommunales Wahlrecht, Erleichterung von Einbürgerung und die Möglichkeit doppelter Staatsbürgerschaft.

# INTEGRATIONSRATSWAHL



**Numan Morshed**  
Dipl. Pädagoge

1. DES DROITS ÉGAUX POUR TOUS!
2. LA PAUVRETÉ POUR PERSONNE!
3. TRAVAILLER POUR TOUS!
4. L'ÉDUCATION POUR TOUS!
5. UN LOGEMENT POUR TOUS!
6. LA SANTÉ POUR TOUS!
7. LE DROIT DE VOTE POUR TOUS!
8. LA DIVERSITÉ AU LIEU DE LA SIMPLICITÉ!
9. LES RÉFUGIÉS SONT LES BIENVENUS!
10. LE RACISME N'EST PAS UNE OPINION, MAIS UN CRIME!



**Mohsen Magsoudi**  
Journalist

1. RÓWNE PRAWA DLA WSZYSTKICH!
2. BIEDACTWO DLA NIKOGO!
3. PRACOWAĆ DLA WSZYSTKICH!
4. EDUKACJA DLA WSZYSTKICH!
5. OBUDOWA DLA WSZYSTKICH!
6. ZDROWIE DLA WSZYSTKICH!
7. PRAWO DO GŁOSOWANIA DLA WSZYSTKICH!
8. RÓŻNORODNOŚĆ ZAMIAST PROSTOTY!
9. UCHODŹCY MILE WIDZIANI!
10. RASIZM TO NIE OPINIA, ALE PRZESTĘPSTWO!



**Mohamed Lamine Camara**  
Kommissionär Logistik

1. EQUAL RIGHTS FOR ALL!
2. POVERTY FOR NO ONE!
3. WORK FOR ALL!
4. EDUCATION FOR ALL!
5. HOUSING FOR ALL!
6. HEALTH FOR ALL!
7. VOTING RIGHTS FOR ALL!
8. DIVERSITY INSTEAD OF SIMPLICITY!
9. REFUGEES WELCOME!
10. RACISM IS NOT AN OPINION BUT A CRIME!



**Vedat Akkaya**  
Busfahrer

1. حقوق متساوية للجميع!
2. لا للفقر لأحد!
3. توزيع العمل على الجميع!
4. التعليم للجميع!
5. مساحة المعيشة البيئية توزع على الجميع!
6. الصحة للجميع!
7. حق التصويت للجميع!
8. لذد بلام إيساة!
9. نرحب باللاجئين!
10. العنصرية ليست رأي بل جريمة!



**Ali Omer Hazim**  
Schüler



**Mamadou Bobo Barry**  
IT-Kaufmann

1. HAKI SAWA KWA WOTE!
2. UMASKINI KWA MAANA HAKUNA MTU!
3. KAZI KWA AJILI YA WOTE!
4. ELIMU KWA WOTE!
5. MAKAZI KWA AJILI YA WOTE!
6. AFYA KWA WOTE!
7. HAKI YA KUPIGA KURA KWA WOTE!
8. UTOFAUTI BADALA YA UNYENYEKEVU!
9. WAKIMBIZI KARIBU!
10. UBAGUZI WA RANGI NI SI MAONI LAKINI UHALIFU!

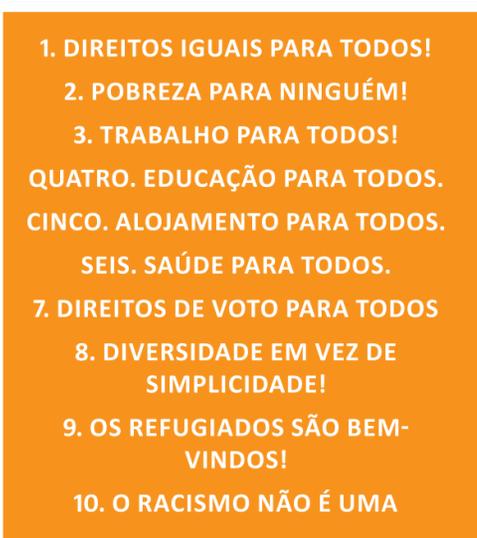
- சம உரிமை அனைவருக்கும்!  
வறுமை இருக்கக்கூடாது!  
வேலைவாய்ப்பு அனைவருக்கும்!  
கல்வி உரிமை அனைவருக்கும்!  
அனைவருக்கும் வாழ்மிட வசதி!  
சமமான சுகாதாரப் பராமரிப்பு!  
அனைவருக்கும் வாக்குரிமை!  
தனித்துவமற்ற பன்முகத்தன்மை!  
அகதிகளை வரவேற்றல்!  
இனவாதம் ஒரு கருத்து அல்ல மாறாக அது ஒரு குற்றம்.



1. GLEICHE RECHTE FÜR ALLE!
2. ARMUT FÜR NIEMAND!
3. ARBEIT FÜR ALLE!
4. BILDUNG FÜR ALLE!
5. WOHNRAUM FÜR ALLE!
6. GESUNDHEIT FÜR ALLE!
7. WAHLRECHT FÜR ALLE!
8. VIELFALT STATT EINFALT!
9. REFUGEES WELCOME!
10. RASSISMUS IST KEINE MEINUNG, SONDERN EIN VERBRECHEN!



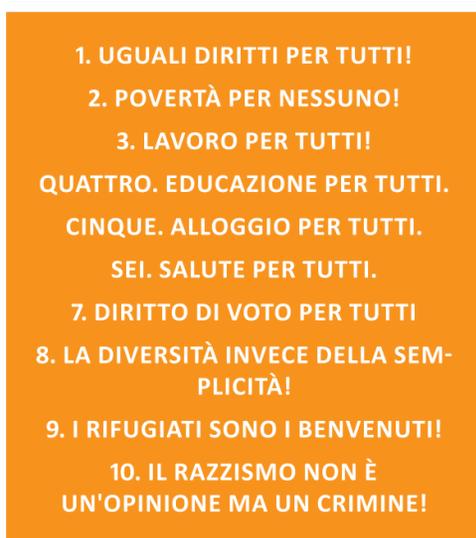
1. ¡IGUALDAD DE DERECHOS PARA TODOS!
2. ¡POBREZA PARA NADIE!
3. ¡TRABAJO PARA TODOS!
4. EDUCACIÓN PARA TODOS.
5. VIVIENDA PARA TODOS.
6. SALUD PARA TODOS.
7. DERECHO DE VOTO PARA TODOS
8. ¡DIVERSIDAD EN LUGAR DE SIMPLICIDAD!
9. ¡REFUGIADOS BIENVENIDOS!
10. ¡EL RACISMO NO ES UNA OPINIÓN SINO UN CRIMEN!



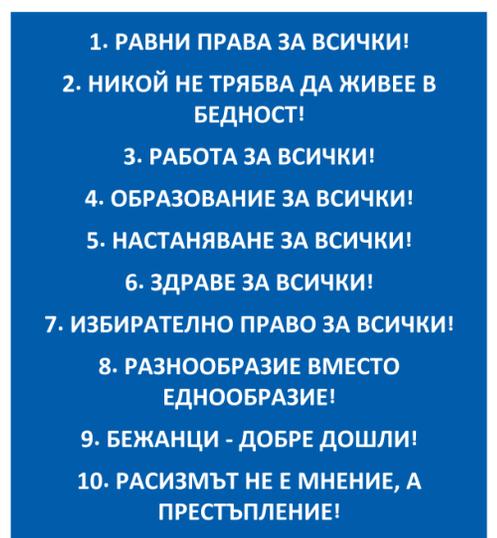
1. DIREITOS IGUAIS PARA TODOS!
2. POBREZA PARA NINGUÉM!
3. TRABALHO PARA TODOS!
4. EDUCAÇÃO PARA TODOS.
5. ALOJAMENTO PARA TODOS.
6. SAÚDE PARA TODOS.
7. DIREITOS DE VOTO PARA TODOS
8. DIVERSIDADE EM VEZ DE SIMPLICIDADE!
9. OS REFUGIADOS SÃO BEM-VINDOS!
10. O RACISMO NÃO É UMA



1. ВСІМ - РІВНІ ПРАВА!
2. НІХТО НЕ ПОВИНЕН ЖИТИ У БІДНОСТІ!
3. РОБОТА ДЛЯ УСІХ!
4. ОСВІТА ДЛЯ УСІХ!
5. ЖИТЛО ДЛЯ УСІХ!
6. ЗДОРОВ'Я ДЛЯ УСІХ!
7. ВИБОРЧЕ ПРАВО ДЛЯ УСІХ!
8. РІЗНОМАНІТНІСТЬ ЗАМІСТЬ ОДНОМАНІТНОСТІ!
9. БІЖЕНЦІ - ЛАСКАВО ПРОСИМО!
10. РАСИЗМ - ЦЕ НЕ ДУМКА, А ЗЛОЧИН!



1. UGUALI DIRITTI PER TUTTI!
2. POVERTÀ PER NESSUNO!
3. LAVORO PER TUTTI!
4. EDUCAZIONE PER TUTTI.
5. ALLOGGIO PER TUTTI.
6. SALUTE PER TUTTI.
7. DIRITTO DI VOTO PER TUTTI
8. LA DIVERSITÀ INVECE DELLA SEMPLICITÀ!
9. I RIFUGIATI SONO I BENVENUTI!
10. IL RAZZISMO NON È UN'OPINIONE MA UN CRIMINE!



1. РАВНИ ПРАВА ЗА ВСІЧКИ!
2. НИКОЙ НЕ ТРЯБВА ДА ЖИВЕЕ В БЕДНОСТ!
3. РАБОТА ЗА ВСІЧКИ!
4. ОБРАЗОВАНИЕ ЗА ВСІЧКИ!
5. НАСТАНЯВАНЕ ЗА ВСІЧКИ!
6. ЗДРАВЕ ЗА ВСІЧКИ!
7. ИЗБИРАТЕЛНО ПРАВО ЗА ВСІЧКИ!
8. РАЗНООБРАЗИЕ ВМЕСТО ЕДНООБРАЗИЕ!
9. БЕЖАНЦИ - ДОБРЕ ДОШЛИ!
10. РАСИЗМЪТ НЕ Е МНЕНИЕ, А ПРЕСТЪПЛЕНИЕ!

## Kommunalwahl 2020: Eine Handvoll Stimmzettel

Fortsetzung von Seite 1

Die BV ist also das von den Bürgerinnen und Bürgern gewählte Gremium, das ganz nah an den Quartieren und den Lebenswelten der Menschen ist. Die Wahlberechtigung entspricht der für den Rat der Stadt.

### „Ruhrparlament“: Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr

Der Regionalverband Ruhr (RVR) ist der Zusammenschluss der 11 kreisfreien Städte und vier Kreise in der Metropole Ruhr mit rund 5,1 Millionen Einwohnern. Der RVR ist die regionale Klammer für die Städte des Ruhrgebiets und Regionalplanungsbehörde für die „Metropole Ruhr“. Die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr ist das „Ruhrparlament“ und damit die einzige demokratisch legitimierte und verlässliche regionale Klammer der Metropole Ruhr. Das Ruhrparlament ist Forum für alle Städte und Kreise der Region. Die Wahlberechtigung entspricht der für den Rat der Stadt.

### Integrationsrat

Der Integrationsrat ist die kommunale Vertretung von Mig-

rantinnen und Migranten. Der Integrationsrat hat den Status und das politische Gewicht einer Migrantinnenvertretung plus eines Ratsausschusses. Durch die Zusammensetzung aus direkt gewählten Migrantinnenvertreterinnen und -vertretern sowie vom Stadtrat entsandten stimmberechtigten Mitgliedern, werden die Voraussetzungen geschaffen, Integrationsrat und Kommunalpolitik eng zu verzahnen. Der Dortmunder Integrationsrat besteht aus 27 Mitgliedern, von denen zwei Drittel (18 Mitglieder) von den wahlberechtigten Dortmunderinnen und Dortmundern direkt und 9 Mitglieder aus der Mitte des Rates der Stadt Dortmund gewählt werden. Die Wahlberechtigung ist abweichend: Wahlberechtigt für die Wahl des Integrationsrates sind alle Dortmunderinnen und Dortmunder, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen (ggf. zusätzlich zur deutschen Staatsangehörigkeit), die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erhalten haben oder die deutsche Staatsangehörigkeit als Kind ausländischer Eltern erworben haben. Das Mindestalter beträgt 16 Jahre.

ECHO

## Plädoyers für mehr Vielfalt und Teilhabe

Fortsetzung von Seite 1

Vorgeschlagen werden in dem Zusammenhang etwa Bürgerwerkstätten (Hollstein), Jugendforen (Westphal) oder Fokusgruppen im Stadtteil (Schneckenburger). „Es muss aber auch mit einzelnen Menschen direkt gesprochen werden, auf sie zugegangen werden“, ergänzt Sarah vom Jugendforum Nordstadt. Nur auf diese Weise könne man unmittelbar erfahren, wo der Schuh drücke.

Viele der Anwesenden nutzten im weiteren Verlauf des Abends diese Gelegenheit und drückten ihre Sorgen und Erfahrungen aus. Lukas möchte wissen, was die Kandidat\*innen konkret für die Jugendlichen in der Nordstadt anbieten können. Charles prangert die Abschiebepolitik der Behörden an, die teilweise über Nacht Menschen abschieben, die längst Arbeit gefunden haben und ein Teil der Stadtgesellschaft geworden sind. Auch persönliche Diskriminierungserfahrungen durch Polizisten, fehlende Kitaplätze und Sicherheitsängste in öffentlichen Parkanlagen werden angesprochen. Besonders ergreifend ist die Schilderung von Gamze Kubaşık, Witwe des im Jahr 2006 durch den NSU ermordeten Dortmunder Mehmet Kubaşık, über die Verhöhnungen durch Rechtsradikale, beispielsweise durch gezielte Aufmärsche am Todestag ihres



Von links nach rechts: Moderatorin Najima El Moussaou, Thomas Westphal (SPD), Daniela Schneckenburger (Bündnis 90/Grüne), Andreas Hollstein (CDU), Co-Moderator Ismail Köylüoglu

Foto: Marek Kirschniok

Mannes direkt vor ihrer Wohnung. Die Kandidat\*innen reagieren mit Entsetzen darauf und fordern allesamt ein Ende dieser unerträglichen Zustände.

So groß der Konsens über die grundsätzlichen Ziele und Herausforderungen auf Seiten der Kandidat\*innen auch ist, in der konkreten Umsetzung kristallisieren sich Unterschiede heraus. Thomas Westphal erklärt insbesondere die Wohnungspolitik zur

Chefsache, steht für die Stärkung kommunaler Mischbetriebe und für mehr Sicherheit an öffentlichen Plätzen. Andreas Hollstein möchte u.a. die Wohnungsknappheit durch effizientere Verfahren und den Aus- bzw. Umbau von Altbaubeständen reduzieren, die Kompetenzen der Freiwilligenagentur zur besseren Unterstützung von Vereinen und Initiativen erweitern und mehr Grünflächen für Dortmund realisieren. Besondere Anliegen für Daniela Schneckenburger sind

die Einrichtung eines Antirassismusbüros bei der Stadt, der Ausbau von Fahrradwegen und öffentlichem Personennahverkehr sowie mehr kulturelle Vielfalt in der Stadtverwaltung.

Egal, wer am 13. September oder möglicherweise zwei Wochen später das Rennen machen wird, alle drei Kandidat\*innen sagten bereits für eine erneute Diskussion zu, in der eine Zwischenbilanz des Erreichten gezogen werden soll.

ECHO

## Das Haus der Vielfalt als Ort der Diskussion



Jutta Reiter (r.) eröffnet die Podiumsdiskussion

Foto: ECHO

Im Rahmen der Qualitätstage 2020, welche von dem Projekt „Arbeit und Leben“ des DGB/VHS NRW e.V. in Dortmund durchgeführt wurden, fand am 19. August eine Podiumsdiskussion im Haus der Vielfalt statt. Der Blickpunkt der Qualitätstage lag in diesem Jahr auf der Frage nach dem zivilgesellschaftlichen Engagement für Vielfalt und gegen Rassismus und Rechtsradikalismus in Dortmund.

Nachdem sich die Teilnehmer\*innen bereits am Vortag mit Vertreter\*innen verschiedener Vereine und Gruppen in der Dortmunder Nordstadt getroffen hatten, sollte es in der Abschlussdiskussion im Haus der Vielfalt vor allem um Erfahrungen mit Alltagsrassismus und institutionellen Rassismus gehen. Jutta Reiter vom DGB-Region Dortmund-Hellweg begrüßte die ca. 35 Teilnehmer\*innen im Haus der Vielfalt. Anschließend tauschten sich auf der Bühne im Podium verschiedene Akteur\*innen über die Frage „Migrantische Stadtgesellschaft in Dortmund

– Zwischen gelebter Vielfalt und (struktureller) Diskriminierung?“ aus. Teilnehmer\*innen waren Nanina Sturm, Lehrbeauftragte der Hochschule für Polizei und Verwaltung, Aysun Tekin, Vorsitzende des Integrationsrats der Stadt Dortmund, Saziye Altundalköse als Vertreter\*in des VMDO sowie Kaka Dit Moussa Doumbia (Afro Multi Kulti Dortmund e.V.) und Vedat Akkaya (Mala Ezidixan Dortmund e.V.). Moderiert wurde die Veranstaltung von Alexander Oderdieck, dem Bildungsreferent von Arbeit und Leben DGB/VHS NRW e.V. Die Teilnehmer\*innen im Publikum hörten hierbei viele Erfahrungen von Alltagsrassismus und der Notwendigkeit, diesem konsequent zu begegnen. Des Weiteren erhielten sie Einblicke und Informationen über die Notwendigkeit der Präventionen und Mittel gegen Rassismus bei Behörden und Institutionen. So fanden die Qualitätstage 2020 im Haus der Vielfalt ein informatives und gutes Ende.

ECHO

## Kandidat der DOS-Partei stellt sich vor



Ali Fleischmann

Foto: privat

**Wir haben Ali Fleischmann ein paar Fragen zu der neuen DOS-Partei gestellt:**

### 1. Warum eine neue Partei?

Weil es immer mehr Menschen gibt, die sich durch herkömmliche Parteien nicht repräsentiert fühlen oder merken, dass sie zu sehr vermögenden Einzelinteressenten folgen, seien es die Energiebranche und die Waffenlobby. Gleichzeitig wollten wir mit DOS eine Partei schaffen, die klar im linksprogressiven Spektrum ist.

### 2. Antifaschistisch von Anfang an: Was bedeutet das?

Viele Gründungsmitglieder haben Vorerfahrungen in anderen Parteien und sie haben bestimmte Diskussionen einfach satt. Deswegen hat die Partei zu Entstehungsbeginn sogenannte Axiome aufgestellt, die sagen, was parteiintern nicht verhandelbar ist. Dazu gehört, dass wir zur Antifa stehen. Das ist so. Punkt.

### 3. Welche lokalen Lösungen stellt sich DOS bei der Aufnahme geflüchteter Menschen konkret vor?

Die Infrastruktur um Fliehende zu empfangen, darf nicht immer weiter zurückgebaut, sondern muss verstetigt werden. Es wird in Zukunft zu immer mehr Migrationsbewegungen kommen. Zusätzlicher

Auslöser wird der Klimawandel sein, den diese Menschen nicht verursacht haben, aber deren Auswirkungen sie unmittelbar spüren. Deshalb brauchen wir bestehende, erprobte Strukturen. Der Zugang in die Gesellschaft muss erleichtert werden, angefangen damit, dass es Budget für Übersetzende, Behördenvermittler\*innen und Anwaltsvertretungen gibt, damit Neuankommende schnell bekommen, was ihnen zusteht.

### 4. Mehr Bürgerbeteiligung: welches Prinzip versteht DOS darunter und wie sieht diese „direkte Demokratie“ aus?

Mein Großvater hat Jahrzehnte in Dortmund gelebt, gearbeitet, hat Steuern gezahlt, seine Enkel sind hier zur Schule gegangen. Aber er hatte nie ein Mitspracherecht. Er durfte nicht wählen, weil er den türkischen Pass behalten musste, um seinen Besitz in der Türkei nicht zu gefährden. Das absolute Minimum wäre gewesen, wenn er an den Kommunalwahlen hätte teilnehmen dürfen.

Direkte Demokratie könnte zum Beispiel durch deutlich erhöhte Bürgerhaushalte umgesetzt werden. Wenn Menschen plötzlich direkt entscheiden dürfen, ob das nächste Fußballmuseum mitfinanziert werden soll oder lieber ein Kinderkrankenhaus im Viertel erhalten wird, interessieren sie sich viel mehr für Politik und die Ergebnisse fallen eher zu Gunsten der Gemeinschaft und seltener zu Gunsten vermöglicher Lobbyisten aus.

### 5. Wie will DOS die Partizipation und Repräsentation von migrantischen Vereinen und Gruppen in Bezug auf die Beteiligung gewährleisten bzw. unterstützen?

Ganz ehrlich? Am liebsten hätten wir es, wenn möglichst viele Menschen aus den migrantischen Vereinen sich an der Kommunal-

### ALI FLEISCHMANN:

Mein Großvater gehörte zu den ersten „Gastarbeitern“, die aus der Türkei (Anatolien) nach Deutschland kamen. Wie damals so oft arbeitete er lange Zeit hart, ohne dass seine Familie bei ihm sein konnte. Erst im Teenageralter durfte mein Vater zu ihm nach Deutschland kommen. Auch er arbeitete später hier wie viele der Gastarbeiter in einer körperlich schweren Tätigkeit. Als Kind aus einer Arbeiter- und Migrantenfamilie war es für mich nicht immer einfach einen geraden Weg in der schulischen Laufbahn zu nehmen. Auch deshalb wünsche ich mir, dass jedes Kind hier in Deutschland dieselben Möglichkeiten hat. Diese sollten nicht von der Herkunft der Eltern oder ihrem Bildungsstand abhängen. Geboren und aufgewachsen in Dortmund, lebe ich mit meiner Frau und meinem Sohn nun in der Innenstadt. Da ich mein ganzes Leben in Dortmund verbracht habe, sind mir kommunale Themen meiner Stadt besonders wichtig. Ich hätte mir gewünscht, schon früher an der Politik teilzunehmen. Leider war es mir durch die fehlende deutsche Staatsbürgerschaft zunächst nicht möglich. In der Zeit entwickelten sich etablierte Parteien, in die ich gerne beigetreten wäre in eine Richtung, die nicht meine ist. Mit der DOS Partei bin ich nun in einer Partei angekommen, in der ich die Richtung noch mitgestalten kann und mit der ich zusammen politisch wachsen kann.

Anteil von migrantischen, politischen Repräsentanten haben 4 Prozent der Kommunalpolitiker\*innen Migrationshintergrund - wir sind deutlich unterrepräsentiert. Sich über die Politik zu beklagen, hilft nicht weiter, wir müssen unsere Politik selbst gestalten und unser Wahlrecht nutzen! Gerade die Kommunalwahlen ermöglichen uns, Probleme zu bewältigen, die uns unmittelbar betreffen. Ich würde mir wünschen, dass viel mehr junge Menschen sich für Politik interessieren, engagieren und mitgestalten.

Quelle:

<https://mediendienst-integration.de/integration/politik.html>

### 6. Was bedeutet für DOS Integration?

Für mich, als Vertreter von DOS, gibt es mehrere Aspekte. Drei der wichtigsten sind:

1. Ich gehe davon aus, dass sich aus den Kulturen, die sich in einer Stadt treffen eine verbindende Kultur entwickelt, der sich alle zugehörig fühlen können. Dafür müssen wir die Vorstellung von einer Leitkultur beenden. Der Rahmen für eine gemeinsame Kultur ist das demokratisch abgestimmte Gesetz. Sonst nichts!

2. Gleichzeitig möchte ich die Vielfalt erhalten und allen Menschen soll die Möglichkeit gegeben werden die Kultur zu leben. Eine gemeinsame Kultur wird immer wieder von der Entwicklung der einfließenden Kulturen profitieren.

3. Minimum der Integration ist, dass nicht nur alle Menschen ihre Beteiligungsmöglichkeiten an der Gesellschaft kennen, sondern sie auch nutzen können und sie auch wirklich haben.

Meine persönliche Vision ist es, dass unseren Kindern eine Zukunft ermöglicht wird ohne Rassismus und Diskriminierung.

ECHO

politik beteiligen. 26 Prozent der Menschen in Deutschland haben einen Migrationshintergrund, im Bundestag hingegen sind es knapp 8 Prozent der Mitglieder. Nach den letzten Studien zum kommunalen

## Die KAUSA-Servicestelle Dortmund (UBV e.V.) vermittelt in Ausbildung



Die neuen Auszubildenden im Dietrich-Keuning-Haus

Foto: KAUSA

Die Corona-Krise stellt im Moment aller Leben auf den Kopf. Die dadurch entstandenen Einschränkungen und damit verbundenen wirtschaftlichen Einbußen sind auch auf dem Ausbildungsmarkt spürbar. Die Zahl der Ausbildungsplätze ist gesunken - laut Bundesagentur für Arbeit um neun Prozent. So haben es Jugendliche in diesem Jahr schwerer, eine Ausbildungsstelle zu finden. Auch an der KAUSA-Servicestelle Dortmund, die Jugendliche bei der Ausbildungsplatzsuche unterstützt, geht die Corona-Krise nicht spurlos vorüber. Die bewährte Beratung mit persönlichen Gesprächen war wegen Corona in der gewohnten Weise zeitweise schwer möglich oder fiel komplett aus. Praktika zur beruflichen Orientierung und Ausbildungsvorbereitung gab es in den meisten Unternehmen nicht. Vorstellungsgespräche wurden abgesagt. Generell unterlagen Bewerbungsverfahren aufgrund von Kontaktbeschränkungen erheblichen Einschränkungen. Dem Unternehmen bilden (UBV) e.V., bei dem die KAUSA-Servicestelle angesiedelt ist, war es wichtig, die Jugendlichen und die Unternehmen in diesen Zeiten nicht aus den Augen zu verlieren und weiterhin zu unterstützen. So

fand die proaktive Kommunikation im April telefonisch und digital per E-Mail statt. Dadurch konnten auch ohne direkte Begegnungen weiterhin passgenaue Beratungsangebote umgesetzt werden. Im Mai begann die KAUSA-Servicestelle gemeinsam mit den weiteren Projekten des UBV e.V. „Ich bin drin“ (Nordwärts) unter Einhaltung der Corona-Verordnungen wieder mit der persönlichen Beratung der Zielgruppen. In der Kommunikation mit den Jugendlichen wurde auch deutlich, dass sie ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz zunehmend pessimistisch sehen. Umso wichtiger war und ist es jetzt immer noch, den Jugendlichen weiterhin berufliche Perspektiven aufzuzeigen. Die KAUSA-Servicestelle Dortmund konnte trotz der Corona-Einschränkungen zum Ausbildungsstart im August über 57 Jugendliche mit Migrations- oder Fluchthintergrund in die Ausbildung, 2 in eine Einstiegsqualifizierung (EQ) und weitere 3 in ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) verabschieden. Weitere 35 Vermittlungen in Ausbildung und in Arbeit fanden durch das Projekt „Ich bin drin!“ (Nordwärts) statt. Aktuell vermittelt die

UBV e.V. weiterhin Jugendliche, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Die KAUSA-Servicestelle Dortmund hat das Ziel, mehr Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund für eine duale Ausbildung zu begeistern und sie auf dem Weg dorthin zu unterstützen – sowohl als Auszubildende als auch als Auszubildende. Dazu informiert, berät und unterstützt sie Jugendliche und Selbstständige mit Migrations- und Fluchthintergrund bei Fragen und Problemen rund um das Thema Ausbildung. Die KAUSA-Servicestelle Dortmund ist möglich durch die Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Mit dem Programm JOBSTARTER plus fördert das BMBF bundesweit die Verbesserung regionaler Ausbildungsstrukturen. Die JOBSTARTER plus-Projekte unterstützen mit konkreten Dienstleistungen kleine und mittlere Unternehmen in allen Fragen der Berufsausbildung und tragen so zur Fachkräftesicherung bei. Durchgeführt wird das Programm vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB).

KAUSA

## 5 Millionen Masken für die soziale Arbeit in NRW

Der Paritätische NRW verteilt Maskenspenden an seine Mitgliedsorganisationen

Der Paritätische NRW verteilt kostenlos fünf Millionen Einweg-Masken an seine 6.500 Mitgliedseinrichtungen aus allen Feldern der sozialen Arbeit. Die Verteilung findet an 15 Orten in ganz NRW statt. Gespendet wurden die Masken von der Firma BASF.

Die Mitarbeitenden in der sozialen Arbeit können häufig nicht auf engeren Kontakt zu den Nutzer\*innen ihrer Dienste und Einrichtungen verzichten. Andrea Büngeler, Landesgeschäftsführerin des Paritätischen NRW: „Die soziale Arbeit ist für das Funktionieren unserer Gesellschaft unerlässlich, in Zeiten von Corona gilt dies mehr denn je. Dazu müssen die Mitarbeitenden aber mit Schutzmaterialien versorgt werden.“ Problematisch ist, dass soziale Dienste ohnehin notorisch unterfinanziert sind. Nun kommen die Kosten für zusätzliche Schutzmaßnahmen hinzu – umso dringender wird die große Anzahl gespendeter Masken erwartet. Die Verteilung im Verband ist eine Gemeinschaftsaufgabe: „Die Verteilung einer solch großen Menge wäre ohne unsere



Mitgliedschaft undenkbar. Dafür möchten wir uns als Spitzenverband herzlich bei allen Beteiligten bedanken!“, betont Büngeler. Der logistische Aufwand sei eine nicht eingelebte Zusatzaufgabe für die Freie Wohlfahrtspflege, die dadurch einmal mehr ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stelle.

Die Verteilung der Masken wird von Mitgliedsorganisationen des Paritätischen NRW übernommen, hauptsächlich handelt es

sich dabei um Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Zusätzlich beteiligt sich der Arbeiter-Samariter-Bund an der Verteilung. Auch die Lagerhaltung der enormen Mengen übernehmen dankenswerterweise die Mitglieder: Fünf Millionen Masken gibt es für Mitgliedsorganisationen

des Paritätischen in NRW, die so lange verteilt werden, wie der Vorrat reicht. Büngeler lobt den Zusammenhalt innerhalb des Verbandes, der gerade in Zeiten von Corona sichtbar wird. „Die Vielfalt im Verband hilft uns auch bei solchen eher organisatorischen Fragen enorm. Davon profitieren schlussendlich alle Menschen, die in Einrichtungen und Diensten unter dem Dach des Paritätischen betreut werden.“

Der Paritätische

## Kinderarmut in Deutschland

Neue Studie rechnet mit steigenden Zahlen aufgrund der Pandemie

Eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung belegt, dass die Kinderarmut in Deutschland nach wie vor sehr hoch ist. Obwohl die Wirtschaft in den letzten Jahren boomte hat sich die Kinderarmut nicht verringert. Hier ein Auszug aus der Studie:

Das Wichtigste in 5 Punkten:

- Mehr als jedes fünfte Kind wächst in Deutschland in Armut auf. Das sind 2,8 Mio. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.
- Die Kinder- und Jugendarmut verharrt seit Jahren auf diesem hohen Niveau. Trotz länger guter wirtschaftlicher Entwicklung sind die Zahlen kaum zurückgegangen. Kinderarmut ist seit Jahren ein ungelöstes strukturelles Problem in Deutschland.
- Die Corona-Krise wird die Situation für arme Kinder und ihre Familien weiter verschärfen. Es ist mit einem deutlichen Anstieg der Armutszahlen zu rechnen.
- Aufwachsen in Armut begrenzt, beschämt und bestimmt das Leben von Kindern und Jugendlichen – heute und mit Blick auf ihre Zukunft. Das hat auch für die Gesellschaft erhebliche negative Folgen.
- Die Vermeidung von Kinderarmut muss gerade jetzt politisch Priorität haben. Sie erfordert neue sozial- und familienpolitische Konzepte. Dazu gehören Strukturen für eine konsequente Beteiligung von Kindern und

Jugendlichen und eine Absicherung ihrer finanziellen Bedarfe durch ein Teilhabegeld oder eine Grundsicherung.

Kinderarmut verharrt seit Jahren auf einem konstant hohem Niveau, obwohl es in dieser Zeit eine teils sehr gute wirtschaftliche Entwicklung sowie zahlreiche familienpolitische Reformen gab.

Insgesamt leben in Deutschland im Jahr 2019 1.871.880 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren im SGB II-Bezug. Mehr als ein Viertel aller Leistungsbezieher\*innen im SGB II sind damit Kinder und Jugendliche

gegangen. In Bremen hingegen hat sich die Situation weiter verschlechtert. Auch in einigen anderen westlichen Bundesländern wie dem Saarland, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Armut hat Folgen für jeden einzelnen jungen Menschen – heute sowie für ihre/seine Zukunft. Armut hat aber auch Folgen für die gesamte Gesellschaft, nicht nur mit Blick auf Kosten in den Sozialsystemen, sondern auch auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Stabilität der Demokratie. Kinder und Jugendliche haben ein



(Bundesagentur für Arbeit 2020). Besonders hoch sind die SGB II-Quoten von Kindern und Jugendlichen in den beiden Stadtstaaten Bremen und Berlin. Dabei zeigt sich in Berlin, wie in den östlichen Bundesländern insgesamt, seit 2014 eine positive Entwicklung. Die Kinderarmut ist dort zurückge-

Recht auf gutes Aufwachsen und faire Bildungs- und Teilhabechancen. Es ist Aufgabe der Gesellschaft, dieses Recht endlich einzulösen! Es ist nicht ihre Schuld, wenn sie in finanzieller Armut aufwachsen. Sie können nichts dafür! Die Politik muss endlich aktiv werden.

ECHO



Unter dem Dach des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Dortmund haben sich rund 200 gemeinnützige Vereine, Organisationen und Initiativen zusammengeschlossen. Sie bieten Unterstützungsleistungen in allen Lebensbereichen an:

- Beratung bei Ehe- und Lebenskrisen
- Unterstützung bei der Betreuung von Kindern
- Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene
- Unterstützung bei psychischen Erkrankungen
- Hilfen für Menschen mit Behinderungen
- Hilfen in Notlagen und bei besonderen sozialen Schwierigkeiten
- Selbsthilfeunterstützung

Kontakt über

Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW  
Kreisgruppe Dortmund  
Ostenhellweg 42-48/Eingang Moritzgasse  
44135 Dortmund  
Telefon: (02 31) 189989-0, Fax: -30  
dortmund@paritaet-nrw.org  
www.dortmund.paritaet-nrw.org

Zum Paritätischen Dortmund gehören:

- 66 Angebote der Kinderbetreuung und Kinderbildung in Tagesstätten, im Offenen Ganztage und in der Tagespflege
- 64 Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements in allen Sozial- und Jugendbereichen
- 28 Dienste und Einrichtungen der Altenhilfe und Altenpflege
- 22 Organisationen der Behindertenhilfe
- 21 Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendhilfe
- 20 Organisationen im Bereich der Migration und interkulturellen Arbeit
- 19 Anbieter von Gesundheits- und Suchtkrankenhilfen
- 17 Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiativen sowie Bildungsstätten
- 13 spezifische Beratungsstellen und -angebote für Kinder und Familien, Frauen und Homosexuelle
- 9 Hilfseinrichtungen für Menschen in Not sowie Schuldner- und Sozialberatung
- 4 Angebote des Quartiersmanagements und der Gemeinwesenarbeit
- 1 Hilfs- und Rettungsdienst
- 1 Selbsthilfe-Kontaktstelle zur Unterstützung von über 400 Selbsthilfegruppen

# Wichtige Adressen und AnsprechpartnerInnen

## MIA-DO-KOMMUNALES INTEGRATIONSZENTRUM DORTMUND

MIA-DO-Kommunales Integrationszentrum Dortmund arbeitet an der Umsetzung des „Masterplan Integration“.

Betenstr. 19, 44122 Dortmund  
Tel: 0231-5026449, Fax: 0231-5010027  
E-Mail: miadoki@dortmund.de  
Internet: miadoki.dortmund.de

## BÜRGERDIENSTE

Tel.: (0231) 50-13331 oder 50-13332,  
buergerdienste@stadtdo.de

## EINBÜRGERUNG

Info-Service-Nr.: **0231-5026999**.  
Online-Terminvereinbarung unter  
[www.einbuergierung.dortmund.de](http://www.einbuergierung.dortmund.de)  
E-Mail: [einbuergierung@stadtdo.de](mailto:einbuergierung@stadtdo.de)  
Die Einbürgerungsstelle:  
Stadthaus Olpe 1, 44135 Dortmund.  
Öffnungszeiten: Mo, Di, Do und Fr.  
07:30 - 12:00 Uhr

## INTEGRATIONS- SPRACHKURSTRÄGER

**Auslandsgesellschaft Deutschland e.V.**  
Steinstraße 48, 44147 Dortmund  
Tel.: 0231-838000  
[info@auslandsgesellschaft.de](mailto:info@auslandsgesellschaft.de)  
[www.auslandsgesellschaft-deutschland.de](http://www.auslandsgesellschaft-deutschland.de)

**Planerladen e.V., Sprachförderung**  
Rückertstraße 28, 44147 Dortmund  
Tel.: 0231-828362  
[sprachfoerderung@planerladen.de](mailto:sprachfoerderung@planerladen.de)  
[www.planerladen.de](http://www.planerladen.de)

**pdI – Projekt Deutsch lernen**  
Interkulturelles Zentrum am Burgtor  
Münsterstraße 9-11, 44145 Dortmund  
Tel.: 0231-839822  
[www.vfz.de](http://www.vfz.de), E-Mail: [office@vfz.de](mailto:office@vfz.de)

**Berlitz Deutschland GmbH**  
Hohe Straße 1, 44139 Dortmund  
Tel.: 0231-1385060  
Fax: 0231-13850669  
[dortmund@berlitz.de](mailto:dortmund@berlitz.de)  
[www.berlitz.de](http://www.berlitz.de)

**CJD-Sprachschule**  
Haus am Park, Evinger Parkweg 11  
44339 Dortmund  
Tel.: 0231-985023-9998  
[barbara.fertsch@cjd-dortmund.de](mailto:barbara.fertsch@cjd-dortmund.de)  
[www.cjd-dortmund.de](http://www.cjd-dortmund.de)

**IB Geschäftsstelle Dortmund**  
Schwanenstraße 30, 44135 Dortmund  
Tel.: 0231-58449860  
[sbs-dortmund@internationaler-bund.de](mailto:sbs-dortmund@internationaler-bund.de)  
[www.internationaler-bund.de](http://www.internationaler-bund.de)

**Kath. Bildungswerk der  
Dortmunder Dekanate e.V.**  
Propsteihof 10, 44137 Dortmund  
Tel.: 0231-1848249  
[gahle@kbs-dortmund.de](mailto:gahle@kbs-dortmund.de)  
[www.kbs-dortmund.de](http://www.kbs-dortmund.de)

**TÜV-Nord Bildungszentrum  
Dortmund**  
Bärenbruch 128, 44379 Dortmund  
Bildungsberater für Unternehmen  
und Privatkunden  
Daniel Paar: Tel.: 0231-96700035,  
H.: 0171-7646102  
Ronald Kaczynski: Tel.: 0231-96700031  
E-Mail: [r.kaczynski@tuv-nord.de](mailto:r.kaczynski@tuv-nord.de)

**VHS Dortmund**  
Hansastraße 2-4, 44137 Dortmund  
Tel.: 0231-50-24705  
[jdieckerhoff@stadtdo.de](mailto:jdieckerhoff@stadtdo.de)  
[www.vhs.dortmund.de](http://www.vhs.dortmund.de)

**VHS Dortmund – persönliche Beratung**  
Infos unter [www.vhs.dortmund.de](http://www.vhs.dortmund.de)  
und im gedruckten Programmheft.

Allgemeine Auskünfte: 0231-50-24727

**Westfalia Bildungszentrum e.V.**  
Bissenkamp Str. 12-16, 44135 Dortmund  
Mo.-Fr. 08:30-19:00, Sa. 09:00-14:00  
Telefon: 0231-33015438  
[info@westfalia-bildungszentrum.de](mailto:info@westfalia-bildungszentrum.de)

**Bildungswerk Stadtteil-Schule  
Dortmund e.V.**  
Bornstr. 83, 44145 Dortmund  
Tel: 0231/58693871  
[kkeinemann@stadtteil-schule.de](mailto:kkeinemann@stadtteil-schule.de)  
[www.stadtteil-schule.de](http://www.stadtteil-schule.de)

## INTEGRATIONSAGENTUREN

**Planerladen e.V.  
Integrationsagentur Servicestelle  
für Antidiskriminierungsarbeit im  
Handlungsfeld Wohnen**  
Schützenstraße 42, 44147 Dortmund  
Tel. 0231-8820700  
[integration@planerladen.de](mailto:integration@planerladen.de)  
[www.planerladen.de](http://www.planerladen.de)  
[www.integrationsprojekt.net](http://www.integrationsprojekt.net)

**AWO UB Dortmund**  
Klosterstr. 8-10, 44135 Dortmund  
Tel.: 0231-9934-210  
[r.erdmann@awo-dortmund.de](mailto:r.erdmann@awo-dortmund.de)  
[www.awo-dortmund.de](http://www.awo-dortmund.de)

**Deutsches Rotes Kreuz  
Kreisverband Dortmund e.V.**  
Beurhausstr. 71, 44137 Dortmund  
Tel.: 0231-1810218  
[karin.langrzyk@drk-dortmund.de](mailto:karin.langrzyk@drk-dortmund.de)  
[www.drk-dortmund.de](http://www.drk-dortmund.de)

**Jüdische Kultusgemeinde Groß-  
Dortmund**  
Prinz-Friedr.-Karl-Str. 9,  
44135 Dortmund  
Tel.: 0231-55747213  
[dick@jkgd.de](mailto:dick@jkgd.de), [www.jg-dortmund.de](http://www.jg-dortmund.de)

**Caritasverband Dortmund e. V.**  
Bernhard-März-Haus  
Osterlandwehr 12-14,  
44145 Dortmund  
Tel.: 0231-86108020  
[bmaerz@caritas-dortmund.de](mailto:bmaerz@caritas-dortmund.de)  
[www.caritas-dortmund.de](http://www.caritas-dortmund.de)

**Stadtteil-Schule Dortmund e.V.**  
Berenice Becerril Ortiz  
Oesterholzstr. 120, 44145 Dortmund  
Tel: 0231/2866255  
[bbecerril@stadtteil-schule.de](mailto:bbecerril@stadtteil-schule.de)  
[www.stadtteil-schule.de](http://www.stadtteil-schule.de)

## MIGRATIONS- BERATUNGSSTELLEN

**Arbeiterwohlfahrt  
Unterbezirk Dortmund**  
Klosterstraße 8-10, 44135 Dortmund  
Tel.: 0231-9934-0  
[info@awo-dortmund.de](mailto:info@awo-dortmund.de)  
[www.awo-dortmund.de](http://www.awo-dortmund.de)

**Caritasverband Dortmund e.V.**  
Bernhard-März-Haus  
Osterlandwehr 12-14, 44145 Dortmund  
Tel.: 0231-861080-0  
[bmaerz@caritas-dortmund.de](mailto:bmaerz@caritas-dortmund.de)  
[www.caritas-dortmund.de](http://www.caritas-dortmund.de)

**Deutsches Rotes Kreuz  
Kreisverband Dortmund e.V.**  
Beurhausstraße 71, 44137 Dortmund  
Tel.: 0231-1810-0  
[migrationsberatung@drk-dortmund.de](mailto:migrationsberatung@drk-dortmund.de)  
[www.drk-dortmund.de](http://www.drk-dortmund.de)

**Diakonisches Werk Dortmund**  
Rolandstraße 10, 44145 Dortmund  
Tel.: 0231-8494-600  
[sozialbuero@diakoniedortmund.de](mailto:sozialbuero@diakoniedortmund.de)  
[www.diakoniedortmund.de](http://www.diakoniedortmund.de)

**IN VIA Dortmund e.V.  
Jugendmigrationsdienst**  
Propsteihof 10, 44137 Dortmund

Tel.: 0231-1848-142  
[u.kurz@invia-dortmund.de](mailto:u.kurz@invia-dortmund.de)  
[www.invia-dortmund.de](http://www.invia-dortmund.de)

**Stadtteil-Schule Dortmund e.V.**  
Gabi Frohnert  
[gfrohnert@stadtteil-schule.de](mailto:gfrohnert@stadtteil-schule.de)  
Oesterholzstr. 120,  
44145 Dortmund  
Tel: 0231/28662580  
[www.stadtteil-schule.de](http://www.stadtteil-schule.de)

## HILFE UND ANGEBOTE FÜR FRAUEN

**Dortmunder Mitternachtsmission  
Beratungsstelle für Prostituierte  
und Opfer von Menschenhandel**  
Dudenstraße 2-4,  
44137 Dortmund  
Tel.: 0231-144491  
[mitternachtsmission@gmx.de](mailto:mitternachtsmission@gmx.de)  
[www.mitternachtsmission.de](http://www.mitternachtsmission.de)  
**Frauenberatungsstelle  
Frauen helfen Frauen e.V.**  
Märkische Straße 212-218,  
44141 Dortmund  
Tel.: 0231-521008  
[frauen@frauenberatungsstelle-dortmund.de](mailto:frauen@frauenberatungsstelle-dortmund.de)  
[www.frauenberatungsstelle-dortmund.de](http://www.frauenberatungsstelle-dortmund.de)

**Frauenübernachtungsstelle  
Diakonisches Werk**  
Prinz-Friedrich-Karl-Straße 5  
44135 Dortmund  
Tel.: 0231-584496-0  
[fues@diakoniedortmund.de](mailto:fues@diakoniedortmund.de)  
[www.diakoniedortmund.de](http://www.diakoniedortmund.de)

**Frauzentrum Huckarde**  
Arthur-Beringer-Straße 42  
44369 Dortmund  
Tel.: 0231-391122  
[info@frauzentrum-huckarde.de](mailto:info@frauzentrum-huckarde.de)  
[www.frauzentrum-huckarde.de](http://www.frauzentrum-huckarde.de)

**Mehrgenerationenhaus  
Mütterzentrum Dortmund e.V.**  
Hospitalstraße 6,  
44149 Dortmund  
Tel.: 0231-141 662  
[buero@muetterzentrum-dortmund.de](mailto:buero@muetterzentrum-dortmund.de)  
[www.muetterzentrum-dortmund.de](http://www.muetterzentrum-dortmund.de)  
Öffnungszeiten des offenen Treffs  
und des Cafés: Mo bis Fr 9:00 bis 18:00  
**LEBEDO, Beratungsstelle für lesbis-  
che und bisexuelle Frauen und  
deren Freunde und Angehörige**  
Goethestr. 66, 44147 Dortmund  
(Untergeschoss Edward-Clement-  
Haus),  
Tel.: 0231-98221440, [info@ebedo.de](mailto:info@ebedo.de)  
[jobcenter-dortmund.bca@obcenterge.de](mailto:jobcenter-dortmund.bca@obcenterge.de),  
[www.lebedo.de](http://www.lebedo.de)

## ERZIEHUNGSHILFE

**AMBE – Ambulante Erziehungshilfe  
(mehrsprachige Hilfe u. Betreuung)**  
Öffnungszeiten und telefonische Sprech-  
zeiten: Montag – Freitag 8-16 Uhr  
Rheinische Str. 171,  
44147 Dortmund  
Telefon: 0231 286783-50 oder -51  
Fax: 0231 286783-49

## BERATUNGSTELLEN

**Arbeitslosenzentrum**  
Leopoldstr. 16-20,  
44147 Dortmund  
Telefon: 0231-812124  
[info@alz-dortmund.de](mailto:info@alz-dortmund.de)  
[www.alz-dortmund.de](http://www.alz-dortmund.de)  
**Bürozeiten:** Mo., Mi., Do.: 08:30-16:00;  
Di.: 08:30-12:00, Fr.: 08:30-12:30 Uhr

**Soziales Zentrum Dortmund e.V.**  
Westhoffstr. 8-12,  
44145 Dortmund  
Beratungsstelle Westhoffstraße:  
Tel: 0231-840340.  
Fax: 0231-840341  
Mail: [info@westhoffstrasse.de](mailto:info@westhoffstrasse.de)

[www.westhoffstrasse.de](http://www.westhoffstrasse.de)  
**Soziales Zentrum:**  
Tel: 0231-840310  
**Seniorenwohnungen:**  
Tel: 0231-840338 (10-12Uhr)

**FEEDBACK**  
Fachstelle für Jugendberatung &  
Suchtvorbeugung Dortmund  
Kuckelke 20,  
44135 Dortmund  
Tel.: 0231-70099290  
[info@feedback-dortmund.de](mailto:info@feedback-dortmund.de)  
[www.feedback-dortmund.de](http://www.feedback-dortmund.de)

**Selbsthilfe-Kontaktstelle Dortmund**  
Ostenhellweg 42-48,  
44135 Dortmund  
Tel.: 0231-529097.  
Fax: 0231-52090.  
[selbsthilfe-dortmund@paritaet-nrw.org](mailto:selbsthilfe-dortmund@paritaet-nrw.org)  
[www.selbsthilfe-dortmund.de](http://www.selbsthilfe-dortmund.de)  
**Sprechzeiten:** Mo + Mi 9:00-13:00  
und 14:00-16:30 Uhr; Do 14:00-  
16:30 Uhr; Fr 9:00-13:00 Uhr und  
Telefonische Abendsprechzeit:  
1. Donnerstag im Monat 16.30-19.00

**Evangelische Beratungsstelle für Er-  
ziehungs-, Ehe- u. Lebensfragen**  
Klosterstraße 16,  
44135 Dortmund  
Telefon 0231-8494480

**Erziehungsberatungsstelle des Sozi-  
aldienstes katholischer Frauen**  
Joachimstr. 2, 44145 Dortmund  
Telefon 0231-86108515

**Beratungsstelle Scharnhorst**  
Hesseweg 24,  
44328 Dortmund  
Telefon 0231-239083

**Beratungsstelle für Personen de-  
ren Versicherungsstatus unklar  
ist**  
Clearingstelle Gesundheit Dortmund  
Ludwigstr. 14, 1. Etage,  
44135 Dortmund  
Tel.: 0231-28676022  
Beratungssprachen: Deutsch, Ru-  
mänisch, Serbisch, Katalanisch, Spa-  
nisch, Bulgarisch, Türkisch, Englisch,  
Mazedonisch, Italienisch

## GLEICHSTELLUNGSBE- AUFTRAGEN

**JobCenter Dortmund**  
Gabi Herweg-Zaide, Beauftragte für  
Chancengleichheit am Arbeitsmarkt  
Südwall 5-9,  
44137 Dortmund  
Tel.: 0231-842-1572  
[jobcenter-dortmund.bca@obcenterge.de](mailto:jobcenter-dortmund.bca@obcenterge.de)  
[www.jobcenterdortmund.de](http://www.jobcenterdortmund.de)

**Agentur für Arbeit Dortmund**  
Sladjana Mitrovic, Beauftragte für  
Chancengleichheit am Arbeitsmarkt  
und Migrationsbeauftragte  
Steinstr. 39,  
44147 Dortmund  
Tel.: 0231-842-1272  
[dortmund.bca@arbeitsagentur.de](mailto:dortmund.bca@arbeitsagentur.de)  
[www.arbeitsagentur.de/dortmund](http://www.arbeitsagentur.de/dortmund)

## QUARTIERSMANAGE- MENTSBIÜROS

**Geschäftsstelle  
Quartiersmanagement Nordstadt**  
Mallinckrodtstr. 56,  
44145 Dortmund  
Tel.: 0231-2227373  
Martin Gansau, Projektleitung  
[info@nordstadt-qm.de](mailto:info@nordstadt-qm.de)  
[www.nordstadt-qm.de](http://www.nordstadt-qm.de)

**Quartiersbüro Hafen**  
Schillerstraße 37,  
44147 Dortmund  
**Didi Stahlschmidt.**  
Sprechzeiten:  
Di 14-18 Uhr und Mi 9-12 Uhr.  
[hafen@nordstadt-qm.de](mailto:hafen@nordstadt-qm.de)

## BERATUNGSSTELLEN FÜR SENIOR(INN)EN

**Seniorenbüro Innenstadt West**  
Lange Str. 42, 44137 Dortmund  
Tel.: 0231-39572-14  
**Seniorenbüro Innenstadt Ost**  
Märkische Str. 21, 44141 Dortmund  
Tel.: 0231-50-29690  
**Seniorenbüro Innenstadt Nord**  
Westhoffstr. 8-12, 44145 Dortmund  
Tel.: 0231-4775240  
**Seniorenbüro Dortmund-Aplerbeck**  
Aplerbecker Marktplatz 21,  
44287 Dortmund.  
Tel.: 0231-50-29390  
**Seniorenbüro Dortmund-Brackel**  
Brackeler Hellweg 170,  
44309 Dortmund  
Tel.: 0231-50-29640

## WIRTSCHAFTSFÖRDE- RUNG DORTMUND

**NORDSTADT-BÜRO**  
Mallinckrodtstraße 2, 44145 Dortmund  
Tel. 0231-286739-0  
[hubert.nagusch@stadtdo.de](mailto:hubert.nagusch@stadtdo.de)

## GESUNDHEITSBERATUNG

**Sozialpsychiatrischer Dienst -  
Beratungsstelle Mitte**  
Eisenmarkt 3, 44137 Dortmund  
Tel.: 0231-5022534  
E-Mail: [53psych-mitte@stadtdo.de](mailto:53psych-mitte@stadtdo.de)

**Sozialpsychiatrischer Dienst -  
Beratungsstelle Nord**  
Bornstr. 239, 44145 Dortmund  
Tel.: 0231-5025391  
E-Mail: [53psych-nord@stadtdo.de](mailto:53psych-nord@stadtdo.de)

**Sozialpsychiatrischer Dienst -  
Methadonambulanz**  
Tel.: 0231 5025392, Fax: 0231 50-26638  
E-Mail: [53methad-amb@stadtdo.de](mailto:53methad-amb@stadtdo.de)  
Susanne Dillenhöfer, Ärztliche Leiterin

**Beratungsstelle zu sexuell  
übertragbaren Krankheiten,  
AIDS und Tuberkulose**  
Hövelstraße 8,  
44137 Dortmund  
Tel.: 0231-5023601. Fax: 0231-5023592  
E-Mail: [aidsberatung@stadtdo.de](mailto:aidsberatung@stadtdo.de)  
Internet: [dasaidsteam.dortmund.de](http://dasaidsteam.dortmund.de)  
(keine Anmeldung erforderlich)

**DROBS Drogenberatungsstelle**  
Schwanenwall 42, 44135 Dortmund  
Tel.: 0231-4773760  
E-Mail: [info@drops-dortmund.de](mailto:info@drops-dortmund.de)  
[www.drops-dortmund.de](http://www.drops-dortmund.de)

## FLÜCHTLINGSARBEIT (VMDO E.V.)

**Flüchtlingsberatung VMDO e.V.**  
Beuthstr. 21, 44147 Dortmund  
**Ulrike Podhajski**  
Tel: 0231-28678242.  
Fax: 0231-28678166  
E-Mail: [u.podhajsky@vmdo.de](mailto:u.podhajsky@vmdo.de)  
Sprechzeiten: Mo., Di., Do., Fr.: 10-12 Uhr

## BeVi - Beratung der Vielfalt (VMDO e.V.)

**Beratungen zur Beruflichen Entwicklung**  
Beuthstraße 21, 44147 Dortmund  
Gisela Reppel ([g.reppel@vmdo.de](mailto:g.reppel@vmdo.de))  
Antje Krahl ([a.krahl@vmdo.de](mailto:a.krahl@vmdo.de))  
Telefonische Terminvereinbarung  
Tel.: 0231-28678744, Fax: 0231-28678166  
[www.vmdo.de/bevi/](http://www.vmdo.de/bevi/)

## KiVi - Kinder der Vielfalt (VMDO e.V.)

**Offener Kinder- und Jugendtreff für  
Kinder im Alter zwischen 6-14 Jahren**  
Beuthstraße 21, 44147 Dortmund  
Öffnungszeiten: Mo.-Fr.: 15:00-20:00,  
Sa.: 14:00-20:00, So.: 14:00-18:00 Uhr  
Tel.: 0231-28678163,

[www.vmdo.de](http://www.vmdo.de).  
[f.toker@vmdo.de](mailto:f.toker@vmdo.de)

## Samo.fa

**Beratung und Begleitung von MO  
Netzwerk und Öffentlichkeitsarbeit**  
Leuthardstr. 1-7, 44135 Dortmund  
Armelle Djine ([a.djine@vmdo.de](mailto:a.djine@vmdo.de))  
Johanna Jost ([j.jost@vmdo.de](mailto:j.jost@vmdo.de))  
Tel 0231 28676790, Fax 0231 28676792  
Telefonische Terminvereinbarung

## Bildungswerk Vielfalt

**Bereichsleitung Bildung  
Sprach-, Bildungs-, Sport und Kreativkurse**  
Beuthstr. 21, 44147 Dortmund  
Leitung: Kati Stüdemann  
Tel 0231 28678165, Fax 0231 28678166  
Email: [bildungswerk-vielfalt@vmdo.de](mailto:bildungswerk-vielfalt@vmdo.de)  
Päd. Mitarbeiterin: Ulrike Podhajsky  
Erreichbar Mo – Do 9.00 – 14.00 Uhr

## Futurum NRW

**Beratung & Begleitung von Menschen  
mit & ohne Migrationshintergrund für  
den Pflege- & Gesundheitsbereich.**  
Beuthstr. 21, 44147 Dortmund  
Sevim Kosan, Dr. Gürsel Çapanoglu,  
Emails: [s.kosan@gid-do.de](mailto:s.kosan@gid-do.de),  
[g.capanoglu@gid-do.de](mailto:g.capanoglu@gid-do.de)  
Tel. 0231 28678753. Mo – Fr, 10:00 –  
15:00 Uhr nach Terminvereinbarung

## Train of Hope Dortmund e.V.

**Flüchtlingshilfe Dortmund**  
Münsterstr. 54, 44145 Dortmund  
Tel : 0231/97062647

## Step by Step

Soziale Integration und gesellschaftli-  
chen Teilhabe für Geflüchtete  
Hatun Citkin ([h.citkin@vmdo.de](mailto:h.citkin@vmdo.de))  
Haifaa Abdulaziz ([h.abdulaziz@vmdo.de](mailto:h.abdulaziz@vmdo.de))  
Tel 0231 28676790, Fax 0231 28676792  
Montag – Freitag, 9.00 – 14.00 Uhr  
Leuthardstr. 1-7, 44135 Dortmund

## Eltern- Kind Gruppen für Ge- flüchtete

**Kinderbetreuung, Beratung für El-  
tern, Netzwerkarbeit mit Bildungs-  
institutionen**  
Felix Tolker,  
Montag – Freitag, 8.00 – 14.00 Uhr  
Beuthstr. 21, 44147 Dortmund

## Alltagsbegleiter

**Hilfestellungen bei: Behördengän-  
gen, Arzt- und Anwaltsbesuchen  
u.a. Herausforderungen**  
Sprachen: Farsi, Kurdisch und Arabisch  
Tel 0231 28676790, Fax 0231 28676792  
Email [g.harbig@vmdo.de](mailto:g.harbig@vmdo.de)  
Montag – Freitag, 9.00 – 14.00 Uhr  
Leuthardstr. 1-7, 44135 Dortmund

## Servicestelle Arbeit und Leben im Jobcenter

**Hilfestellungen und Beratungen  
zum Themenfeld Arbeit und Leben**  
Sprachen: Türkisch und Arabisch  
Tel 0231 286 78 753  
Fax 0231 286 781 66  
Email [s.koese@vmdo.de](mailto:s.koese@vmdo.de)  
Montag, Dienstag, Donnerstag,  
Freitag  
9.00 – 14.00 Uhr  
Steinstr. 39, 44147 Dortmund

## Bewusst – Gesund – Aktiv Gesundheitsförderung für Migran- tInnen im Quartier

Ansprechpartnerin: Schahla Yawari  
Tel.: 0231 28678 -452 und -453  
E-Mail: [s.yawari@vmdo.de](mailto:s.yawari@vmdo.de)  
Schützenstraße 103, 44135 Dortmund



## Demans ve Yardıma Muhtaç Hastalar için Evde Yardım Hizmeti

### Dortmund'da türk ailelere yönelik gönüllülük temelinde Evde Yardım Hizmeti

Bakım konseptimizin hedef kitlesi Demans hastası olan türk yaşlılar ve aileleri, evde bakım gören yaşlılar ve ailelerini kapsıyor. Demans hastası olanlar, öğrendikleri almanca da unuttukları için, türkçe bilen ve onlara destek verecek olan Gönüllü yardımcılarımızla size hizmet veriyoruz. Aileler evdeki yaşlı hastanın bakımından dolayı oldukça yıpranmaktadır. Onlar da bizim vereceğimiz hizmetle rahat edip, dinlenebileceklerdir. Verdiğimiz hizmetlerle iyi bir yaşam kalitesine hem hastalarımız hemde aileleri kavuşmuş olacaklardır. Demans hastası olan veya bakıma muhtaç Türk yaşlılara, haftada iki defa olmak üzere 2-3 saatlik (sosyal nitelikli aktiviteler) hizmet veriyoruz.

#### Bakımın hedefi:

- Kendilerini toplumun aktif bir üyesi olarak ve işe yarıyor hissetmelerini sağlamak
- Uzun süreli hafızalarını korumalarını destekleyen aktiviteler yapmak
- Alışık oldukları ortamda (evde) kalmaları
- Mümkün olabilecek kadar kendilerine yetecek durumda kalmaları
- Sosyal ilişkilerini edevam ettirmelerini sağlamak
- Ailelerin bu zorlu süreçte, belli zamanlarda kendilerine zaman ayırıp rahatlayabilmelerini sağlamak

#### Hizmetlerimiz:

- Beyin jimnastiği yapacak oyunlar oynamak
- Birlikte sohbet etmek
- Hatıraları canlandırmak için eski fotoğraflara bakmak
- Eskilerden ve memleketten bahsetmek
- Birlikte yaşlarımızın gençliğinden bildikleri şarkıları söylemek
- Beraber yemek hazırlamak
- Yürüyüşe çıkmak
- Günlük yaşamla ilgili desteklemek
- Türkçe filmler izlemek
- Doktor randevularına eşlik etmek
- Sosyal hayatın gelişmesini sağlamak

Her hastanın profili farklı olacağından, o hastaya uygun uygulamalar geliştirilecek ve desteklenecektir.

Bizimle birlikte eğitim görmüş, tecrübeli Gönüllü yardımcılarımızla sizlere bu hizmeti sunuyoruz.

**HÄUSLICHE BETREUUNG**  
BEI PFLEGEBEDÜRFTIGKEIT & DEMENZ

**VMDO**

Verbund der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund e.V.



Bu hizmetlerin masraflar için, biz kurum olarak Bakım Sigortasına (Pflegekasse) başvuruyoruz. Bu bakımın dilekçelerini vermede size yardımcı oluyoruz.

**VMDO e.V.**  
Verbund der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund  
Beuthstr. 21, 44147 Dortmund  
www.vmdo.de

**Kontakt: Dr. Gürsel Çapanoglu**  
Tel: 0231 - 28 67 87 55  
g.capanoglu@vmdo.de  
Mobil: 0177 - 60 58 885  
Dienstag: 10:00 - 12:00 Uhr  
Donnerstag: 10:00 - 12:00 Uhr

## Häusliche Betreuung bei Pflegebedürftigkeit & Demenz

### Häuslicher Betreuungsdienst auf ehrenamtlicher Basis zur Entlastung türkischer Familien in Dortmund

Menschen finden zweimal pro Woche für 2-3 Stunden statt.

#### Das Ziel der Pflege:

- Die Patient\*innen fühlen sich wieder als aktives wertvolles Mitglied der Gesellschaft
- Bewahrung der Langzeiterinnerungen
- In der vertrauten Umgebung – zu Hause - verbleiben
- So weit wie möglich sich eigenständig und ausreichend um sich selbst kümmern
- Sicherstellen, dass die Patient\*innen ihre sozialen Beziehungen pflegen können
- Sicherstellen, dass die Familien während dieser herausfordernden Phase und zu bestimmten Zeiten sich um ihre eigenen Belange kümmern, entspannen und regenerieren können.

#### Unsere Leistungen:

- Gehirntaining fördernde Spiele spielen
- Gemeinsam unterhalten
- Persönliche Fotoalben, um Erinnerungen wiederzubeleben durchschauen
- Über das Vergangene und die Heimat sprechen
- Gemeinsam Lieder aus der Jugend singen,
- Gemeinsam Mahlzeiten zubereiten
- Spazieren gehen
- Unterstützung bei der Verrichtung des alltäglichen Lebens
- Türkische Filme ansehen
- Begleitende Arzttermine
- Sicherstellung der Entwicklung des sozialen Lebens

Patient\*innen sind alle sehr unterschiedliche hinsichtlich der Krankheitsverläufe. Daher werden für diese Patient\*innen geeignete Methoden entwickelt und unterstützt.

Wir bieten Ihnen unseren Service mit unseren erfahrenen türkisch sprechenden Ehrenamtlichen an, die bei uns geschult wurden.

Die Kosten der Dienstleistung werden auf Antrag von der Pflegekasse getragen.

Wir helfen Ihnen bei der Beantragung.

## FRÜHE HILFEN

### Pilar Wulff

Koordination: Frühe Hilfen  
pwulff@stadtdo.de. Tel: 0231-50-24974  
Märkische Straße 24-26, 44141 Dortmund

### Sabine Janowski

Koordination: Familienhebammen und Familien-, Gesundheits-, Kinderkrankenpflegerinnen  
familienhebammen@dortmund.de  
sjanowski@stadtdo.de  
Mob.: 0173-5290096.  
Märkische Straße 24-26, 44141 Dortmund

## GESUNDHEITSFACHKÄPFE

### Gesundheitsamt:

**Zuhal Dagdas**, Familienkinderkrankenpflegerin, zdagdas@stadtdo.de  
**Melanie Korus**, Familien-, Gesundheits-, und Kinderkrankenpflegerin, mkorus@stadtdo.de  
**Ismigyl Myrseel**, Familienhebamme, imyrseel@stadtdo.de  
**Fariba Jooyaei**, Familienhebamme, fjooyaei@stadtdo.de  
**Angela Schröder**, Familienhebamme, angelaschroeder@stadtdo.de  
**Désirée Mober**, Familienhebamme, dmober@stadtdo.de

**Soziales Zentrum Dortmund e.V.**,  
**Beratungsstelle Westhoffstraße**  
**Marion Korte**, Familienhebamme  
marion.korte@westhoffstrasse.de  
**SKF – Sozialdienst katholischer Frauen**  
**Christine Göke**, Familienhebamme.  
schwangerschaftsberatungsstelle.  
goeke@kath-centrum.de

### AWO Beratungsstellen

**Jenny Becks**, Familienhebamme.  
j.becks@awo-dortmund.de  
**donum vitae**  
**Brigit Oechsli**, Familienhebamme.  
oechsli@donumvitae-dortmund.org

## FAMILIEN-Projekt

**Dortmund - Netzwerk INFamilie**  
Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund  
Tel.: 0231 50-29896  
E-Mail: infamilie@dortmund.de  
Internet: infamilie.dortmund.de

## FAMILIENBÜROS

**www.familie.dortmund.de**  
Unter dieser Adresse erreichen Sie das Familienportal und finden Informationen zu familienorientierten Angeboten und Leistungen wie Ausflugszielen, familienfreundlicher Gastronomie sowie das Familieninformationssystem.  
**Die Familien-Hotline:** Tel: (0231) 50-2 98 95 ist für Sie montags und donnerstags von 8.00 – 12.00 Uhr freigeschaltet.  
Die Familienbüros finden Sie in den Stadtbezirken:  
**Aplerbeck:** Köln-Berliner-Str. 1, 44287 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 93 09  
**Brackel:** Brackeler Hellweg 170, 44309 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 48 89  
**Eving:** August-Wagner-Platz 2-4 44339 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 79 23  
**Hörde:** Hörder Bahnhofstr. 16, 44263 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 98 67  
**Hombroch:** Harkortstr. 58, 44225 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 83 27  
**Huckarde:** Urbanusstr. 5, 44369 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 84 35

**Lütgendortmund:** Wernerstr. 10, 44388 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 89 40  
**Mengede:** Bürenstr. 1, 44359 Dortmund Tel: (0231) 50-2 80 40  
**Scharnhorst:** Gleiwitzstr. 277, 44328 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 88 26  
**Innenstadt-Ost:** Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 95 69  
**Innenstadt-West:** Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 35 17  
**Innenstadt-Nord:** Leopoldstr. 16-20, 44145 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 42 82  
**Öffnungszeiten der Familienbüros:** montags und donnerstags 8.30-10.30 Uhr und nach Vereinbarung

**Dortmund - Netzwerk INFamilie**  
Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund  
Tel.: 0231 50-29896  
E-Mail: infamilie@dortmund.de  
Internet: infamilie.dortmund.de

## BERATUNGSSTELLEN DES PSYCHOLOGISCHEN BERATUNGSDIENSTES DES JUGENDAMTES

**Beratungsstelle Aplerbeck**  
Wittbräucker Straße 1, 44287 Dortmund  
Telefon (0231) 456013  
**Beratungsstelle Brackel**  
Asselner Hellweg 103, 44319 Dortmund  
Telefon (0231) 27554/ 5  
**Beratungsstelle Eving**  
Evinger Platz 2-4, 44339 Dortmund  
Telefon (0231) 50-25470  
**Beratungsstelle Hörde**  
Alfred-Trappen-Straße 39, 44263 Dortmund  
Telefon (0231) 423017/ 18  
**Beratungsstelle Hombroch**  
Harkortstraße 36, 44225 Dortmund

Telefon (0231) 717051  
**Beratungsstelle Innenstadt**  
Töllnerstraße 4, 44135 Dortmund  
Telefon (0231) 50-23115  
**Beratungsstelle Lütgendortmund**  
Werner Straße 10, 44388 Dortmund  
Telefon (0231) 67811  
**Beratungsstelle Mengede**  
Bodelschwingher Straße 131, 44357 Dortmund  
Telefon 0231-372088 / 37625

**come@home**  
**Psychosoziales Zentrum für geflüchtete Kinder und Jugendliche**  
**Allgemeiner Projektkontakt:**  
c/o PSZ Dortmund  
Lange Str. 44, 44137 Dortmund  
**Ansprechpartner:**  
**AWO Unterbezirk Dortmund:**  
Rodica Anuti-Risse, Tel.: 0231-84797814, r.anuti-risse@awo-dortmund.de  
**GrünBau gGmbH:**  
Ute Lohde, Tel.: 0231-8409635, ulohde@gruenbau-dortmund.de  
**Kinderschutzbund Dortmund e.V.:**  
Martina Furlan, Tel.: 0231-84797814, m.furlan@dksb-do.de  
**Kinderschutz - Zentrum Dortmund:**  
Martina Niemann, Tel.: 0231-2064580, niemann@kinderschutzzentrum-dortmund.de

**Kinderschutz-Zentrum Dortmund**  
Gutenbergstrasse 24, 44139 Dortmund.  
Tel.: 0231-206458-0  
**Deutscher Kinderschutzbund Dortmund**  
Lambachstr. 4, 44145 Dortmund

Tel.: 0231-8479780, Fax: 0231-84797822  
**Schwangerenberatungsstellen**  
**AWO Beratungsstelle**  
Klosterstraße 8-10, 44135 Dortmund  
Telefon: 0231-9934-222  
beratungsstelle@awo-dortmund.de  
Onlineberatung:  
www.das-beratungsnetz.de

**DONUM VITAE**  
Friedhof 4, 44135 Dortmund  
Telefon : 0231-176387-4  
E.mail: dortmund@donumvitae.org  
**Katholische Schwangerschaftsberatungsstelle**  
Sozialdienst katholischer Frauen e.V.  
Propsteihof 10, 44137 Dortmund  
Telefon: 0231-1848-220  
schwangerschaftsberatung@kath-centrum.de

**Beratungsstelle Westhoffstraße**  
**Soziales Zentrum Dortmund e.V.**  
Westhoffstraße 8-12, 44145 Dortmund  
Telefon: 0231-840340  
E.mail: info@westhoffstrasse.de

**Team Kinderschutz im Jugendamt:**  
**Johanna Hopff**  
Koordination: Kinderschutz, Teamleiterin Fachberatung Kinderschutz.  
jhoppff@stadtdo.de. Tel: 0231-5024881  
**Kirsten Grabowsky**  
Koordination:  
Kinder als Anhörige alkoholkranker Eltern  
kgrabowsky@stadtdo.de.  
Tel: 0231-5023397

## Stadt Dortmund - Gesundheitsamt

Hövelstr. 8, 44137 Dortmund  
Tel.: 0231-50-23606.  
Fax: 0231-50-23526  
gesundheitsamt@dortmund.de  
gesundheitsamt.dortmund.de

## Abteilungen und Ansprechpartner

**Stadt Dortmund - Gesundheitsdienst für Kinder und Jugendliche**  
Hövelstr. 8, 44137 Dortmund  
Tel.: 0231-5022532, 0231-5023579  
Fax: 0231-50-23556  
E-Mail: 53kinder@stadtdo.de  
gesundheitsamt.dortmund.de  
Renate Breidenbach,  
Ärztliche Leiterin  
Tel.: 0231 50-22536,  
Fax: 0231 50-23556  
E-Mail: rbreidenbach@stadtdo.de

**Sozialmedizinischer Dienst, Begutachtungen für Erwachsene**  
Hövelstr. 8, 44137 Dortmund  
Tel.: 0231-50-23528, Fax: 0231-50-26789  
E-Mail: 53begutachtung@stadtdo.de

**Stadt Dortmund - Gesundheitsamt - Betreuungsstelle**  
Hövelstr. 8, 44137 Dortmund  
Tel.: 0231 50-24772, 0231 50-23510  
Fax: 0231 50-23589  
E-Mail: 53betreuung@stadtdo.de

**Umwelt- und Infektionshygiene und Gesundheitsaufsicht Dortmund**  
Tel.: 0231 50-23575, 0231 50-23536  
Fax: 0231 50-23592  
E-Mail: 53ges-aufsicht@stadtdo.de

# 75 Jahre Kriegsende

Vor 75 Jahren wurden die Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager befreit

Auschwitz-Birkenau, Belzec, Chelmno, Majdanek, Sobibor, Treblinka...: Diese Namen stehen für die schlimmsten Verbrechen die von Deutschen und im deutschen Namen jemals begangen wurden: dort und an weiteren Orten wurden ab 1941 in Vernichtungslagern der Nazis Millionen Menschen – systematisch und vor allem mit Giftgas – ermordet. Die Vernichtungslager dienten keinem anderen Zweck als der direkten und vollständigen Vernichtung von Juden und Sinti und Roma: Völkermord oder Holocaust. In den Lagern der Nazis wurden außerdem gefoltert, gequält und ermordet: Schwule und Lesben, Kriegsgefangene, und all jene, die Widerstand leisteten und sich nicht vor einem Zugriff durch Flucht in den Untergrund oder ins Ausland schützen konnten: Kommunisten, Sozialdemokraten, mutige Christen, Zeugen Jehovas...

Vor 75 Jahren wurden die Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager befreit. Den Befreier bot sich ein Bild unfassbarer Grausamkeit. Es gibt Fotos und Filme, die dies dokumentieren, zum Beispiel über die Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen am 15. April 1945. Manchen Überlebenden gelang es unter großen Qualen der Erinnerung zu berichten, was ihnen geschehen ist, viele konnten nur noch schweigen. Nach 1945 entstehen zwei deutsche Staaten, die DDR und die Bundesrepublik Deutschland, die sehr unterschiedlich mit der erst



kurz zurückliegenden mörderischen deutschen Geschichte umgingen. Die DDR verstand sich als antifaschistischer deutscher Staat und baute eine offizielle Kultur der Erinnerung an Verfolgung, Ermordung und vor allem auch an Widerstand auf. In der Bundesrepublik Deutschland wurde noch unter dem unmittelbaren Eindruck der mörderischen Nazi-Diktatur im Grundgesetz verankert: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden“. Auch, wenn wir heute wissen, dass „Rasse“ auf Menschen nicht angewendet werden kann, muss der damalige Impuls als klare Abgrenzung zum Rassen- und Ausgrenzungswahn der Nazis verstanden und gewürdigt werden.

Danach wurde die gerade zu Ende gegangene mörderische deutsche Vergangenheit für fast zwei Jahrzehnte eher beschwiegen und verdrängt; denn die damals vielfach gehörte Auskunft, man habe davon nichts gewusst, konnte angesichts der Massenhaftigkeit der Verhaftungen und Abtransporte nicht der Wahrheit entsprechen. Erst der vor allem auch auf Betreiben des Frankfurter Generalstaatsanwalts Fritz Bauer 1963 beginnende *Auschwitz-Prozess*, in dem Häftlinge und Täter aufeinandertrafen, veränderte die öffentliche Wahrnehmung. Für die öffentliche Aufarbeitung der Nazi-Zeit insgesamt in Deutschland muss wohl gesagt werden, dass sie in gewisser Weise oberflächlich blieb, weil ein wesentlicher politischer Kern nicht ausreichend offengelegt wurde, nämlich ihr rassistisch geprägter, aggressiver, *völkischer Nationalismus*. Völkischer Nationalismus

gibt einer tatsächlich sozial, kulturell, religiös vieltaligsten Bevölkerung ethnisch gemeint eine Art gemeinsamer Geschichte, Herkunft und Kultur und damit „Identität“ als „Volk“ und überhöht sie zum „Maß aller Dinge“. Völkischer Nationalismus braucht immer die „Anderen“, die nicht dazugehören, zur Abgrenzung und als „Sündenböcke“. Hier also zeigt sich die Verbindung zu heute: die neue Rechte in Deutschland und anderswo knüpft bewusst, gezielt und populistisch-demagogisch an diese überhöhte Idee von Volk an. Schauen wir uns in der Welt um, dann sehen wir: diese völkisch-nationalistische Denke hat aktuell eine gefährliche Konjunktur. Theodor W. Adorno, einer der wichtigen deutsch-jüdischen Wissenschaftler, aus dem amerikanischen Exil ins Nachkriegsdeutschland zurückgekehrt, schrieb schon 1966 zur niemals unmöglichen Wiederkehr von Auschwitz: „Das Klima, das am meisten solche Auferstehung fördert, ist der wiedererwachende Nationalismus. Er ist deshalb so böse, weil er im Zeitalter der internationalen Kommunikation und der übernationalen Blöcke an sich selbst gar nicht mehr so recht glauben kann und sich ins Maßlose übertreiben muss, um sich und anderen einzureden, er wäre noch substantiell.“ WK

Vor fünf Jahren:

## „Wir schaffen das!“

Es war am 31. August 2015, als Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Fernsehansprache ankündigte, dass Flüchtlingen – damals vor allem aus den syrischen Kriegsgebieten –, die auf langen Trecks in Europa unterwegs waren und vor allem in Ungarn warteten, die Weiterreise nach Deutschland gestattet werde: „Wir schaffen das!“. 800.000 Flüchtlinge sind dann 2015 nach Deutschland gekommen und wurden an Kommunen verteilt. 2016 endete diese starke Flüchtlingsbewegung nicht deswegen, weil niemand mehr auf der Flucht war, sondern weil die Balkan-Route von den Anliegerstaaten geschlossen wurde und wegen des dann mit der Türkei vereinbarten „Deals“, zu verhindern, dass Flüchtlinge über die Ägäis auf die griechischen Inseln gelangten.

Die Geflüchteten trafen in der Bevölkerung zunächst auf eine große Hilfsbereitschaft in diesem „langen Sommer des Willkommens“. Viele von ihnen machten sich auf den beschwerlichen Weg in einen neuen Alltag in Deutschland, bei dem sie nicht nur auf Hindernisse und Diskriminierungen stießen, sondern auch auf vielfältige Unterstützung. Viele Städte – wie z.B. auch Dortmund – öffneten sich positiv gegenüber den neuen Mitbürger\*innen. Wichtig war die Begleitung und Beratung durch Migrant\*innen-Organisationen, die bis heute anhält. Das Projekt samo.fa, an dem neben dem VMDO Migrant\*innen-Organisationen in weiteren 30 Städten

quer durch Deutschland beteiligt sind, ist hierfür ein gutes Beispiel ([www.samofa.de](http://www.samofa.de)).

Schnell setzte aber auch eine andere Reaktion ein: Rechtspopulisten machten Stimmung gegen die Geflüchteten, das Recht auf Asyl wurde weiter ausgehöhlt. Vor allem aber wurden die Außergrenzen der EU gegenüber Flüchtlingen abgeschottet; in der „Festung“ Europa wird in Kauf genommen, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken oder lange Zeit in menschenunwürdigen Elendslagern wie auf den griechischen Inseln festgehalten werden oder weitgehend ohne Obdach in Bosnien-Herzegowina.

Viele Städte – Dortmund gehört auch zu ihnen – haben sich der Initiative „Kommunen – Sichere Häfen“ angeschlossen und sind bereit, Menschen aus diesen Lagern aufzunehmen. Aber: „Nachdem das von Horst Seehofer (CSU) geführte Bundesinnenministerium (BMI) bereits dem Berliner Senat untersagt hatte, 300 zusätzliche Flüchtlinge aus den griechischen Lagern aufzunehmen, verweigert das BMI auch der Landesregierung Thüringens die Aufnahme von 500 Flüchtlingen aus Griechenland im Rahmen eines Landesaufnahmeprogramms.“ (Der SPIEGEL am 8. August 2020). Man setze auf eine gesamteuropäische Lösung, betont Bundeskanzlerin Angela Merkel. Wir schaffen das! als ein politisch-humanitäres Sofortprogramm – das war einmal.

WK

## Mahnmal für die Dortmunder Zwangsarbeiter\*innen am PHOENIX See eingeweiht

Bis zu 80.000 ausländische Zwangsarbeiter\*innen wurden während des Zweiten Weltkriegs in der Industriestadt Dortmund ausgebeutet. Fast ein Viertel dieser Männer und Frauen musste allein für den Dortmund Hörder Hüttenverein (DHHV) arbeiten, dessen Werk („Phoenix“) an der Stelle des heute gleichnamigen Sees lag. Der Rat der Stadt Dortmund hat im Jahr 2014 beschlossen, ein Denkmal für die in Dortmund zwangsarbeitenden Kriegsgefangenen und Deportierten zu errichten. Nun wurde es von Oberbürgermeister Ullrich Sierau feierlich der Stadtgesellschaft übergeben.

„Einen geeigneteren Standort für dieses Mahnmal der Erinnerung hätten wir nicht wählen können. Gerade der Kontrast zwischen Naherholungsgebiet und schrecklicher Vergangenheit wird uns dabei helfen, die Erinnerung wach zu halten“, sagte Sierau zur Eröffnung. Jede und jeder, die oder der in den 1940er Jahren in Dortmund gelebt hat, habe auch Kenntnis von den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Zwangsarbeitenden gehabt, so der Oberbürgermeister.

„Als Stadtgesellschaft beziehen wir heute eindeutig Stellung gegen Rechtsextremismus und rechtsextremistische Gewalttaten, gegen Diskriminierungen jeder Art. Auch dafür steht diese Gedenkstätte. In unserer Stadt soll niemals mehr jemand solches Leid erfahren müssen. Dieses starke Signal soll von der Gedenk-



Mahnmal am Phoenix See

Foto: J. Abolnikov

stätte ausgehen.“

### Von der Idee zum Entwurf

Die Idee für ein Zwangsarbeiter-Denkmal geht auf die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) zurück. In Zusammenarbeit zwischen dem Stadtarchiv, der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache und dem Fachbereich Architektur der FH Dortmund, wurden im Rahmen eines Seminars verschiedene Entwürfe für ein Mahnmal ent-

wickelt. Die Jury entschied sich für den Entwurf von Pia Emde. Im Jahr 2014 beschloss der Rat, das Mahnmal zu errichten. An der Realisierung des Entwurfs hatte der Architekt Marc Horstmeier vom Dortmunder Büro SHA Scheffler Helbich Architekten wesentlichen Anteil. Die Kosten von ca. 200.000 Euro für die Errichtung des Mahnmals werden über den Wirtschaftsplan der Kulturbetriebe abgedeckt. Sparkasse Dortmund und DSW21 spendeten jeweils 20.000 Euro.

### Eine begehbare Skulptur: Die Gestaltung

Unter der Leitidee „Zwischen Licht und Schatten“ entwarf Pia Emde eine 4,50 Meter hohe, begehbare Skulptur. Die Konstruktion besteht aus einer Vielzahl von geschichteten Cortenstahlblechen, die auf einer Grundfläche von 3 x 3 Metern auf Stahlboxen zum Turm gestapelt und verbunden sind. Die Boxen übernehmen die tragende Funktion und sind zugleich Informationsträger: Von außen beleuchtet,

enthalten sie in einer von der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache kuratierten Ausstellung Texte und Bilder zur Zwangsarbeit in Dortmund. Diese Informationen sind ausschließlich im Inneren der Skulptur zu finden, wo die Betrachter\*innen sich in Ruhe mit dem Thema auseinandersetzen können. Darüber hinaus ist auf den Webseiten des Stadtarchivs und der Steinwache ein 10-minütiger Film zur Zwangsarbeit in Dortmund zu sehen.

### Gedenken auch an die Morde an Gestapo-Häftlingen

Während des Zweiten Weltkriegs befand sich auf dem Werksgelände am ehemaligen Emschertor an der Hermannstraße auch ein Lager der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) – auf Wunsch der Konzernleitung. Zunächst diente dieses sogenannte Auffanglager für etwa 80 bis 100 Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion dazu, diejenigen zu „disziplinieren“, die die menschenverachtenden Ausländergesetze der Nationalsozialisten übertreten hatten, und sie gleichzeitig zu immer unmenschlicheren Arbeitsleistungen für den DHHV zu zwingen. Im März 1945 wurden in diesem Lager unterschiedliche Gruppen von Gestapo-Häftlingen untergebracht, von denen viele in den Rombergpark gebracht und dort kurz vor Kriegsende ermordet wurden. Auch diesen Ereignissen wird im neuen Gedenkort gedacht.

ECHO

## Arm, abgehängt, ausgegrenzt

Studie des Paritätischen belegt akute Mangellagen eines Lebens mit Hartz IV

Die derzeit gewährten Leistungen durch Hartz IV schützen nicht vor Armut, so das Ergebnis einer aktuellen Studie der Forschungsstelle des Paritätischen Gesamtverbands. Im Ergebnis fehlt es den Betroffenen insbesondere an Geld für eine ausgewogene, gesunde Ernährung und auch ein Mindestmaß an sozialer, politischer und kultureller Teilhabe. Diese ist entgegen der verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht gewährleistet, so die Befunde. Der Paritätische kritisiert scharf, dass die Bundesregierung bisher keinerlei Bereitschaft erkennen lässt, die finanzielle und soziale Lage von Hartz IV-Beziehenden zu verbessern. Gerade in der aktuellen Krisensituation bedeute der Alltag mit Hartz IV existenzielle Not. Neben einer grundsätzlich endlich bedarfsgerechten Anhebung der Regelsätze seien daher sofortige finanzielle Hilfsmaßnahmen erforderlich, fordert der Verband.

„Hartz IV schützt nicht vor Armut, sondern manifestiert sie. Millionen Menschen sind von der gesellschaftlichen Wohlstandsentwicklung abgekoppelt, ausgegrenzt und werden immer weiter abgehängt“, kritisiert Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.

In drei Teilen weist die Studie nach, dass die Leistungen für Hartz IV-Beziehende in der Regel nicht ausreichen, um verlässlich vor Armut zu schützen, sich gesund zu ernähren und am sozia-

len, politischen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Der viel zu niedrige Anteil für Lebensmittel im Regelsatz führe zu deutlich niedrigeren Standards bei der Ernährung. In allen für Teilhabe relevante Aspekte stehen Haushalte, die auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind, zudem deutlich schlechter da als der Rest der Gesellschaft. Die Gefahr von Einsamkeit und sozialer Isolierung sei auch hier bei Singles am ausgeprägtesten; mehr als ein Viertel aller Single-Haushalte im SGB-II-Bezug könne sich noch nicht einmal einen Internetanschluss leisten.

„Es darf nicht sein, dass Armut in Deutschland für weitere fünf Jahre regierungsmäßig festgeschrieben wird. Anstatt sich hinter umstrittenen Statistiken zu verstecken, sollte sich die Politik endlich den Menschen zuwenden“, fordert Schneider mit Blick auf das laufende Gesetzgebungsverfahren zur Regelbedarfsermittlung. Als Soforthilfe fordert der Paritätische die sofortige Erhöhung der Regelsätze in Hartz IV und Altersgrundsicherung um 100 Euro pro Kopf und Monat bis zur ohnehin gesetzlich geforderten Neufestsetzung der Regelsätze zum 1.1.2021, eine Einmalzahlung an alle Grundsicherungsbeziehenden von 200 Euro (Kosten zusammen: ca. 6 Mrd. Euro), sowie eine entsprechende Leistungsanpassung beim BAföG und im Asylbewerberleistungsgesetz.

Gwendolyn Stilling

## „das forum JUGEND!“ stellt sich vor

Am 16. August 2020 hat sich eine bunt gemischte Gruppe von jungen Menschen im Haus der Vielfalt für die Gründungsverammlung zur Anerkennung eines eingetragenen Vereins zusammengefunden. Dieser Verein trägt den Namen: „das forum JUGEND!“

Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt auf der Zielgruppe der Kinder- und Jugendliche bis 27 Jahren, mit und ohne Migrationshintergrund, die hauptsächlich in Dortmund Innenstadt-West und-Nord sowie im Unionviertel aktiv die Zivilgesellschaft durch Bildungsarbeit, Freizeitaktionen und verschiedenen weiteren Aktivitäten gestalten möchte. Durch guten Zugang zu diesen Jugendlichen haben wir den Bedarf ermittelt, dass diese Jugendlichen sich nicht mit öffentlichen Jugendeinrichtungen identifizieren können. Seit Mai 2019 sind wir schon mit verschiedenen Projekten aktiv dabei. Wir haben bis jetzt kleinere Miniprojekte im Bereich Bildung, wie die Seminarreihe „Das Politische System Deutschland“, erfolgreich durchgeführt. Die Seminarleiter/ Dozenten und Betreuer waren natürlich unsere ehrenamtlichen Jugendlichen selbst. Hier wird pure Empowerment gelebt! Die Jugendlichen Dozenten übersetzen den Inhalt unserer Aktionen und Seminare von Fachtermini Deutsch in die Jugendsprache Deutsch. Mittler-



Mitglieder des "das forum JUGEND!" zu Besuch im Haus der Vielfalt

Foto: J.Abolnikov

weile organisieren wir schon den 3. Teil dieser Seminarreihe. Weiter sollen folgen. Durch die bisherigen beruflichen und ehrenamtlichen Erfahrungen der aktiven Menschen haben wir bemerkt, dass man bestimmte Jugendliche in der Jugendsozialarbeit nur sehr schwer erreichen kann. Unser Ziel ist es den Jugendlichen in unabhängigen, eigenen Räumlichkeiten einen Schutzraum, einem Ort der Begegnungen zu geben. Viele dieser Kinder und Jugendlichen sind mit Alltagsproblemen sehr belastet und sind stark in die Organisation der Familien eingebunden. Durch

das sehr frühe hohe Maß an Verantwortung wird diesen Kindern und Jugendlichen früh das Recht darauf, „Kind“ und „Jugendlicher“ zu sein, verwehrt. Die oben genannten Zielgruppen sollen in unseren Räumlichkeiten wieder das Gefühl bekommen „Kind“ und „Jugendlicher“ zu sein. Als weiteres Ziel haben sich die Jugendlichen vom „das forum JUGEND!“ gesetzt, diesen „entkoppelten“ Jugendlichen beizubringen, dass sie akzeptierte und vollwertige Mitglieder unserer demokratischen Gesellschaft sind. Die Jugendlichen sollen lernen, eigenständig und selbstbe-

wusst mit Institutionen und ihrem Leben umzugehen. Sie sollen darüber hinaus dazu befähigt und ermutigt werden, in Eigenverantwortung weitere soziale Aktivitäten von und für Jugendliche durchzuführen und sich selbst sozial zu engagieren. Mithilfe individueller Förderungen sollen die Jugendlichen durch professionelle Aus- und Weiterbildungen wichtige Rollen und Verantwortungen innerhalb der eigenen Jugendsozialarbeit übernehmen. Sie sollen eine Art Brücke zwischen unseren Besuchern und unseren Ansprechpartnern sein und unsere Angebote eigenständig führen.

„das forum JUGEND!“ gliedert sich bisher in 4 Arbeitsgruppen: „demokratieforum JUGEND!“ „romaforum JUGEND!“ „rainbowforum JUGEND!“ „mädchenforum JUGEND!“ und „grünesforum JUGEND!“: Jugendliche aus verschiedenen Minderheiten, die in einem Haus aufeinandertreffen wo sie verstanden werden und sich identifizieren können, entwickeln schneller Empathie und Verständnis füreinander, was wiederum die Grundlage für Frieden in einer Gesellschaft darstellt.

das forum JUGEND!

## Ein ausländischer Name macht das Leben schwerer

**Eine Deutsche heiratet einen afrikanischen Migranten und nimmt seinen Namen an. Nun macht sie plötzlich ungewohnte Erfahrungen mit Alltagsrassismus aufgrund ihres Namens.**



**Welche Erfahrungen haben Sie als geborene Deutsche mit ausländischen Nachnamen gemacht?**

Wenn ich vor den Leuten stehe merkt keiner was, erst wenn es darum geht mit EC Karte zu bezahlen oder den Ausweis vorzulegen. Dann werden ihre Gesichter komisch und manchmal wird dann vertieft kontrolliert. Ich muss immer hören: Schwieriger Name.

Sende ich eine Bewerbung oder ein Schreiben ohne mein Foto drauf, wird zurück geantwortet mit dem Hinweis, dass ich zusätzlich einen Nachweis über meine Deutschkenntnisse einreichen soll. Führe ich ein telefonisches Gespräch bekomme ich das Kompliment: Sie sprechen aber akzentfrei Deutsch, sind sie hier geboren?

Sich in jeder Situation oder Institution beweisen zu müssen bis man weiß, dass ich eine weiße

Deutsche bin macht krank.

**Wie haben sie sich gefühlt und können Sie Ausländer besser verstehen?**

Ich habe erst vor 5 Jahren angefangen diese Erfahrungen zu machen und man fühlt sich wirklich erniedrigt. Ich glaube, es ist jetzt Zeit umzudenken und das Bewusstsein zu entwickeln, dass unsere Gesellschaft immer diverser wird.

Ich glaube aber, dass meine Erfahrungen nur ein Bruchteil von dem sind, was andere Menschen mit anderen Religionen, Hautfarben oder typisch deutschen Namen im Alltag mitmachen müssen. Jeder Mensch, der in seiner Tätigkeit oder im Alltag in Kontakt mit anderen Menschen treten muss, sollte immer wieder sensibilisiert werden und das ist eine Daueraufgabe für uns alle.

ECHO

## Migranten dürfen sich nicht abkapseln

**Wir haben mit Zeki Kandil, dem Vorstandsmitglied des DiDF/ Bezant E.V. über die bevorstehenden Kommunalwahlen gesprochen. Kandil berichtete über die kommunalen Probleme und über die Forderungen der Migrant\*innen. Er kritisiert die Wahlbündnisse, die ausschließlich aus Migrant\*innen bestehen und unterstrich, dass solche die gesellschaftliche Spaltung vertiefen würden.**

**Was erhoffen Sie sich aus den kommenden Kommunalwahlen und welche Forderungen stellen Sie? Was gedenken Sie als Verein zu unternehmen?**

Unser Verein setzt sich seit Jahren dafür ein, dass Einheimische und Nichtdeutsche in Dortmund sich näherkommen und gemeinsam gegen die gemeinsamen gesellschaftlichen Probleme vorgehen. Er macht sich dafür stark, die gegenseitigen Vorurteile seitens der Mehrheitsgesellschaft und der Migrant\*innen abzubauen und zu verhindern. Er veranstaltet jährlich zahlreiche Veranstaltungen, um beidseitige Vorurteile, die sowohl in der Mehrheitsgesellschaft, als auch unter den Migrant\*innen weit verbreitet sind, abzubauen und rassistischen-diskriminierenden Gesetzen und der Politik entgegenzuwirken. Die Kommunalwahl bietet eine gute Grundlage dafür, um Arbeiter\*innen und Beschäftigte zusammenzubringen und bildet eine gute Basis dafür, ihr gemeinsames Vorgehen gegen die in der Kommune und Stadtteilen vorhandenen gesellschaftlichen Probleme zu fördern. Aus diesem Grund ruft unser Verein alle stimmberechtigten Migrant\*innen dazu auf, sich in den Kommunalwahlen mehr zu engagieren, sich an ihr aktiver zu beteiligen.

**Was schlagen sie den wahlberechtigten Migrant\*innen vor?**

Wir leben in einer Zeit, wo das Zusammenleben gestärkt werden muss. Aus diesem Grunde müssen Parteien, die gegen Rassismus und Diskriminierung arbeiten, sich für ein gleichberechtigtes Leben von Deutschen und Migrant\*innen in

Dortmund einsetzen, gestärkt und unterstützt werden. Wir werden als ein Arbeiterverein, diejenigen politischen Parteien unterstützen, die sich für mehr Arbeitnehmer\*innen und Beschäftigte einsetzen und sich für den Frieden starkmachen. Die Wahlen bieten auch eine gute Basis dafür, um die politischen Parteien und demokratischen Institutionen mit denen wir in engem Kontakt stehen und aktiv gegen die gesellschaftlichen Probleme zusammenarbeiten, zu stärken. In der Vergangenheit nahm unsere Vereinsjugend an den Aktionen wie Fridays for Future teil. Er war Teil der Bewegung gegen Armut und Arbeitslosigkeit und Teil des Kampfes gegen den Rassismus. Wir wünschen uns, dass die politischen Kräfte, die bei diesem politischen Kampf aktiv dabei waren, in den Bezirksvertretungen und im Stadtrat stark vertreten sind.

Die Lebensbedingungen der Beschäftigten waren vor Corona schon schwer genug. Nach der Corona Pandemie hat sich das Leben für diese noch mehr verschärft. Die Ungerechtigkeit wird jetzt mit bloßem Auge erkennbar. Einige dieser Probleme können durch eine volksnahe, bevölkerungsfreundliche Kommunalpolitik beseitigt und gelindert werden.

**Was sollte also der neugewählte Stadtrat schwerpunktmäßig tun?**

Dortmund beklagt über eine große Wohnungsnot. Die Mieten sind für die meisten Menschen viel zu teuer. Es sind viel zu wenige Wohnungen vorhanden. Der Stadtrat muss den Sozialen Wohnungsbau fördern. Er muss gegen Miethaie besser vorgehen, die die Mieter

höher treiben und die Senkung der Mieten gewährleisten. In der Nordstadt und anderen Bezirken wächst die Armut deutlich. In diesen Stadtbezirken müssen noch mehr Soziale Dienstleistungen angeboten werden. Für Arme muss der Nahverkehr kostenlos sein. Die Kinderarmut hat in den letzten Jahren unglaubliche Dimensionen erreicht. Dieser Kinderarmut muss schleunigst entgegengewirkt werden.

Es leben Familien in Dortmund, die ihre Kinder nicht mal einmal im Jahr ins Kino bringen können, weil sie keine finanziellen Mittel zur Verfügung haben oder die sich kein Eis für ihre Kinder leisten können. Die Kindertagesstätten und Schulen müssen kostenlos werden und das Essensgeld für Kinder muss abgeschafft werden. Bildung und Lernmittel müssen kostenlos angeboten werden. Es herrscht Personalmangel in den kommunalen Ämtern. Es bilden sich vor kommunalen Ämtern überall und immer lange Menschenschlangen. Die Kommunalverwaltung muss in diesem Bereich nach geeigneten Mitteln und Lösungen suchen. Kinderspielplätze müssen kostenlos sein. Die Kommune muss mehr Grünflächen schaffen. Die Rundfunkgebühren müssen abgeschafft werden. Vor kurzem wurde in der Nordstadt ein 13 Jahre altes Mädchen vergewaltigt. Wir fordern, dass Vorkehrungen gegen sexuelle Übergriffe und Gewalt gegen Frauen getroffen und geregelt werden.

**Was muss gemacht werden, um das Zusammenleben zu stärken?**

In Dortmund versuchen seit Jahren rassistisch-faschistische Kräfte sich zu organisieren. Obwohl die

Mehrzahl der Bevölkerung gegen diese Rassisten und Faschisten ist und gegen diese auch offen auf den Straßen protestiert, muss der Stadtrat diesbezüglich eine noch kontinuierliche Arbeit tätigen. Um die einheimische Bevölkerung und Migrant\*innen noch mehr zusammen zu bringen, müssen mehr Begegnungsorte und -zentren geschaffen werden. Auch Feste und Festivals und andere kulturelle Veranstaltungen, die das Zusammenleben fördern, müssen kontinuierlich durchgeführt werden. Die Gedenkveranstaltungen an Mehmet Kubaşık müssen unter der Schirmherrschaft des Stadtrates stattfinden, wo die gesamte Dortmunder Bevölkerung zusammenkommen kann und gegen den Rassismus gemeinsam protestiert. Im Rahmen der Möglichkeiten des Stadtrates müssen Migrant\*innen in die politischen Geschehnisse und Entscheidungen mit eingebunden, ihre Teilhabe am sozio-kulturellem und politischem Leben gefördert werden. Auch Migrant\*innen müssen ihren Teil dazu beitragen. Auch sie sind verpflichtet, alles notwendige und machbare ihrerseits zu tun. Migrant\*innen müssen auch gegen die eigene Abkapselung entgegenwirken.

Aus diesem Grunde sehen wir Wahlbündnisse von nur Migrant\*innen als ein falsches Vorgehen. Auch wenn diese richtige Themen ansprechen und mit dem was sie vortragen Recht haben würden, werden durch solche Wahlbündnisse die vorhandenen Probleme nicht gelöst, sondern die Spaltung in der Gesellschaft noch mehr gefördert.

Özgür Metin Demirel

## Offene Seniorenarbeit im Corona-Chaos

**Im Juli haben wir vom ViF es nicht mehr ausgehalten. Wir wollten endlich wieder zusammenkommen! Das Zusammensein im Verein hält uns doch jung und am Leben!**

Hier können wir Russisch oder Türkisch sprechen, unser Deutsch aufbessern, die alten Knochen beweglich halten, uns austauschen, Hilfe organisieren und vor allem: gemeinsam feiern, lachen und singen.

Was war vorher? Jede/r hat die Zeit irgendwie zu Hause verbracht, mit Glück im Garten und auf dem Balkon, Blumen pflanzen, Spazieren gehen, Kochen, Einkaufen, Backen, Aufräumen, Stricken, Nähen - aber es reichte doch mal!

Manch eine von uns kam nicht aus dem Haus, weil die Kinder und Enkel geradezu Polizei gespielt haben - natürlich aus Sorge! Aber das geht doch zu weit, wenn Du nicht rausgehen sollst, der Einkauf mit Handschuhen vor die Tür gestellt wird und keine Umarmung, kein Küsschen mehr!

Auch die Enkel haben bei vielen von uns geklagt: „Ich will mal raus, zur Oma! Wir können gar nirgends mehr hin. Man trifft keine Freunde, kann nicht ausgehen am Wochenende. Ätzen!“ Das haben wir bei aller Sorge doch gut verstanden! Nun können wir wieder! Alle sind gesund und freuen sich auf das Wiedersehen vor allem am Freitag.

Aber die Angst! Wenn Du jeden Tag die Nachrichten siehst, kann einem ja auch Angst und Bange werden. Es gab auch sehr traurige Nachrichten. Emine M, die

im Buch „Wir hier oben - Ihr da unten“ porträtiert ist, erlag im April einem Krebsleiden nach langem Kampf. Niemand durfte bei ihr sein, niemand durfte sie zur Beerdigung in ihrem Geburtsort begleiten. Das ist doch schier unmenschlich!

Was uns als Seniorenverein am meisten genervt hat: „Friseur dürfen wieder, Nagelstudios dürfen wieder, Cafés...“ - nur Offene Seniorenarbeit kam in den Verlautbarungen von Land und Stadt nicht vor! Dabei ging es doch angeblich nur um uns Alte!

Bis heute fehlt eine offizielle Ansage! Geschrieben haben wir an alle und gefragt was mit unseren Aktivitäten geschehen kann! Schließlich haben wir uns Ende Juni das OK vom Gesundheitsamt geholt. Weder die Landesregierung, der OB, der DPWV, das Sozialdezernat noch die Servicestelle Senioren haben sich wirklich für unser Problem interessiert oder eine Auskunft dazu gegeben, wie wir vorgehen können. „Help yourself“ war schließlich unser Motto!

Nun sind wir wieder jeden Tag im Verein. Aber es ist nicht mehr dasselbe. Nicht alle Besucher innen kommen mehr. Wer setzt sich schon gern in die Bahn, muss vielleicht noch umsteigen - und sitzt die ganze Zeit Geistesgegenwärtig gegenüber und bekommt Atemnot unter der Maske. Es macht nur bedingt Spass im ÖPNV unterwegs zu sein. Auch das Vereinsleben hat in dieser Krise gelitten, nicht nur unseres.

Viktoria Waltz, ViF

# Genozid-Gedenkveranstaltung des Mala Ezidjan Dortmund und Umgebung e.V.

Der Verein Mala Ezidjan Dortmund und Umgebung e.V. (MEDU e.V.) ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Dortmund. Die 13 Gründungsmitglieder haben bereits bei der Gründung des Vereins, diesen der Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch und religiös Verfolgten, für Flüchtlinge und Vertriebene verschrieben.

Zur Erfüllung des Zwecks sind diverse Beratungen, Infoveranstaltungen und weitere Hilfestellungen, unabhängig der Herkunft der Menschen realisiert worden, weitere sind geplant.

Der Verein MEDU e.V. hat anlässlich des noch andauernden Genozids vom 3.8.2014 durch den sog. Islamischen Staat und ihren Verbündeten gegen die Ezdayi Religionsgemeinschaft, eine Gedenk- und Infoveranstaltung im Haus der Vielfalt durchgeführt, mit Unterstützung von DAKME e.V. und dem VMDO e.V. in Dortmund.

Als die Vorbereitungen zu dem Sommerfest am 2.8. für den 3.8. im Jahr 2014 andauerten, erlebten die Ezdayi am 3.8.2014 im Nordirak einen Genozid, der auch von den Vereinten Nationen als solcher anerkannt ist. Es wurden Tausende Menschen hingerichtet, verschleppt, schlimmste Menschenrechtsverletzungen und geschlechtsspezifische



Vorsitzende des MEDU e.V. mit Ekhlas

Foto: xxxxxxxxxxxxxxxx

Menschenrechtsverletzungen an ihnen begangen. Von vielen Tausenden Menschen fehlt erschreckenderweise bis dato jegliche Spur.

Viele der betroffenen Überlebenden, die sich retten konnten, waren zur Flucht gezwungen.

Teilweise über die gefährlichen Wege bis nach Europa, Deutschland und manche nach Dortmund und Umgebung. Tragischerweise haben die Ezdayi in ihrer Jahrtausende alten Geschichte immer wieder Genozide und Massaker, aus rassistisch motivierten Gründen wegen ihrer Religionszugehörigkeit, erlebt. Mit dieser Gedenk- und Infoveranstaltung wurde den Opfern des aktuellen Genozids gedacht. Gleichzeitig wurde öffentlich über die gegenwärtige Lage der Ezdayi berichtet, das Programm einen kurzen Filmbeitrag, Gedichte und Redebeiträge; wie der, stellvertretenden VMDO-Geschäftsführerin, einem Landtagsabgeordneten des Landes

NRW und den Erzählungen von Überlebenden. Sehr beeindruckt hat der Redebeitrag einer jungen Frau, die aus den Fängen des sog. IS den Weg in die Freiheit schaffte. Sie erzählte von ihren Erlebnissen in der IS Gefangenschaft. Die detaillierten Erzählungen rührten die anwesenden Menschen zu Tränen. Einige erinnerten sich an ihre eigenen Erfahrungen, die mit dem Genozid in Zusammenhang stehen, z.B. weil sie selbst das Genozid erlebt und überlebt haben. Andere wiederum weil es der schiere Wahnsinn ist, das Menschen etwas so Fürchterliches Menschen zufügen können. Dies von Überlebenden persönlich zu erfahren, machte nachdenklich bis hin zu fassungslos. Die Kraft und die Stärke der überlebenden jungen Frau erweckte jedoch zugleich bei vielen der Anwesenden die Hoffnung und das Vertrauen in eine friedvolle und vielfältige Zukunft.

Die Veranstaltung sollte dazu beitragen, dass Menschen das Recht haben, ein Leben frei von Diskriminierung und Rassismus in Deutschland und im Konkreten in der Stadt Dortmund zu leben. Die Veranstaltung wurde unter Einhaltung der zu dem Zeitpunkt geltenden Coronaschutzverordnung und den Hygiene- und Ab-

standsregeln durchgeführt. Die Gedenk- und Infoveranstaltung wurde zum Anlass genommen, um sich mit Initiativen, Vereinen und Menschen aus Dortmund und der Mehrheitsgesellschaft in Dortmund auszu-tauschen und diese zu sensibilisieren, für mehr Vielfalt und gegen Diskriminierung und Ausgrenzung. Die vierstündige Veranstaltung soll auch zur Weltoffenheit Dortmunds beitragen.

Es wurde die Möglichkeit geschaffen, zusammen zu kommen, voneinander zu lernen, sich zu vernetzen und so Stereotypisierungen vorzubeugen. Die Anwesenden haben die Möglich-



## ZITAT:

"Die brutale Vergewaltigung einer 14-jährigen sowie die Tritte und Beleidigungen, die ich in den 6 Monaten Gefangenschaft erlitten habe, tut man nicht einem anderen Menschen an. Wir waren für sie keine Menschen und irgendwann haben wir ihnen auch geglaubt, dass wir es nicht verdienen zu leben." (Ekhlas 20)

keit genutzt sich auszutauschen und somit einen Beitrag zu einem inklusiven und friedlichem Leben zusammen in Dortmund zu leisten.

Mala Ezidjan Dortmund

## Polizeigewalt und Menschenrechtsverletzungen gegen Black-Lives-Matter-Bewegung

AMNESTY INTERNATIONAL



Amnesty International dokumentiert unverhältnismäßige und oft exzessive Gewalt bei Protesten wegen rassistischer Polizeigewalt gegen vor allem Schwarze Menschen in 40 US-Bundesstaaten und Washington, D.C. Das Vorgehen ist ein Beleg für den institutionellen Rassismus in den USA, gegen den die Menschen auf die Straße gehen. Den Bericht finden Sie hier.

BERLIN, 03.08.2020 – Die Polizei in den USA hat im Mai und Juni vielfache und schwere Menschenrechtsverletzungen gegen Pro-

testierende der Black-Lives-Matter-Bewegung, Rettungspersonal, Medienschaffende sowie Rechtsbeobachterinnen und Rechtsbe-

obachter verübt. Dies belegt der Amnesty-Bericht „The World is Watching: Mass Violations by US Police of Black Lives Matter Protesters' Rights“.

Sicherheitskräfte setzten wiederholt körperliche Gewalt, chemische Reizstoffe wie Tränengas und Pfefferspray sowie Geschosse gegen friedliche Protestierende ein. Auch bei der Festnahme und Inhaftierung von Protestierenden wurden Menschenrechte verletzt. Der Einsatz von Tränengas ist während der COVID-19-Pandemie besonders unverantwortlich, da

sich die Masken mit Tränengas vollsaugen und abgenommen werden müssen. Dies erhöht das Infektionsrisiko.

„Die erschreckenden Schicksale der Betroffenen, die erblindet sind, brutal geschlagen wurden und andere schwerwiegende Verletzungen davongetragen haben, zeugen von dem gewalttätigen Vorgehen der US-Polizei gegen die Demonstrierenden. Die unverhältnismäßige und oft exzessive Gewaltanwendung gegen die Protestierenden in den USA zeigt in aller Deutlichkeit die zumeist straflos bleibende brutale Polizeigewalt und den institutionellen Rassismus, gegen die die Menschen auf die Straße gegangen sind“, sagt Katharina Masoud, Expertin für die Region Amerikas bei Amnesty International in Deutschland.

Der aktuelle Bericht beinhaltet zahlreiche Erfahrungsberichte von Betroffenen. Mit über 50 von ihnen hat Amnesty International Interviews geführt und knüpft damit an die eigene Arbeit an einer interaktiven Karte zu Gewalt gegen Protestierende an, die nach der Tötung von George Floyd am 25. Mai 2020 auf die Straße gingen. „Eine der Hauptaufgaben des Staates ist es, das Leben und die körperliche Unversehrtheit zu schützen. Der Polizei als Vertreterin des Staates kommt dabei eine ganz besondere Verantwortung zu. Sie muss den Demonstrierenden ermöglichen, ihr Menschenrecht auf friedvollen Protest auszuüben, anstatt mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen sie vorzugehen. Der Einsatz von Bundestruppen wie zuletzt in Portland kann keine Lösung sein.

Der Ansatz der Polizeiarbeit bei Protesten in den USA muss sich grundlegend ändern – sowohl auf lokaler als auch auf Bundesebene“, fordert Masoud.

Das Justizministerium und die Generalstaatsanwältinnen und Generalstaatsanwälte aller US-Bundesstaaten müssen die Vorwürfe über Menschenrechtsverletzungen – auch den rechtswidrigen

Einsatz von Gewalt – durch Polizisten und Polizistinnen bei öffentlichen Versammlungen umgehend wirksam und unparteiisch untersuchen. Alle Verantwortlichen, auch hochrangige Beamte und Beamtinnen, sind in Straf- oder Disziplinarverfahren zur Rechenschaft zu ziehen. Die Betroffenen müssen umfassend entschädigt werden.

## EU-Nordafrika-Kooperation

Verantwortung für Schutzsuchende darf nicht weiter ausgelagert werden

Amnesty International warnt vor einer Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Ländern wie Libyen, Tunesien und Marokko, um Menschen auf der Flucht von Europa fernzuhalten. Zudem ist die Bundesregierung gefordert, im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft eine Rechtsänderung zu initiieren, die die humanitäre Hilfe für geflüchtete Menschen ausdrücklich erlaubt. Anlässlich der Videokonferenz einiger Innenminister von EU-Mitgliedsstaaten zur verstärkten europäischen Zusammenarbeit bei der „Bekämpfung der Schleusungskriminalität“ mit nordafrikanischen Staaten erklärt Julia Duchrow, Stellvertreterin des Generalsekretärs von Amnesty International in Deutschland:

„Die Konferenz findet statt, während es den Mitgliedsstaaten nicht gelingt, sich auf ein funktionierendes gemeinsames Asyl-



system in Europa zu einigen. Weil nicht alle europäischen Länder bereit dazu sind, Schutzsuchende aufzunehmen, sollen nordafrikanische Staaten weiterhin dafür sorgen, dass Menschen auf der Flucht die EU-Außengrenzen gar nicht erst erreichen“, erklärt Duchrow. „Diese Auslagerung der Verantwortung für die Aufnahme Schutzsuchender ist eine Farce und geht oft mit Menschenrechtsverletzungen einher.“

Amnesty International weist seit Jahren daraufhin, dass beispiels-

weise die Kooperation mit Libyen zu schwersten Menschenrechtsverletzungen führt, weil geflüchtete Menschen dort willkürlich eingesperrt und misshandelt werden. „Das Training und die Versorgung mit technischem Gerät der libyschen Küstenwache durch Deutschland und andere EU-Mitgliedsstaaten führt dazu, dass die libysche Küstenwache aus Seenot Gerettete zurück in Folter und Haft bringt. Dies muss ein Ende haben.“

Eine fehlende europäische See-

rettungsmission hat die Fluchtroute über das zentrale Mittelmeer zur tödlichsten der Welt gemacht. Trotzdem werden die Crews privater Seenotrettungsorganisationen, die staatliches Versagen kompensieren, strafrechtlich verfolgt – jüngstes Beispiel: das am Donnerstag im sizilianischen Empedocle festgesetzte Seenotrettungsschiff "Sea-Watch 3". „Wir fordern die Bundesregierung im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft auf, eine Rechtsänderung zu initiieren, die die humanitäre Hilfe für geflüchtete Menschen ausdrücklich erlaubt. Bei privaten Lebensrettern und Lebensretterinnen handelt es sich nicht um sogenannte Schmuggler, die mit der Notlage dieser Menschen Geld verdienen“, erläutert Duchrow. „Mehr legale Zugangswege für Flüchtlinge und Migranten sind die beste Bekämpfung von Schleuserkriminalität.“

Arbeitnehmerfreizügigkeit  
fair gestalten!

Beratung  
für Beschäftigte  
aus der EU

Willkommen • Welcome  
Bun venit • Добре дошли  
Καλώς ήρθατε

Wir helfen kostenlos und unbürokratisch.  
Beratung auf Deutsch, Englisch,  
Rumänisch, Bulgarisch und Griechisch.

### BERATUNG IN DORTMUND:

#### Stanimir Mihaylov

Bulgarisch  
(Deutsch, Englisch, Mazedonisch)

Tel.: +49 (0) 211 938 00 53  
Mobil: +49 (0) 176 725 795 09  
E-Mail: mihaylov@aunrw.de

Sprechstunden in Dortmund:  
Dienstag, 10:00 – 12:00 Uhr  
(Westenhellweg 112, 5. OG)

#### Elena Strato

Rumänisch (Deutsch, Englisch, Französisch)

Tel.: +49 (0) 231 54 50 79 86  
Mobil: +49 (0) 160 949 475 41  
E-Mail: strato@aunrw.de

Westenhellweg 112, 5. Etage  
Nähe Hauptbahnhof  
44137 Dortmund  
Sprechstunden:  
Mittwoch: 10:00 – 12:00 Uhr  
Donnerstag: 14:00 – 16:00 Uhr